

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der 4./5. Parlamentssitzung des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025 vom 24. Juni 2024

von 16.15 – 18.25 Uhr und 20.00 – 22.00 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: F. Helg (FDP)
Protokoll: A. Furrer
Entschuldigt: 4./5. Sitzung: M. Steiner (SP), Ch. Hartmann (SVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 2./3. Sitzung	
2*	24.48	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) per 1. Juli 2024 anstelle des zurücktretenden D. Oswald (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
3*	24.49	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 1. August 2024 anstelle des zurücktretenden M. Zehnder (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
4*	24.50	Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 1. August 2024 anstelle des zurücktretenden M. Zehnder (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
5*	24.27 (DFI)	Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2023	S. Kocher
6*	24.40	Tätigkeitsbericht 2023/24 der Finanzkontrolle	I. Kuster
7*	24.36	Jahresbericht 2023 der Ombudsstelle	R. Keller
8	24.46 (DSO)	Geschäftsbericht 2023 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur	B. Oeschger
9	23.93 (DPR)	Anpassung des Anhangs 1 Gliederung von Budget und Jahresrechnung (Produktgruppen) der Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur vom	F. Kramer-Schwob

31.10.2005: Einführung einer Produktegruppe «Exekutivbehörden» und Neugliederung von «Behörden und Stadtkanzlei» per 1. Januar 2025 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission)

- | | | | |
|-----|----------------|--|--------------------|
| 10* | 24.11
(DSS) | Miet-/Betriebsbeitrag 2. Hallenbad (Motion betr. Projektierungskredit für ein zweites Hallenbad in Winterthur) (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission) | A. Zuraikat |
| 11* | 24.37
(DFI) | Verpflichtungskredit von Fr. 3'635'000 für die Einführung einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang und deren Betrieb über 5 Jahre (Projekt-Nr. 18103) (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission) | A. Büeler |
| 12* | 23.48
(DSS) | Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), P.A. Werner (SVP), N. Holderegger (GLP), A. Zuraikat (Die Mitte) und A. Würzer (EVP) betr. Sporthallen-Kapazitäten nach dem Brand der Turnhalle Tössfeld | |
| 13 | 23.49
(DSS) | Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Bekämpfung von Lehrpersonenmangel an den Volksschulen der Stadt Winterthur | |
| 14 | 23.50
(DSS) | Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Erfahrungen mit Personen ohne Lehrdiplom (Poldis) an den Volksschulen der Stadt Winterthur | |
| 15 | 23.59
(DPR) | Beantwortung der Interpellation R. Perroulaz (FDP) betr. Organisation Kunstausstellung «Unjurierte» | |
| 16 | 23.86
(DPR) | Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP), D. Roth-Nater (EVP), M. Lischer (Grüne/AL) und G. Stritt (SP) betr. Eingangsbereich Museumsgebäude | |

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur 4. und 5. Sitzung des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025. Heute steht v.a. das Sportliche im Vordergrund, nachdem wir an der letzten Sitzung viel über die Kultur gesprochen haben.

Mitteilungen

Parlamentspräsident F. Helg: Abgemeldet für beide Sitzungen haben sich Markus Steiner (SP, 1. Vizepräsident), deshalb amtet heute Samuel Kocher als 1. Vizepräsident neben mir, und Christian Hartmann (SVP). Etwas verspätet eintreffen werden Regula Keller (ca. 16.30 Uhr) und Christian Maier (ca. 17 Uhr).

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns: Geburtstag feiert Philippe Weber. Herzliche Gratulation und alles Gute! (*Applaus*)

Wir haben heute drei Verabschiedungen. An der heutigen Sitzung sind drei Parlamentsmitglieder zum letzten Mal anwesend, sie werden in Kürze zurücktreten. Zusammengezählt handelt sich um stattliche 38 Parlamentsjahre, die heute sozusagen ausscheiden.

Martin Zehnder und Daniel Oswald sind beide seit 14 Jahren im Stadtparlament und nach der Gesamterneuerungswahl im Jahr 2010 in den damaligen Grossen Gemeinderat eingetreten, Barbara Huizinga kam im Jahr 2014 dazu.

Martin Zehnder (GLP) war Mitglied des Stadtparlaments vom 10. Mai 2010 - 31. Juli 2024.
Parlamentarische Ämter:

10. Mai 2010 – 12. Mai 2014 Präsident der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)

12. Mai 2014 – 14. Mai 2018 Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)

14. Mai 2018 – 16. Mai 2022 Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

16. Mai 2022 – 31. Juli 2024 Präsident der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)

Martin Zehnder hat die Arbeit der BSJK stark geprägt, war er doch während 10 Jahren Mitglied und während rund 6 Jahren Präsident dieses Gremiums, mit einer Zwischenphase in der SSK. Du, Martin, hattest einen steilen Einstieg, weil bei Deinem Eintritt gleich der GLP das Kommissionspräsidium in der BSJK zufiel und Du als Neumitglied sofort das Kommissionspräsidium übernehmen musstest oder durftest. Du gehörst auch zu derjenigen Generation von GLP-Politikern und -Politikerinnen, die dabei gewesen ist, als im Jahr 2010 die GLP von zwei auf sechs Sitze zugelegt hat. Du hast so auch bei der Etablierung der GLP in der Winterthurer Lokalpolitik massgeblich mitgewirkt. In Erinnerung bleibt natürlich auch Deine wohl berufsbedingte Affinität zu technischen Fragen. Oft warst Du es, der ein technisch ausgeklügeltes Fraktionsgeschenk mit mechanischen oder elektrischen Effekten an eine neue Parlamentspräsidentin oder einen Präsidenten erschaffen hast. Herzlichen Dank, Martin, für Dein langjähriges Engagement in der Winterthurer Lokalpolitik. Du hast Dich für einen Gutschein als Geschenk ausgesprochen, diesen möchte ich Dir gerne übergeben. (*Applaus*)
Möchtest Du noch etwas sagen...?

M. Zehnder (GLP): Danke vielmals. Ich war 14 Jahre im Parlament und durfte genug sagen, ich brauche keine Abschiedsrede mehr zu halten. Herzlichen Dank. (*Applaus*)

Parlamentspräsident F. Helg: Daniel Oswald (SVP) war Mitglied des Stadtparlaments vom 10. Mai 2010 - 30. Juni 2024.

Parlamentarische Ämter:

10. Mai 2010 – 10. Dezember 2012 Mitglied der Aufsichtskommission (AK)

5. März 2012 – 26. August 2013 Präsident der Spezialkommission «Pensionskasse 2012/2013» (sPK)

12. Mai 2014 – 16. September 2019 Fraktionspräsident SVP

12. Mai 2014 - 16. September 2019 1. Vizepräsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK)

21. September 2015 – 26. Februar 2018 Präsident der Spezialkommission «Versetzung Stadtwerk 2017/2018» (sVS)

14. Mai 2018 – 12. Mai 2019 2. Vizepräsident des Grossen Gemeinderates

14. Mai 2018 – 12. Mai 2019 2. Vizepräsident der Ratsleitung (RL)

13. Mai 2019 – 24. Mai 2020 1. Vizepräsident des Grossen Gemeinderates

13. Mai 2019 – 24. Mai 2020 1. Vizepräsident der Ratsleitung (RL)

25. Mai 2020 – 16. Mai 2021 Präsident des Grossen Gemeinderates

25. Mai 2020 – 16. Mai 2021 Präsident der Ratsleitung (RL)

31. Mai 2021 – 15. Mai 2022 Mitglied der Aufsichtskommission (AK)

16. Mai 2022 – 30. Juni 2023 Präsident der Aufsichtskommission (AK)

1. Juli 2023 – 30. Juni 2024 Mitglied der Aufsichtskommission (AK)

Daniel Oswald kam über einen eher aussergewöhnlichen Weg in den Grossen Gemeinderat. Er war bereits seit 2007 Kantonsrat und wechselte dann auf die kommunale parlamentarische

Ebene. Du, Daniel, hast in Winterthur diffizile politische Fragen in den beiden Spezialkommissionen bearbeitet, die Du auch präsiert hast. In Erinnerung geblieben ist natürlich auch Dein Präsidialjahr, das Du während der Corona-Pandemie übernahmst und das wegen der Corona-bedingten Sitzungspause erst noch mit etwas Verspätung. Du hattest deshalb zwar weniger Auftritte repräsentativer Art, aber umgekehrt einen grossen Anteil daran, den parlamentarischen Betrieb an wechselnden Standorten während der Corona-Zeit aufrechtzuerhalten. Daneben warst Du ein führender Vertreter der Winterthurer SVP (oder bist es jetzt noch), sei es als Parteipräsident oder als Fraktionspräsident –, der das lokale Bild der Partei stark prägte. Herzlichen Dank auch an Dich für Dein langjähriges Engagement, dann auch als Präsident in diesem Rat. Du hast Dir als Geschenk auch einen Gutschein gewünscht. Herzlichen Dank. (*Applaus*)

D. Oswald (SVP): Auch ich will nicht lange reden. Besten Dank für die Worte des Präsidenten. Es hat mich gefreut, dass ich 14 Jahre hier Mitglied sein durfte. Mein seltsamer Weg kam daher: Ich habe nicht so grosse Füsse. Wenn ich Spuren hinterlassen will, dann muss ich an einem Ort durchgehen, wo noch niemand durchgegangen ist. Das ist die einfache Erklärung dazu.

Wir sind ja heute zu dritt, die verabschiedet werden. Im Namen von uns allen drei darf ich noch verkünden, dass anschliessend an die zweite Sitzung alle zu einem Apéro im Bloom eingeladen sind, einem Glas Wein oder einem Bier, eingeladen sind. Besten Dank. (*Applaus*)

Parlamentspräsident F. Helg: Barbara Huizinga (EVP) war Mitglied des Stadtparlaments vom 3. September 2014 - 31. Juli 2024.

Parlamentarische Ämter:

3. September 2014 – 28. August 2017 Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

28. August 2017 – 26. August 2019 Mitglied der Aufsichtskommission (AK)

1. Juli 2019 – 2. Dezember 2019 Mitglied der Spezialkommission «Ombudsperson» (SOP2019)

26. August 2019 – 14. Mai 2023 Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

24. Februar 2020 – 21. September 2020 Mitglied der Spezialkommission «Finanzkontrolle» (SFK2020)

30. November 2020 – 29. März 2021 Mitglied der Spezialkommission «Datenaufsichtsstelle 2020/2021 (SDA)

17. Mai 2021 – 16. Mai 2022 2. Vizepräsidentin des Stadtparlaments

17. Mai 2021 – 16. Mai 2022 2. Vizepräsidentin der Parlamentsleitung (PL)

16. Mai 2022 – 15. Mai 2023 1. Vizepräsidentin des Stadtparlaments

16. Mai 2022 – 15. Mai 2023 1. Vizepräsidentin der Parlamentsleitung (PL)

15. Mai 2023 – 13. Mai 2024 Präsidentin des Stadtparlaments

15. Mai 2023 – 13. Mai 2024 Präsidentin der Parlamentsleitung (PL)

13. Mai 2024 – 31. Juli 2024 Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

Eben haben wir Barbara Huizinga als Parlamentspräsidentin verabschiedet und schon scheidet sie aus dem Stadtparlament aus. Die Erinnerung an Dein Präsidialjahr, Barbara, ist selbstverständlich immer noch stark, die Erinnerung an eine konziliante und umsichtige Leitung des Parlamentsbetriebs. Die Themen der SSK, das Soziale, aber auch Sicherheitsfragen, lagen Dir am Herzen. So warst Du zwei Mal in der SSK, unterbrochen durch eine Kommissionsmitgliedschaft in der AK. Du hast Dich aber auch eingehend mit personellen Fragen befasst, als es um die Vorbereitung der parlamentarischen Wahl von Funktionsträgerinnen und von einem Funktionsträger der Aufsichtsstellen ging. In drei Wahlkommissionen warst Du Mitglied. Eine Aufgabe, die hinter den Kulissen wahrgenommen wird, deshalb aber nicht weniger wichtig ist als andere politischen Geschäfte. Auch an Dich, Barbara, herzlichen Dank für Dein langjähriges Mitwirken hier im Parlament. Und natürlich nochmals danke für Deine präsidiale Funktion im letzten Amtsjahr. (*Applaus*)

B. Huizinga (EVP): Ich danke Euch herzlich. Ich glaube, ich bin gut im Kontakt aufnehmen. Und ich glaube, ich bin auch gut im Beziehung halten. Im Abschiednehmen bin ich es ganz sicher nicht, v.a. wenn es auch mit einer gewissen Wehmut verbunden ist. Ich danke Euch für die wunderbaren Jahre, für diese riesige Lebenserfahrung. Ich hoffe, Euch später im Bloom noch zu sehen. (*Applaus*)

Parlamentspräsident F. Helg: Wir sind noch immer bei den Mitteilungen. Hier ist noch der obligate Hinweis, dass Verschiedene angemeldet haben, dass sie Fotoaufnahmen machen werden (sie wurden ja schon gemacht). Das ist generell heute auch erlaubt.

Ich komme noch zu weiteren Informationen. Ein Hinweis auf die Winti-SOLA-Stafette vom Samstag, 14. September 2024: Daniela Roth-Nater koordiniert verdankenswerterweise die Teilnahme einer Parlamentsdelegation. Vielen Dank, Daniela, für Dein Engagement. Sie sagte mir, es fehlen noch Läufer/-innen, damit man eine komplette Delegation zusammenstellen kann. Offenbar vermisst Daniela insbesondere noch Läuferinnen und Läufer aus den Reihen der FDP und SVP. Es zirkuliert eine Liste, auf der man sich noch eintragen kann. Es sind dort auch die einzelnen Streckenabschnitte aufgeführt, so dass man je nach Kondition eine längere oder eine kürzere Strecke auswählen kann.

Die nächste Parlamentssitzung vom 1. Juli 2024 fällt aus. Dies als Erinnerung, falls jemand das noch nicht bemerkt hat.

Erklärungen

Parlamentspräsident F. Helg: Marc Wäckerlin hat eine persönliche Erklärung angemeldet zur Zusammenarbeit im Parlament.

M. Wäckerlin (SVP): Ich nehme Bezug auf eine der letzten Sitzungen, die wir hatten. Dort ist mir aufgefallen, dass ziemlich viel Unverständnis da war, als ich sagte, dass Demokratie keine gute Lösung ist. Und ich möchte Euch da meinen Gedankengang anhand einer kleinen Parabel ein bisschen näherbringen.

Da gingen letztthin fünf Freunde zusammen ins Restaurant. Der Kellner kam und sagte: «Heute machen wir es so: Es gibt nur ein Menü. Ihr müsst darüber abstimmen, was Ihr essen wollt.» Es kam ein grosser Streit auf: Zwei hätten gerne Fisch gehabt, zwei wollten Fleisch und einer ist Veganer und fand, es gäbe also weder Fisch noch Fleisch. Das Resultat war dann, dass die beiden, die Fisch wollten, sich für Fleisch entschieden. Der Veganer war so wütend, dass er den beiden Fischessern auf den Teller spuckte und ging. Langer Rede kurzes Resümee: Es waren nur noch vier Freunde übrig nach diesem Restaurantbesuch. Diese vier trafen sich dann wieder einmal und fanden, den Fehler wollten sie nicht wiederholen, sie müssten das Abstimmungsverfahren verbessern. Sie machten es so: Jeder kann individuell aussuchen, was er haben möchte, aber am Schluss teilen wir die Rechnung einfach durch vier. Der erste fand, er sei bescheiden, und nahm das Günstigste auf der Karte. Der zweite fand, wenn er schon nicht alles selbst zahlen müsse, dann nehme er natürlich das Filet mignon. Und die anderen beiden wählten etwas aus der Mitte. Am Schluss wirklich zufrieden war dann aber keiner.

Kurz und gut: Eigentlich geht es um kollektive Entscheidungen versus individuelle Entscheidungen. Und ich möchte Euch einfach dazu aufrufen: Seid Euch bewusst, weniger Regulierungen und weniger kollektive Entscheidungen und halt auch weniger Demokratie in diesem Fall ist häufig besser, denn es ermöglicht eben, dass am Schluss jeder zufrieden ist. In einer Demokratie hat man das grundsätzliche Problem, dass es eigentlich immer Gewinner und Verlierer gibt, es ist eigentlich immer eine win-loose-Situation. Wenn hingegen jeder selbst aussuchen darf, was er möchte, dann ist es eben eine win-win-Situation. Und in vielen Fällen ist das möglich. Und wir sollten uns bei jeder Regulierung, die wir treffen, überlegen, ob es

wirklich nötig ist, dass wir da eine Kollektiventscheidung treffen, statt dass wir jedem Einwohner von Winterthur die individuelle Entscheidung lassen. Damals war es in Bezug auf die Stromwahl – ich denke, das ist auch ein sehr gutes Beispiel. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Weitere Erklärungen gibt es wohl nicht, jedenfalls wurden keine gemeldet.

Traktandenliste

Parlamentspräsident F. Helg: Traktandum 9, Verordnung Finanzhaushalt, fällt weg. Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif.

Behandlung ohne Diskussion gibt es bei Traktandum 8, Geschäftsbericht Sozialbehörde, sofern das Traktandum heute behandelt werden soll, und bei Traktandum 11, Digitalisierung Posteingang.

Gibt es Einwände oder Anträge zur Traktandenliste? Gaby Gisler (SVP) hat einen Antrag.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Antrag auf Absetzung respektive Verschiebung auf eine spätere Parlamentssitzung von Traktandum 8, dies mit folgender Begründung:

1. Der Geschäftsbericht 2023 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur wird gemäss Ankündigung der Präsidentin in der SSK erst am 8. Juli 2024 traktandiert und wurde daher inhaltlich in der SSK-Kommission bis jetzt noch gar nicht diskutiert.
2. Bei Geschäften, die obligatorisch in der Kommission vorberaten werden müssen (gemäss Organisationsverordnung Stadtparlament, Art. 8 Abs. 2), ist es üblich, dass sie erst danach im Parlament behandelt werden. An diesem üblichen formalen Ablauf möchten wir festhalten. Ausdrücklich weise ich darauf hin, dass es uns vorliegend nicht um den Inhalt des Geschäftsberichts geht, wir haben diesen ja noch gar nicht abgehandelt.
3. Vorliegend war der Ablauf etwas unglücklich: Der Geschäftsbericht wurde in der SSK kurzfristig unter «Varia» abgehandelt (jedoch inhaltlich nicht diskutiert), bevor wir in der Fraktionssitzung dazu diskutieren konnten. An der nachfolgenden Fraktionssitzung hat die SVP-Fraktion den Ablauf kritisch hinterfragt. Im Nachhinein lässt sich die Notwendigkeit einer Dringlichkeit unseres Erachtens nicht begründen.
4. Betonen möchte ich, dass wir die späte Zustellung des Geschäftsberichts vom DSO nicht monieren, es ist wie es ist. Im Gegenteil: Wir begrüssen, dass die Sozialhilfebehörde den Bericht sorgfältig verfasst - gemäss Stadtrat Galladé ging innerhalb der Sozialhilfebehörde der Bericht noch einige Male hin und her, bevor die endgültige Fassung abgesegnet worden ist. Wenn die Sozialhilfebehörde verpflichtet ist, einen Bericht abzuliefern (und das ist sie gemäss Geschäftsordnung der Sozialhilfebehörde, Art. 2 lit. c), so geht es auch darum, diesen Bericht und damit die Arbeit gegenüber den Mitgliedern der Sozialhilfebehörde zu wertschätzen und diesen Bericht korrekt in der SSK vorzubesprechen.
5. Noch eine Bemerkung zum Inhalt respektive zur Kenntnisnahme: Eine Kenntnisnahme kann ja positiv wie auch negativ erfolgen. Die entsprechende Würdigung ergibt sich jedoch erst nach erfolgter inhaltlicher Auseinandersetzung.
6. Zum Fazit: Wir möchten einen formal korrekten Ablauf des Geschäftes. Ich danke, wenn Sie unseren Absetzungsantrag unterstützen.

Parlamentspräsident F. Helg: Grundsätzlich kann man dazu sprechen, ich denke aber, dass wir die Diskussion ein bisschen beschränkt halten müssen, weil es ja nur um einen formellen Antrag geht. Das Wort hat zuerst Renate Dürr in der Funktion als SSK-Präsidentin.

R. Dürr (Grüne/AL): Danke vielmals, Gaby Gisler, für Deine Einwände zu diesem Geschäftsbericht Sozialhilfebehörde. Ich möchte einfach noch kurz festhalten: Wir sind von der Parlamentsleitung aufgefordert worden, das Geschäft für heute vorzubereiten. Die Kurzfristigkeit war gegeben, das hat Gaby Gisler gesagt. Wir haben aber an der Kommissionssitzung auch

beschlossen, dass es rein eine formelle Kenntnisnahme ist und nicht eine inhaltliche. Und wie Gaby Gisler schon richtig gesagt hat, werden wir den Geschäftsbericht inhaltlich am 8. Juli noch auf der Traktandenliste haben.

Die Fraktion Grüne/AL wird diesen Antrag nicht unterstützen, im Wissen, dass wir wahrscheinlich in einer Minderheit sind. Besten Dank.

B. Oeschger (GLP): In der Auffassung, dass ein Parlamentsgeschäft vorgängig von der vorberatenden Kommission besprochen werden sollte, wird die GLP den Antrag unterstützen.

Parlamentspräsident F. Helg: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, somit kommen wir zur Abstimmung.

A = Zustimmung Absetzungsantrag, B = Ablehnung Absetzungsantrag.

Abstimmungsergebnis: 28 Zustimmung zu 28 Ablehnung bei 0 Enthaltung.

Jetzt bin ich natürlich ein bisschen im Clinch, weil ich zwei Rollen habe, einerseits als Mitglied der Parlamentsleitung, andererseits als Mitglied der FDP-Fraktion. Ich werde mich aber im Zweifel für eine Beratung entscheiden. Ich werde dem Absetzungsantrag deshalb zustimmen. Mit Stichtagsentscheid 29 zu 28 wird das Geschäft abgesetzt und kommt an einer späteren Sitzung an die Reihe.

1. Traktandum

Protokoll der 2./3. Sitzung

Parlamentspräsident F. Helg: Protokoll der 2. und 3. Sitzung vom 3. Juni 2024. Gibt es dazu Anmerkungen oder Einwände aus dem Plenum? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich danke an dieser Stelle wieder Andrea Furrer für das Verfassen des Protokolls und auch einmal dem Vizepräsidenten, zurzeit Samuel Kocher, für das Durchlesen des Protokolls. Das ist ein interner Ablauf, den wir so etabliert haben. Insofern gilt das Protokoll jetzt als genehmigt.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.48: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) per 1. Juli 2024 anstelle des zurücktretenden D. Oswald (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission (AK) per 1. Juli 2024 anstelle des zurücktretenden Daniel Oswald (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Für die AK anstelle des zurücktretenden Dani Oswald schlägt die IFK vor: Marco Graf (SVP). Er ist ab 1. Juli 2024 gewählt, also in einer Woche.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es aus dem Plenum weitere Vorschläge für dieses Amt? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Ich erkläre deshalb Marco Graf als gewählt, mit Amtsantritt ab 1. Juli 2024 bis Ende Amtsdauer. Marco Graf wurde ja schon vom Stadtrat letzte Woche als Parlamentsmitglied als gewählt erklärt. Er sitzt auf der Zuschauertribüne. Ich gratuliere ihm zu diesem Amt und wünsche ihm viel Erfolg und Befriedigung in der Aufsichtskommission. (*Applaus*)

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.49: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 1. August 2024 anstelle des zurücktretenden M. Zehnder (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 1. August 2024 anstelle des zurücktretenden Martin Zehnder (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor als Mitglied für die BSCK für den zurücktretenden Martin Zehnder, mit Beginn ab 1. August bis Ende Amtsdauer: Jan Guddal (GLP).

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Ich frage wieder in die Runde: Gibt es weitere Vorschläge für dieses Amt? – Das ist nicht der Fall.

Ich darf deshalb auch Jan Guddal als gewählt erklären ab 1. August 2024 bis Ende Amtsdauer. Auch Jan Guddal sitzt auf der Tribüne und ich gratuliere Dir, Jan, ganz herzlich zu diesem Amt. Du bist ja als Mitglied des Parlaments vom Stadtrat auf diesen Zeitpunkt als gewählt erklärt worden. (*Applaus*)

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.50: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 1. August 2024 anstelle des zurücktretenden M. Zehnder (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) per 1. August 2024 anstelle des zurücktretenden Martin Zehnder (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Als Präsident für die BSCK, auch wieder mit Beginn 1. August bis Ende Amtsdauer im Mai 2026, schlägt die IFK vor: Jan Guddal (GLP).

Parlamentspräsident F. Helg: Auch hier die Frage in die Runde: Gibt es weitere Vorschläge für das Präsidium? – Das ist nicht der Fall. Deshalb darf ich Jan Guddal als Präsident der BSCK als gewählt erklären, mit Amtsantritt ab 1. August 2024 bis Ende Amtsdauer. Auch da herzliche Gratulation und viel Erfolg bei diesem Präsidium. (*Applaus*)

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.27: Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2023

Parlamentspräsident F. Helg: Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2023. Zuerst ein Hinweis auf die Geschäftsabwicklung: Zuerst gibt es eine allgemeine Beratung, welche eingeleitet wird durch den Vizepräsidenten der Aufsichtskommission, Samy Kocher. Anschliessend gibt es die Möglichkeit, dass sich die AK-Mitglieder zu Wort melden können und dann die übrigen Mitglieder zu allgemeinen Fragen der Rechnung, dann auch der Stadtratsvertreter. Anschliessend werden wir dann durch die einzelnen Teile durchgehen, zuerst Teil B, dann Teil A und zuletzt Teil C. Wenn Bedarf besteht, kann man sich dort zu Wort melden. Am Schluss werden wir dann die Abstimmungen durchführen.

Samy Kocher wird nach seinem Eintretensvotum für die Kommission gleich auch noch das GLP-Votum anschliessen, damit er nicht zu lange an meiner Seite als Vizepräsident fehlt. Das Wort hat Samuel Kocher (AK).

S. Kocher (AK): Ich präsentiere heute die Rechnung 2023 stellvertretend für Christian Hartmann.

Am Anfang zuerst zusammenfassend ein paar Eckpunkte zu dieser Rechnung 2023: Wir haben einen Aufwandüberschuss von 2,9 Millionen Franken. Wir sehen eine Nettoinvestition von etwas über 150 Millionen Franken. Das zweckfreie Eigenkapital sinkt von über 300 Millionen Franken auf rund 233 Millionen Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad ist auch gesunken auf 70 Prozent, dafür ist die Nettoschuld pro Einwohner:in wieder gestiegen auf über 9'000 Franken.

Veränderungen der Erfolgsrechnung gegenüber Budget: Wir sehen Abweichungen von 0.9 Millionen Franken. Wesentliche Abweichungen kommen v.a. aus drei Bereichen:

- Mehrausgaben im Bereich Schule und Betreuung (über 14.4 Millionen)
- Ergebnisverbesserung beim Departement Soziales bei der Individuellen Unterstützung (9.3 Millionen)
- Nettosteureinnahmen leicht unter Budget (4 Millionen)

Was sind die Treiber dieser grössten Abweichungen? Bei den Mehrausgaben im Bereich Schule haben wir drei Effekte: In der Sonderschulung Mehrkosten von 2.9 Millionen aufgrund der integrativen Sonderschulplatzierungen; bei der Schulgänzenden Betreuung Mehrkosten von 3.2 Millionen aufgrund Anstieg der Betreuungsstunden; in der Volksschule Mehrausgaben von 8.1 Millionen, insbesondere v.a. wegen Lohnmassnahmen für das kantonal angestellte Lehrpersonal und der Einführung des neuen «Deutsch als Zweitsprache»-Konzepts. Die Ergebnisverbesserung von 9.3 Millionen im Bereich Soziales kommt v.a. aus der Sozialhilfe, gemäss Sozialhilfegesetz. Dort haben wir höhere Einnahmen von 10.4 Millionen, dies v.a. weil ein höherer Anteil an den Kosten entsprechend weiterverrechnet werden konnte. Bei den Steuereinnahmen sehen wir wie gesagt 4 Millionen weniger als budgetiert. Da fällt v.a. auf, dass es grosse Verschiebungen gab in den einzelnen Bereichen. Bei der Grundstücksgewinnsteuer fällt das noch nicht so gross ins Gewicht mit 2.9 Millionen unter Budget. Aber man sieht, bei den juristischen Personen sind wir 24 Millionen unter Budget, konnten das aber grösstenteils kompensieren durch mehr Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen.

Da sehen wir eine Übersicht, auch ein bisschen in die Vergangenheit geschaut. Hellblau das Budget 2023, rechts daneben die Rechnung 2023. Da sieht man grafisch gut dargestellt, wo die Verschiebungen stattfinden: Bei den natürlichen Personen bei budgetiert 333 Millionen neu bei 355 Millionen. Dann aber auch die Position bei den juristischen Personen, von budgetiert 80 Millionen eine Reduktion auf 56 Millionen.

Hier eine Übersicht zur Erfolgsrechnung in allen Departementen: Es kam nicht nur in den drei von mir angesprochenen Departementen zu Verschiebungen, sondern naturgemäss sieht man das in allen Departementen. Es ist auch interessant zu sehen, wie die prozentualen Verschiebungen sind, nicht nur immer die absoluten Zahlen. Wenn man im Departement Schule und Sport sieht, dass 14.4 Millionen entsprechen 4%. Das ist einfach dem geschuldet, dass das ein sehr grosses Budget ist und dort kleine Prozentzahlen schon zu grossen absoluten Zahlen führen. Und umgekehrt.

Die Investitionsrechnung ist natürlich geprägt durch unsere grossen Projekte, die in der Stadt Winterthur laufen. Da stehen im Vordergrund sicher die ganzen Investitionen in neuen Schulraum (Schulhaus Römerstrasse, Schulhaus Tägelmoos, Schulhaus Gutschick, Provisorium Kindergarten Schützenwiese), die Querung Grüze und ein ICT-Infrastrukturprojekt, die man hauptsächlich vorwärtsgetrieben hat. Man sieht jeweils bei der Rechnung 2023 den Einfluss, was auf diese Rechnungsperiode gefallen ist, im Vergleich zum gesamten Verpflichtungskredit, der links davon steht.

Das waren aber nicht die einzigen grossen Themen, die im Investitionsbereich geführt worden sind. Gerade bei Stadtwerk begann man mit der Anschaffung der Doppelgelenkbusse,

man hatte Oberleitungssanierungen, im Contracting hat man eine 2. Kesselerweiterung mitfinanziert, beim ZVV musste man Erhaltungsprojekte bei den Ticketautomaten umsetzen und (wie wir alle wissen) der Projektierungskredit KVA, der abgeschlossen werden konnte.

Man sieht auch hier wieder die anteiligen Beiträge für die Rechnung 2023 im Vergleich zum jeweilig gesprochenen Gesamtkredit.

Wenn man das grafisch anschaut und auswertet, so sieht man sehr eindrücklich, dass eigentlich drei Bereiche rund 2/3 der gesamten Investitionen ausmachen: Schule und Betreuung, Stadtwerk und Strassenreinigung und Gewässerverbauung. Der restliche 1/3 ist auf unterschiedliche Bereiche verteilt.

Da sieht man auch noch die Gesamtentwicklung der Investitionen. Das ist sicher 2020/2021/2022 spannend. 2023 sind wir in der Summe nochmals ein Stückchen angestiegen. Gesamthaft sind es dann wie gesagt die 151 Millionen, ohne das Finanzvermögen.

Interessant ist auch der Realisierungsgrad: Dieser konnte sich nochmals ein bisschen steigern. Wenn man das Finanzvermögen herausnimmt, ist er zwar bei 74 und nicht bei 78 Prozent, aber zumindest stabil und besser als in den Jahren 2022 und 2021.

Zum Schluss möchte ich noch einen Überblick geben über ein paar Kennzahlen, bei denen man auch die Entwicklung anschauen kann und nicht nur eine Jahrestrenche sieht.

Im Bereich Selbstfinanzierungsgrad sehen wir, dass es da doch eine starke Entwicklung gegeben hat vom Jahr 2022 zu 2023. Wir sehen auch, was das entsprechend bedeutet für die Nettoschuld pro Einwohner. Da sind wir nach der Rechnung 2021 und 2022, wo wir gesunken sind bei der Nettoschuld, jetzt wieder angestiegen auf etwas über 9'000 Franken.

Das ist auch entsprechend sichtbar bei der Nettoschuld in Millionen gesamthaft, wo wir mittlerweile wieder über 1 Milliarde Franken stehen.

Der Zinsbelastungsanteil ist über all die Jahre bei allen diesen externen Faktoren doch am Schluss sehr stabil geblieben.

Das zweckfreie Eigenkapital, ich habe es eingangs erwähnt, ist stark gesunken von über 30 Prozent letztes Jahr auf neu 233 Millionen Franken; die Eigenkapitalquote entsprechend beeinflusst ebenfalls wieder von 15 auf 11%.

Besten Dank.

S. Kocher (GLP): Die Grünliberalen sind für die Abnahme von der Jahresrechnung und vom Geschäftsbericht und auch für eine Zustimmung zu allen Anträgen des Stadtrats.

Die Rechnung 2023 der Stadt Winterthur weist trotz eines Aufwandsüberschusses von 2.9 Millionen Franken einige Entwicklungen und Herausforderungen auf, die aus der Sicht der GLP besonders gewürdigt oder besprochen werden sollten.

Die Mehrausgaben im Schulbereich, die insgesamt 14.4 Millionen Franken betragen, spiegeln eine notwendige und zukunftsorientierte Investition in die Bildung wider. Die zusätzlichen Mittel für das kantonale angestellte Lehrpersonal und die Einführung des neuen «Deutsch als Zweitsprache»-Konzepts sind entscheidend, um die Bildungsqualität zu sichern und den Bedürfnissen einer vielfältigen Schüler*innenschaft gerecht zu werden. Diese Investitionen sind aus Sicht der GLP essenziell für die langfristige Entwicklung und Chancengleichheit unserer Kinder. Und trotzdem gilt es festzuhalten, dass schon geringe Abweichungen zum Budget im Departement Schule und Sport grosse Auswirkungen auf die finanzielle Gesamtsituation der Stadt Winterthur haben. Entsprechend braucht es da im Budget-Prozess besondere Aufmerksamkeit.

Die positive Abweichung von 9.3 Millionen Franken im Bereich der Individuellen Unterstützung zeigt, dass die Stadt Winterthur in der Lage ist, sozialpolitische Massnahmen effizient zu gestalten. Besonders der unerwartet hohe Ertrag im Bereich der Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz unterstreicht die Wirksamkeit und Bedarfsgerechtigkeit der erbrachten Leistungen. Diese Mittel müssen weiterhin zielgerichtet eingesetzt werden, um die soziale Integration und das Wohlbefinden der bedürftigen Bevölkerung zu fördern.

Die Steuereinnahmen liegen insgesamt leicht unter den Erwartungen, wobei die Einnahmen aus Steuern natürlicher Personen höher und die der juristischen Personen leider deutlich niedriger ausgefallen sind. Dies zeigt die Notwendigkeit von einer ausgewogenen und nach-

haltigen Steuerpolitik. Die GLP setzt sich schon immer dafür ein, dass das städtische Steuerklima sowohl für natürliche als auch für juristische Personen attraktiv bleibt, um langfristig stabile Einnahmen zu gewährleisten. Die Entwicklung bei den juristischen Personen sehen wir gerade aus diesem Grund als sehr kritisch.

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen und die Mehrausgaben im Finanzvermögen zeigen, dass Winterthur zwar aktiv in seine Infrastruktur und Immobilien investiert. Mit einem Realisierungsgrad von 74% sind sicherlich viele Projekte vorangetrieben worden. Dafür besten Dank an alle, die daran gearbeitet haben. Trotzdem bedeutet das Resultat, dass rund 25%, also jedes 4. Projekt, verzögert oder stark verzögert ist. Probleme sehen wir aber nicht zwingend nur bei den Projekten. Wir glauben, dass bereits bei der Budgetierung von deutlich zu hohen Werten ausgegangen wird. Das lässt der nachhaltig stabile Realisierungsgrad von deutlich unter 80% beweisen. Man darf da ruhig die Vermutung anstellen, dass hier jeweils Puffer für ein kommendes Budget geschaffen werden.

Insgesamt zeigt die Rechnung 2023 der Stadt Winterthur sowohl Herausforderungen als auch Chancen. Die Grünliberalen begrüßen die Investitionen in Bildung und soziale Unterstützung, fordern jedoch verstärkt eine nachhaltige und ausgewogene Steuerpolitik sowie Investitionen, die auf Umweltverträglichkeit und langfristige Stabilität ausgerichtet sind. Die GLP unterstützt eine stabile und transparente Finanzpolitik, die langfristige Investitionen in die Infrastruktur und Dienstleistungen der Stadt ermöglicht, ohne die finanzielle Gesundheit zu gefährden.

Wir sind überzeugt, dass nur durch eine solche weitsichtige und transparente Finanzplanung Winterthur auch in Zukunft eine lebenswerte und nachhaltige Stadt für alle Bürger*innen bleiben kann.

Zum Schluss möchte sich die GLP-Fraktion bei allen städtischen Angestellten für ihren Einsatz im Geschäftsjahr 2023 bedanken.

Die GLP unterstützt die Abnahme aller Anträge des Stadtrats und dankt dem Stadtrat für die Erstellung von der Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht. Besten Dank.

F. Kramer-Schwob (EVP): Danke vielmals, Samuel, für die Präsentation. Die Medienmitteilung zur Rechnung hatte den Titel: «Rechnung 2023 mit nahezu ausgeglichenem Ergebnis». Dass dem so ist, ist etwas mehr Glück als genauem Budgetieren geschuldet. Die Abweichungen in der Rechnung selbst sind nämlich beachtlich. Glücklicherweise heben sie sich einfach zu einem grossen Teil wieder auf.

Das ist ärgerlich, wenn man bedenkt, wie wir im Budget über ein paar 100.000 Franken feilschen und in der Rechnung liegt man dann locker mal x Millionen daneben in einer einzigen Produktgruppe.

Immer wieder kommen wir bei der Rechnungsbesprechung auch zum Schluss: Diese Abweichung hätte man früher im Novemberbrief noch korrigieren können. Dass der Novemberbrief abgeschafft worden ist, hat also schon nicht nur Vorteile. Und wir finden, dass es z.B. möglich sein müsste, die Teuerung auf Lehrerlöhnen vom Kanton so rechtzeitig zu erfahren, dass man es noch ins Budget aufnehmen kann. Sollte das bisher wirklich nicht machbar sein, müsste man beim Kanton intervenieren, weil wir ja sicher nicht die einzige Gemeinde sind, welche diese Zahlen braucht.

Auf der anderen Seite ist auch zu sagen, dass wir zielgerichtete Bemühungen sehen, genau und auch realistisch zu budgetieren. Das schätzen wir. Die Abweichungen in den Produktgruppen waren auch durchaus nachvollziehbar. Die Rechnung gab dann ja auch in den Kommissionen auch nicht viel zu diskutieren. Wir danken deshalb an dieser Stelle der Stadtverwaltung und insbesondere dem Finanzamt vielmals für die Erstellung der Rechnung.

Die Verschuldung hat wieder die Milliardengrenze geknackt. Das zweckfreie Eigenkapital ist um 36% gesunken, also um mehr als einen Drittel. Das nehmen wir sehr ernst. Die Stadt muss investieren, das ist klar. Einmal mehr ist aber zu sagen: Es ist zu priorisieren! Und zwar nicht nur innerhalb der Departemente, sondern vom Gesamtstadtrat.

Weit weg in anderen Ländern ist es ja so, dass Regierungsmitglieder in der Sitzung einen Antrag auf Bewilligung eines Kredits stellen. Die anderen Regierungsmitglieder getrauen sich nicht «nein» zu sagen, weil sie Angst haben, dass sonst das nächste Mal bei einem Antrag

von ihnen selbst vielleicht auch «nein» gesagt würde. Also ein bisschen eine Besitzstandswahrung. Und deshalb sagen sie immer Ja zu allen Krediten.

Das ist in Winterthur sicher ganz anders: Der Gesamtstadtrat hat den Mut, gemeinsam Prioritäten zu setzen - ohne Angst vor einem «Nein» zu einem Wunschprojekt eines Departments. In diesem Sinne danken wir für die Rechnung und sind gespannt auf das Budget. Wir treten ein und werden die Rechnung auch abnehmen.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU haben in unserer Medienmitteilung zur Jahresrechnung geschrieben, dass die Stadt finanziell nicht vom Fleck kommt. Das hat sich bei der Prüfung der Jahresrechnung in den Kommissionen bestätigt und sogar eher verschärft. Die Nettoschuld ist pro Kopf gegenüber 2022 von 7'786 auf 9'072 Franken gestiegen. Als Konsequenz hat sich auch der Nettoverschuldungsquotient gegenüber dem Vorjahr verschlechtert, er stieg von 214% auf 262%. Zur Erinnerung: Der Nettoverschuldungsquotient bedeutet, dass die Verschuldung der Stadt 2,6 mal grösser ist als der jährliche Steuerertrag. Die finanzielle Entwicklung von Winterthur gibt Anlass zur Besorgnis, weil gemäss Medienmitteilung des Regierungsrats vom 12. Juni 2024 es den Gemeinden im Kanton Zürich sehr gut geht und die meisten Gemeinden Eigenkapital aufbauen konnten. In diesem Zusammenhang muss auch festgestellt werden, dass der Kanton die Gemeinden in den letzten Jahren substanziell entlastet hat. Und trotzdem weisen wir in Winterthur 2023 einen Verlust aus. Wir haben auch gehört von Samy Kocher: Wenig berauschend ist die Entwicklung der Erträge der juristischen Personen. Obwohl die Anzahl der steuerpflichtigen juristischen Personen um knapp 100 zugenommen hat, fielen die Einnahmen markant tiefer aus als im Vorjahr. Der Stadtrat muss den Unternehmen mehr Sorge tragen und sie mit idealen Rahmenbedingungen und raschen, effizienten Dienstleistungen (z.B. bei Bauvorhaben und Parkplätzen) unterstützen. Winterthur braucht dringend gute und profitable Unternehmungen und v.a. mehr Arbeitsplätze.

Unsere Konklusion der Jahresrechnung 2023: Der Verlust von 3 Millionen alleine betrachtet ist sicher nicht der Weltuntergang. Aber eine detailliertere Analyse der Jahresrechnung zeigt: Winterthur ist finanziell gesehen für die Zukunft nicht gerüstet. Die Verschuldung nimmt zu und die Steuerkraft stagniert. Wir vermissen eine Strategie des Stadtrats, wie sich Winterthur finanziell für die Zukunft aufstellen will. Ein weiteres Schrauben am Steuerfuss oder immer mehr Schulden machen kann nicht mehr die Lösung sein. Angesichts der drohenden Defizite im Kanton ist die Hoffnung der links-grünen Mehrheit des Stadtrats, einfach auf mehr Finanzausgleich zu zählen, nicht mehr als eine Vogel-Strauss-Politik und wird scheitern.

Aber auch wir als Parlament sind gefordert. Wir bewilligen neue Ausgaben, ohne uns Gedanken zu machen, wie diese finanziert werden können. Wir müssen zudem bei Investitionsprojekten noch stärker abklären, ob nicht mit weniger Geld der gleiche Nutzen erreicht werden kann.

Wir von der Mitte/EDU-Fraktion treten auf die Jahresrechnung ein und werden allen Punkten der Weisung zustimmen. Wir danken an dieser Stelle Samy Kocher für die Präsentation und allen Mitarbeitenden der Verwaltung, die uns in den Kommissionen offen Rede und Antwort gestanden sind für alles, was passiert ist und was geplant ist. Und wir danken allen für die Erstellung der umfangreichen Jahresrechnung.

B. Helbling (SP): Ich würde fast sagen, guten Abend, obwohl die Sonne draussen scheint. Also guten Nachmittag.

Die SP-Fraktion beantragt Eintreten und Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts und stimmt den Anträgen des Stadtrats zu. Ich danke Samy Kocher für die Vorstellung der Rechnung.

Die Jahresrechnung 2023, wir haben es gehört, schliesst mit einem geringen Aufwandüberschuss von 2.9 Millionen ab. Einige Jahre wurde in der Rechnungsbesprechung schon angemahnt, dass die Budgetierung zu ungenau ist. Dieses Jahr ist das Budget bis auf eine minimale negative Veränderung von 0.9 Millionen eingehalten. Wir nehmen diese realistische Budgetierung für das Jahr 2023 positiv zur Kenntnis, denn die meisten Produktgruppen schliessen mit einem positiven Ergebnis oder einem sehr gering negativen ab.

Auffällig sind drei Bereiche: Die weiter gestiegenen Ausgaben im Schulbereich. In diesem Bereich lassen sich die Kosten kaum beeinflussen und sie sind für uns wichtige Investitionen. Die Kinder brauchen mehr Betreuung, es gibt einen höheren Bedarf an Sonderschulung und der substanziell kurzfristige Teuerungsausgleich des Kantons konnte nicht mehr budgetiert werden. Wir werden im Bereich Schule auch in den kommenden Jahren mit weiteren Kostensteigerungen rechnen müssen.

Dem gegenüber steht die Ergebnisverbesserung beim Sozialdepartement, da ein höherer Anteil der Kosten in der Sozialhilfe weiterverrechnet werden konnte.

Wenn man die Steuereinnahmen anschaut (auch diese genauer budgetiert, übrigens), dann dann liegen die gesamten Steuereinnahmen nur 0.8% unter Budget. Und doch bereiten uns die sinkenden Steuereinnahmen bei den juristischen Personen Sorgen. Die Mehreinnahmen bei den natürlichen Personen verhindern zum Glück, dass die tieferen Steuerinnahmen bei den juristischen Personen das Budget noch mehr verschlechtern. Wir teilen da die Bedenken des Stadtrats bezüglich der Gefahr, dass die weiteren Gewinnsteuersenkungen für juristische Personen die dortigen Steuereinnahmen weiter sinken lassen und das schlussendlich nur noch durch Steuerzahlungen der natürlichen Personen kompensiert werden kann.

Die getätigten Investitionen im Verwaltungsvermögen sind im Vergleich zum Vorjahr nochmals ein wenig gestiegen und auch der Realisierungsgrad liegt über dem Wert des Vorjahrs. Das sind positive Entwicklungen. Die Instandstellung und die Erneuerung der städtischen Infrastruktur ist aus unserer Sicht für die Lebensqualität in Winterthur von grosser Bedeutung. Wir müssen in die Infrastruktur investieren und die Investition in ökologische und klimapolitische Projekte ist zwingend.

Sparmöglichkeiten zur Erhöhung des zweckfreien Eigenkapitals werden in den kommenden Jahren wohl schwierig bis unmöglich. Die finanziellen Herausforderungen, vor denen Winterthur steht, bedingen eine konsequente Priorisierung von Vorhaben und einen weiteren Einsatz für eine faire Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden.

Die SP-Fraktion danke dem Stadtrat für die umsichtige Finanzsteuerung und dem Finanzdepartement für die saubere Aufbereitung der Zahlen. Und v.a. danken wir der städtischen Verwaltung, sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für ihre Arbeit und den guten Umgang mit unseren Ressourcen.

D. Oswald (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion ist es mir ein grosses Bedürfnis, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Winterthur für ihren grossen Einsatz für die Rechnung zu danken. Auch wenn es in erster Linie ihre tägliche Arbeit ist, so ist es im politischen Umfeld doch etwas anders als in einem Geschäft. Sonst wird nirgends der Dreck so in der Öffentlichkeit diskutiert wie hier bei uns. Diese Arbeit ist die Grundlage zur politischen Auseinandersetzung. Diese politische Auseinandersetzung wird aber zwischen Exekutive und Legislative geführt, und nicht zwischen der Legislative und der Verwaltung. Die Mitarbeitenden der Verwaltung können sich also ganz nach hinten lehnen, egal was gesagt wird über die Rechnung (das gilt auch für das Budget).

Da ich ja auch zum Grund gehöre, dass wir am Anfang ein bisschen viel Zeit gebraucht haben, möchte ich in meinem Votum kurz sein.

Die Rechnung mit einem Aufwandsüberschuss von 2.9 Millionen bei einem Gesamtaufwand von netto 1.68 Milliarden gab ja auch in den Kommissionen nicht viel zu reden.

Trotzdem möchte ich ein paar Punkte erwähnen: Und der Transparenz wegen möchte ich auch zugeben, dass ich mir da ChatGPT zur Hilfe genommen habe, denn nach 14 Jahren im Parlament, was will ich da noch sagen, was ich nicht schon einmal gesagt habe.

Zuerst zur Ausgabenanalyse: Da hat mir ChatGPT gesagt, dass Winterthur vor finanziellen Herausforderungen steht. Bei der Ausgabenanalyse hat es gesagt, dass Volksschule, Sonderschule, Umwelt- und Gesundheitsschutz und Stadtwerk mit den Ausgaben speziell zu erwähnen seien.

Zu mir selbst, was mir auch aufgefallen ist und das ich im Namen der SVP-Fraktion erwähnen möchte: Wir haben im Gesamten 9 Millionen mehr ausgegeben als budgetiert. 9 Millionen sind nicht viel, aber es sind doch ca. 3 Steuerprozent. Zudem haben wir 2023 105 Millionen

mehr ausgegeben als 2022. 2022 war ja ein Corona-Jahr und 2023 nicht mehr. Hätten da nicht eher die Ausgaben ein bisschen sinken oder nicht gleich so stark ansteigen können? Ich möchte auch sehr positiv erwähnen: Das Fremdkapital konnte um 120 Millionen reduziert werden. Auch wenn von meinen Vorrednern die Verschuldung und die Nettoschuld pro Einwohner aufgeführt wurden, kann ich sagen: Das Fremdkapital haben wir um 120 Millionen reduziert. Es ist halt eine unterschiedliche Betrachtung zwischen Liquidität und Erfolgsrechnung. Und ich bin schon der Meinung: Wenn man die 9 Millionen Mehrausgaben, die 105 Millionen, die man mehr ausgegeben hat als 2022, anschaut – und da konnte man noch 120 Millionen Fremdkapital reduzieren. Das heisst also, dass Liquidität da ist.

Weiter möchte ich dazu auch noch erwähnen:

Zudem ist zu erwähnen, dass die PK-Lösung nun auch vom Volk beschlossen ist, sie ist also da. Auch diese wird dann wieder zu Minderausgaben der Stadt führen.

Ich habe dann nochmals ChatGPT gefragt für Schlussfolgerungen und Empfehlungen: Da bin ich eigentlich ziemlich gleicher Meinung. Die Stadt Winterthur muss dringend Massnahmen ergreifen, um die Finanzlage zu stabilisieren. ChatGPT schlägt mir da vor:

- Strikte Priorisierung der Ausgaben: Es ist unerlässlich, die Ausgaben genauer zu überwachen und nur zwingend notwendige Projekte zu finanzieren.

- Verbesserung der Einnahmenprognosen: Genauere und konservativere Schätzungen der Einnahmen könnten helfen, besser zu budgetieren und unangenehme Überraschungen zu vermeiden.

- Kostenkontrolle und Effizienzsteigerung: Alle städtischen Abteilungen sollten nach Möglichkeiten suchen, Kosten zu senken und die Effizienz zu erhöhen.

- Zusammenarbeit mit Kanton und Gemeinden: Eine faire Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden ist essenziell, um finanzielle Belastungen gleichmässig zu verteilen.

Beim 4. Punkt möchte ich noch hinzufügen: Wir sollten einfach nicht zuerst von der Stadt her die Aufgaben an uns reissen und nachher beim Kanton jammern, wir müssten nun mehr Geld haben. Sondern man muss die finanzielle Aufteilung zwischen Kanton und Stadt vorher diskutieren, bevor man neue Aufgaben heraufführt.

Ich höre jetzt wieder auf mit ChatGPT und komme nochmals auf die Beträge, die ich eingangs aufgeführt habe: 120 Millionen konnten wir das Fremdkapital reduzieren, ich habe es gesagt, die Liquidität ist da. Und da ist die SVP-Fraktion der Stadt Winterthur ganz klar der Meinung, auch in Zukunft, wenn wir schwierige Situationen haben: Es gibt andere Möglichkeiten, um diese Ausgaben zu steuern. Steuererhöhungen sind für uns sicher keine Option. Im Gegenteil, wir sind der Überzeugung, dass sogar Raum vorhanden ist für eine Steuersenkung.

Und wenn Winterthurer Unternehmen sagen, wir erweitern in Winterthur trotz dem hohen Steuerfuss, dann sollte uns das nicht ein Grund sein, um die Steuern zu erhöhen, sondern wir müssten uns dann überlegen, ob es vielleicht so sein könnte: Die, welche in Winterthur sind, gehen nicht weg trotz dem hohen Steuerfuss. Das ist ja schon ein Warnsignal. Es könnte auch sein, dass kein Unternehmen mehr nach Winterthur kommt wegen dem hohen Steuerfuss, weil die dann an einen anderen Ort gehen. Ich bitte Euch, auch das zu bedenken.

Die SVP Winterthur ist ebenfalls der Meinung, die Rechnung abzunehmen wie vom Stadtrat vorgeschlagen.

Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank an Dani Oswald und an ChatGPT für das Votum. Als nächstes hat sich gemeldet Andreas Büeler (Grüne/AL).

A. Büeler (Grüne/AL): Ich freue mich, dass nach ChatGPT wieder ein gewählter Parlamentarier nachrutscht. ChatGPT ist bisher doch noch nicht gewählt von der Bevölkerung.

Wir von der Grüne/AL haben ja in den letzten Jahren mehrfach kritisiert, dass jeweils viel zu konservativ budgetiert worden ist und dann die Rechnung weit über Budget gewesen ist. Die von uns vermutete mutigere Budgetierung hat sich jetzt bewahrheitet:

Nach fast 70 und 57 Millionen in den letzten beiden Jahren sind die 0.9 Millionen Abweichung zum Budget bei Gesamtaufwand und Ertrag von fast 2 Milliarden Franken wirklich eine Punktlandung. Zu dieser exakten Budgetierung gratulieren wir dem Stadtrat. Dass bei einzelnen Positionen auch grössere Abweichungen auftreten, hat auch mit diversen Effekten zu tun, welche der Stadtrat nicht beeinflussen kann.

Auch der Realisierungsgrad ist erfreulicherweise auf 74% gestiegen, wobei aber immer noch viele Projektverschiebungen auffallen. Für den Substanz- und Werterhalt wäre ein noch höherer Realisierungsgrad wichtig. Wenn die Investitionen hinausgeschoben werden, kumulieren sie sich, was dann später die Investitionsberge zur Folge hat, die uns der FAP aufzeigt. Aber heute geht es ja nicht um den Ausblick, sondern um die Rechnung. Der Ausblick gehört dann in die anstehende Budgetdebatte (oder schon zum heutigen Traktandum zum Hallenbad).

Zum Schluss noch eine interessante Feststellung bei Stadtwerk: Die Beteiligung an der Swisspower Renewables AG musste mit 12.9 Millionen Franken wertberichtigt werden. Ohne diese Wertberichtigung hätten wir sogar im Plus abgeschlossen. Grund für die Wertminderung waren die norditalienischen Wasserkraftwerke, die wegen der ausserordentlichen lokalen Trockenheit der letzten Jahre deutlich weniger Strom produzieren konnten. Das Beispiel zeigt schon fast lehrbuchmässig auf, dass Nichtstun gegen den Klimawandel eben auch kostet. Wir können es uns eben auch nicht leisten – oder noch viel weniger -, als wir uns die Massnahmen gegen den Klimawandel nicht leisten können. Wir können es uns noch viel weniger leisten, nichts zu tun.

Die Fraktion Grünen/AL stimmt der Abnahme der Jahresrechnung 2023 zu und genehmigt den Geschäftsbericht. Wir bedanken uns beim Stadtrat und allen städtischen Angestellten herzlich für ihre geleisteten Arbeiten.

R. Tobler (FDP): Wenn man in das digitale Archiv der FDP geht, findet man immer wieder die gleichen oder ähnliche Themen. Da spielt es auch keine Rolle, ob wir über das Budget oder über die Rechnung sprechen, es ist immer ähnlich. Wir kommen eigentlich immer zum Schluss, dass der Stadtrat meistens ziemlich fahrlässig handelt.

Die FDP möchte nochmals darauf hinweisen, dass die Finanzen der Stadt Winterthur – das überrascht niemanden - erschreckend aussehen. Auch für mich, obwohl ich in der AK bin. Die Folien vorne zeigen teilweise, wie es aussieht. Um nochmals ein paar Fakten zu nennen: Wir sind die am höchsten überschuldete Gemeinde pro Kopf im Kanton Zürich. Wir haben eine Bruttoschuld von 1.7 Milliarden. Wohlgemerkt bei einem Umsatz von 1.7 Milliarden. Das ist auch ziemlich fahrlässig, wie wir da handeln, für unser Kinder und für die nächsten Generationen. Also das, was Ihr immer beim Klimathema ansprecht, ist da ziemlich ähnlich akut – wie Ihr das sagen würdet.

Beim Steuerfuss sieht es super aus, wir sind nämlich auch dort auf der Rangliste ganz oben. Blöderweise ist die Rangliste aber von unten nach oben zu lesen. Auch da sind wir eigentlich bei den hinterst-letzten Positionen im Kanton Zürich.

Und wem diese Zahlen jetzt vielleicht nicht sehr viel sagen, dann kann ich es ein bisschen konkreter machen: Wir haben seit 2010 ca. 270 Millionen Schuldzinsen bezahlt. Da kann sich jeder und jede von Ihnen eine neue Schützenwiese wünschen. Wir können ein paar Kindergärten bauen, Annetta bekommt ein Hallenbad. Alle Parteien und alle Personen erhalten irgendetwas, es hätte wirklich ganz viele Möglichkeiten – wenn wir diese Schuldzinsen nicht hätten zahlen müssen. Und ich kann Euch sagen: Die Schuldzinsen in den nächsten vier Jahren sind auch enorme Zahlen, die man da sieht. Und wenn man weiss, dass die Zinsen ein bisschen gestiegen sind... Wir könnten gleich noch einige Schützenwiesen ausbauen, wir könnten noch 2-3 Frauenfussballplätze machen usw. Wir wären alle glücklich hier drinnen. Wir haben das beim letzten Mal schon ein bisschen erklärt, Urs Hofer hat versucht, das mit den gelben und roten Karten zu machen letztes Mal. Das hat nicht so viel gebracht. Ich habe es einmal in der Start-up-Sprache versucht, auch das hat nicht viel gebracht.

Deshalb versuchen wir es heute ohne Anekdoten oder ziemlich nüchtern: Man sieht, dass die Stadtverwaltung die Ausgaben im Superblock eigentlich regelmässig erhöht. Es gibt auch gewisse Gründe, dass das teilweise notwendig ist. Teilweise aber eben auch nicht. Und man

verlässt sich dann darauf, dass die Einnahmen dann gleichermassen steigen – aber auch das ist sehr fahrlässig.

Ich habe mich schon fast ein bisschen gefreut, als ich gehört habe, dass auch die SP sich da Sorgen macht bei den Steuereinnahmen. Denn bei den Einnahmen ist es ziemlich einfach. Leider war es aber nicht so einfach, denn wir wollen ja nicht einfach eine Steuererhöhung für die noch bestehenden Unternehmen, die noch etwas zahlen in Winterthur. Und die Steuereinnahmen können wir leider nur steigern, wenn wir in Winterthur Privatpersonen haben, die mehr Steuern zahlen. D.h. wir bräuchten gutverdienende Menschen da in Winterthur. Oder aber wir bräuchten erfolgreiche Unternehmen in Winterthur, was auch wieder zu Menschen führt, die dort entsprechend gutbezahlte Jobs haben. Und da erkennen wir als FDP aber leider keinerlei Anstrengungen des Stadtrats, dass sich diese Rahmenbedingungen für Winterthur verbessern würden. Z.B. die Parkplatzthematik, die von ganz kleinen Unternehmen wie dem Castello in Winterthur-Töss, irgendeinem Spengler in Wülflingen, aber auch von ganz grossen Firmen wie Kistler immer wieder ein Problem ist, dass sie sich da beklagen. Ihr könnt einmal ins Restaurant essen gehen und fragen, ob sie genügend Parkplätze haben. Damit man das verstehen kann, dass man bei den Rahmenbedingungen etwas machen müsste, braucht es aber Verständnis dafür und das fehlt uns beim Stadtrat. Und auch das ist aus unserer Sicht fahrlässig.

Und um zu verstehen, dass wenn man die Ausgaben erhöht und immer weitere Sachen wünscht wie eben schon genannt, ein paar Themen, die noch anstehen werden, dann muss man nicht wahnsinnig viel Verständnis haben, sondern es reicht eigentlich, wenn man ein bisschen etwas von Ökonomie oder Finanzen versteht. Das ist aber nicht die Erwartung, dass das unbedingt alle haben müssen, wir werden das einfach beim nächsten Budget oder der nächsten Rechnung entsprechend wieder erwähnen.

Wir sollten also schauen, dass wir die Ausgaben auch reduzieren könnten, dort, wo es nicht zwingend nötig ist. Aber auch dort stellen wir ja immer wieder fest, dass der linke Stadtrat und das linke Stadtparlament das eher nicht wollen. Zumindest macht es uns diesen Eindruck, wenn wir da jeweils zuschauen, was alles entsprechend durchgewinkt wird in unserem Stadtparlament.

Oder wir schauen darauf, dass es mehr Einnahmen gibt. Da hätte es eine super Idee: Im kommunalen Richtplan steht zum Beispiel, dass wir bis 2040 30'000 neue Stellen schaffen wollen. Das tönt nach einem hervorragenden Plan. Leider fehlt uns aber irgendwie der Massnahmenplan oder die Strategie der Stadt, wie man das erreichen wollen würde. Auch das ist leider wieder ein bisschen fahrlässig.

Mit nur leichtem mathematischen Verständniss merkt man also, dass die Finanzen der Stadt Winterthur in Schieflage sind. Vielleicht ist es sogar ein bisschen mehr als Schieflage. Und nun also die Frage, wie wir damit umgehen. Auch da hat es eigentlich keine ganz konkreten Antworten des Stadtrats, es kommt dann sogar eher noch ein bisschen erschreckender. Was uns konkret Sorgen macht, ist die Planung bei den Einnahmen durch die Steuern. Auch da haben wir gesehen, dass der Stadtrat eigentlich Jahr für Jahr – ich habe da geschrieben «im kompletten Blindflug» - vielleicht ist es nicht ein kompletter Blindflug, aber ein bisschen Blindflug. Wir haben den Steuerertrag bei den juristischen Personen, der um 24 Millionen Franken tiefer ausgefallen ist als budgetiert. 30% daneben. Man muss sich vorstellen: Man macht ein Budget, 30% daneben. Wir haben die gleiche Thematik bei der Grundstückgewinnsteuer, die jedes Jahr einfach rauf und runter geht. Im Moment geht es glücklicherweise nach oben. Es ist dieses Jahr 50% höher als letztes Jahr, kann aber genauso gut irgendwann auch wieder 50% nach unten gehen. Das macht uns etwas Sorgen.

Man muss auch sagen: Vielleicht kann man es nicht besser, das ist möglich. Vielleicht aber schon. Es wäre zu wünschen, dass das in Zukunft ein bisschen besser wird.

Und der zweite Punkt, der uns auch noch Sorgen macht, ist die vorausschauende Planung oder eben Nicht-Planung. Ich glaube, da sind sich die einen oder anderen ja einig hier drinnen, dass das auch fahrlässig ist. Wir wissen vom Stadtrat, dass die Schulden in den nächsten Jahren ja noch steigen sollen. Auch da könnte man vielleicht sogar nochmals eine Schützi bauen. Wir hätten dann vielleicht schon etwas viele Schützis, aber es wäre ja ziemlich cool, wenn wir noch ein paar coole Sachen machen könnten. Denn wir müssen dann ja

auch bei den Schuldzinsen entsprechend draufzahlen und wir wissen alle, dass in den nächsten Jahren noch ein paar wichtige Infrastruktur-Ausgaben folgen werden. Das hindert uns als Parlament, als linkes Parlament, aber meistens nicht daran, weiterhin andere Ausgaben auch entsprechend durchzuwinken.

Dann auch, wenn man den FAP anschaut, das habe ich schon gesagt, ist es ja meistens ein bisschen ungenau. Und ich glaube, man könnte auch einmal überlegen, ob es den FAP überhaupt noch braucht, weil man ja meistens am Schluss irgendwie andere Zahlen in der Rechnung respektive im Budget hat, als das im FAP entsprechend drin war.

Und wenn man das sieht mit dieser Erhöhung, dann kann ich Euch schon mal sagen: Wenn die Schulden steigen werden, gehen wir davon aus, dass der Stadtrat auch eine Steuererhöhung auf Ende Jahr beantragen wird mit dem Budget. Und auch das wird für die Mehrheit der Bevölkerung wieder fahrlässig sein, weil der normale Bürger und die normale Bürgerin Ende Monat und Ende Jahr wieder weniger Geld in der Tasche haben wird.

Auch wenn die FDP die Rechnung entsprechend abnehmen wird, kann ich Euch heute bereits verraten, dass die FDP eine Steuererhöhung entsprechend bekämpfen wird.

Zum Abschluss noch zwei Themen: Ich habe einige Male das Wort «fahrlässig» genannt.

Wenn man schaut, was das bedeutet: «Die nötige Vorsicht/Aufmerksamkeit fehlen zu lassen und dadurch Schaden zu verursachen». Ich glaube, das trifft es ziemlich gut. Keinen Schaden für uns, aber zumindest ein Schaden für diejenigen, die Kinder haben, und für die nächsten Generationen. Denn diese werden das ausbaden müssen.

Und was ich auch noch gegoogelt habe: Wir und die linke Ratsseite, wir haben ja eigentlich die gleichen Ziele. Wir wollen beide in einer lebenswerten Stadt wohnen. Und das ist ja eigentlich super gut und macht uns alle mega glücklich. Aber wir müssen auch ein bisschen traurig sein, weil es einen Punkt gibt, der uns diametral unterscheidet: Wir haben nämlich auch immer ein Auge auf die Finanzierbarkeit, also eine nachhaltige Finanzpolitik, und das fehlt auf der anderen Seite ein bisschen. Wenn man dann googelt, was es heisst, gleichzeitig glücklich und unglücklich, dann steht da: «Das kann man auch Depression nennen.» Und ich hoffe sehr, dass unsere Kinder beim Ausbaden des finanziellen Fiaskos der Stadt Winterthur nicht in Depressionen verfallen. Vielen Dank.

M. Gross (SVP): Das Votum der Grünen hat mich doch noch bewogen, etwas zu sagen zu Greenpower. Anscheinend ist ja jetzt der Klimawandel schuld, dass wir jetzt einen Drittel des Ganzen abschreiben müssen. Ich habe vor einigen Jahren einmal gefordert, dass wir aus diesen Engagements aussteigen. Wir haben vor einigen Jahren schon gewusst, dass es den Klimawandel gibt. Ich weiss nicht, ob das die Grünen damals nicht geglaubt haben... Aber jetzt schreiben wir dieses Geld ab. Und wenn man im Wissen darum, dass das kommt und dass es Veränderungen gibt, einer solchen Investition zustimmt als Politiker, dann hat man ja eigentlich absichtlich unsere Bürger, unsere Steuerzahler, hinter das Licht geführt. Und jetzt müssen wir 13 Millionen abschreiben – das sind übrigens 4 Steuerprozent, auf die wir hätten verzichten können. Ich verstehe nicht, was die Grünen da gemacht haben und wieso sie meinem Antrag damals nicht zugestimmt haben. Danke vielmals.

A. Büeler (Grüne/AL): Es ist ja nicht so, dass die Kosten nicht aufgetreten wären, wenn man die Investition nicht gemacht hätte. Es ist da einfach sehr direkt ersichtlich in unserem Budget. Sonst wären diese Kosten einfach über höhere Strompreise etc. aufgetreten. Danke.

Stadtrat K. Bopp: Ich möchte mich zuerst bei Samuel bedanken für die Präsentation und die sachliche Einordnung. Das haben nicht alle im gleichen Mass geschafft.

Wir haben 2023 wieder sehr viel für die Bevölkerung machen können. Unsere Zielvorgaben konnten wir insgesamt gut erfüllen und sozusagen genau zu dem Preis, den wir geschätzt respektive den wir geplant haben. Rund 3 Millionen Aufwandüberschuss, wir haben es gehört, bei einem Gesamtaufwand von ca. 1.9 Milliarden. Der Anspruch an ein gutes Budget kann nicht sein, dass man alle Positionen einzeln perfekt voraussagt. Abweichungen bis zu einem gewissen Mass gehören bei Prognosen dazu, das kennen wir auch beim Wetter, und das macht bei uns schnell einmal einige Millionen aus. In einem gut austarierten Budget hat

man aber keine systematischen Abweichungen, und die Abweichungen heben sich im Idealfall gegenseitig auf. Also genau das, was wir in der vorliegenden Rechnung zeigen konnten. Wir konnten auch wieder in wichtige Infrastruktur investieren, netto ca. 150 Millionen im Verwaltungsvermögen. Darunter viele Schulhäuser, Doppelgelenkbusse, Querung Grütze u.v.m. Wir haben vorhin in der Präsentation auch Bilder gesehen davon. Das war auch dringend notwendig. Die Stadt wächst und wir müssen mit der Infrastruktur mithalten, während wir gleichzeitig die bestehende Infrastruktur im Schuss halten müssen. Alles andere wäre ebenfalls fahrlässig gegenüber unseren Kindern.

Das hat aber auch – und das wurde richtig erwähnt – seinen Preis. Die Verschuldung ist gestiegen und auf das müssen wir gemeinsam Acht geben. Schauen wir die Planung der nächsten Jahre an, so sehen wir, dass wir sowohl in der laufenden Rechnung wie auch bei den Investitionen noch nicht ganz im Gleichgewicht sind. Bedürfnisse wie Stadtklima-Initiativen respektive Gegenvorschläge, oder ein 2. Hallenbad, über das wir nachher debattieren werden, erhöhen den Druck noch weiter. Das hat einerseits zur Folge, dass wir stärker zurückhaltend sein müssen bei neuen Bedürfnissen und klar priorisieren, wie das auch schon gesagt wurde. Eine solche Rechnung, und damit komme ich schon zum Schluss, zeigt nicht nur, was wir alles gemacht haben im letzten Jahr und wo wir finanziell stehen. Sondern in ihr steckt auch eine ganze Menge Arbeit. Schon während dem ganzen Jahr finden diverse wichtige Arbeiten in der Verwaltung statt, am Jahresende geht es aber so richtig los. Wir tragen die Zahlen zusammen, aggregieren, finalisieren, analysieren, schreiben Begründungen usw. Das ist zuerst in der Verwaltung, dann passiert das im Stadtrat, nachher schaut die Finanzkontrolle die Rechnung an, dann die Kommissionen, die sich sehr intensiv damit beschäftigen. Und zuletzt, heute Abend, Sie hier im Parlament. Das ist Grund genug, mich bei allen Beteiligten, auch bei Ihnen, ganz herzlich zu bedanken für diesen Einsatz für die Stadt Winterthur. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Vielen Dank, Kaspar Bopp. Damit ist die allgemeine Beratung beendet. Es gibt ja an sich bei der Rechnung nicht direkt ein Eintreten, weil das ja ein Pflichtgeschäft ist. Man kann gar nicht nicht auf die Rechnung eintreten, sondern man muss das irgendwie behandeln.

Wir kommen jetzt zur Detailberatung. Zuerst wie eingangs erwähnt zum Teil B. Ich werde jetzt die Departemente und die zugehörigen Produktgruppen aufrufen. Wer da etwas dazu bemerken möchte, soll sich einfach an dieser Stelle, wo diese Produktgruppe an die Reihe kommt, zu Wort melden.

Departement Präsidiales

PG Personalamt

PG Stadtentwicklung

PG Bibliotheken

PG Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

PG Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

PG Rechtspflege

Keine Wortmeldungen, damit sind die Produktgruppen des Departements Präsidiales durchberaten.

Departement Finanzen:

PG Finanzamt

PG Informatikdienste IDW

PG Steuerbezug

PG Immobilien

PG Städtische Allgemeynkosten/Erlöse

PG Steuern und Finanzausgleich

Keine Wortmeldungen, damit sind die Produktgruppen des Departements Finanzen durchberaten.

Departement Bau und Mobilität:

PG Tiefbau

PG Entsorgung

PG Geomatik- und Vermessungsamt

PG Amt für Baubewilligungen

PG Städtebau

Keine Wortmeldungen, damit sind die Produktgruppen des Departements Bau und Mobilität durchberaten.

Departement Sicherheit und Umwelt:

PG Stadtrichteramt

PG Stadtpolizei

PG Parkieren Winterthur

PG Melde- und Zivilstandswesen

PG Schutz und Intervention Winterthur

PG Umwelt- und Gesundheitsschutz

Keine Wortmeldungen, damit sind die Produktgruppen des Departements Sicherheit und Umwelt durchberaten.

Departement Schule und Sport:

PG Volksschule

PG Einkauf und Logistik Winterthur

PG Sonderschulung

PG Familie und Betreuung

PG Berufsbildung

PG Sportamt

Keine Wortmeldungen, damit sind die Produktgruppen des Departements Schule und Sport durchberaten.

Departement Soziales:

PG Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

PG Sozial- und Erwachsenenhilfe

PG Prävention und Suchthilfe

PG Individuelle Unterstützung

PG Spitex

PG Alterszentren

PG Beiträge an Organisationen

PG Arbeitsintegration

Keine Wortmeldungen, damit sind die Produktgruppen des Departements Soziales durchberaten.

Departement Technische Betriebe:

PG Stadtwerk Winterthur

PG Öffentliche Beleuchtung

PG Stadtbus Winterthur

PG FinöV Stadt

PG Stadtgrün Winterthur

Keine Wortmeldungen, damit sind die Produktgruppen des Departements Technische Betriebe durchberaten.

Behörden und Stadtkanzlei:

PG Stadtkanzlei

PG Stadtparlament

PG Finanzkontrolle

PG Ombuds- und Datenschutzstelle

Keine Wortmeldungen, damit sind Behörden und Stadtkanzlei durchberaten.

Gemäss dem mir vorliegenden Drehbuch könnte man auch noch zu den Anhängen des Teil B Stellung nehmen, mit Kennzahlen und Kontrolltabellen, städtische Kommissionen, beratende Gremien und Gliederung von Budget und Jahresrechnung. Ich gehe davon aus, dass es da auch keine Wortmeldungen gibt.

Beim Teil A frage ich gesamthaft, ob es dazu Bemerkungen gibt. Im Teil A sind ja unter anderem die Investitionskredite verbucht und Beiträge an Dritte. Das sind ja die wesentlichen Bestandteile, die wir auch in den Kommissionen anschauen. Gibt es zum Teil A noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Zum Schluss noch Teil C, der die Rechnung in einer anderen Darstellung wiedergibt. Gibt es zum Teil C Voten? – Auch das ist nicht der Fall.

Damit konnten wir die Detailberatung jetzt zügig abschliessen. Wir kommen zu den Weisungsanträgen, von denen wir 5 haben.

Ziffer 1: Ergebnis der Jahresrechnung 2023

Ziffer 2: Satz für die Einlagen in die Produktgruppenrücklagen

Ziffer 3: Abnahme der Globalrechnungen der Produktgruppen

Ziffer 4: Sonderrechnungen der Stadt Winterthur für das Geschäftsjahr 2023

Ziffer 5: Geschäftsbericht

Ich frage an, ob wir der Einfachkeit halber die fünf Ziffern in globo zur Abstimmung bringen können? – Dagegen gibt es keinen Widerspruch. Wir kommen zur Abstimmung über die 5 Stadtratsanträge.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: 57 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen.

Die Rechnung 2023 ist also einstimmig abgenommen und ich danke auch meinerseits allen Beteiligten für das Erstellen der Rechnung und diese Diskussion.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.40: Tätigkeitsbericht 2023/24 der Finanzkontrolle

Parlamentspräsident F. Helg: Tätigkeitsbericht 2023/24 der Finanzkontrolle. Ich begrüsse zuerst den Leiter der Finanzkontrolle, Patrik Jakob, der in der ersten Reihe im Publikum sitzt. Das Wort hat die Referentin der AK, Iris Kuster.

I. Kuster (AK): Ich darf Ihnen den Tätigkeitsbericht 2023/24 der Finanzkontrolle vorstellen. Sie finden diesen auch im Internet.

Patrik Jakob, Leiter der Finanzkontrolle, schreibt im Editorial des Tätigkeitsberichtes 2023/24, was die Finanzkontrolle macht und was nicht. Er stellt dabei klar, dass die Finanzkontrolle nicht alles kontrolliert, sondern Prüfungen und Audits durchführt. Die FIKO dürfe keine Linienaufgaben übernehmen, sie prüfe, ob die festgelegten Abläufe und Prozesse sowie Planungs-, Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen der Leitungen effektiv, effizient sowie vorgabengemäss und zielgerichtet eingerichtet sind und funktionieren. Er weist dabei auch darauf hin, dass es Aufgabe der Vorgesetzten sei, Kontrollen im eigentlichen Sinn anzuordnen und zu überwachen.

Auch im Berichtsjahr profitierte die Finanzkontrolle bei ihrer Arbeit von einem offenen und zukunftsgerichteten Austausch mit den geprüften Stellen.

Zu den Interna der Finanzkontrolle ist zu erwähnen, dass erfreulicherweise alle Vakanzen erfolgreich besetzt werden konnten und auch alle notwendigen Weiterbildungen absolviert werden konnten.

Wie immer ist die Revision der Stadtrechnung die grösste und umfangreichste Revision der Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle empfiehlt, die Jahresrechnung 2023 der Stadt Winterthur zu genehmigen. Sie hält auch fest, dass die Summe aller Feststellungen das Bild der Rechnung nicht wesentlich verändert.

Die Finanzkontrolle hat der Aufsichtskommission den umfassenden Bericht vorgestellt. Es wurden Kontierungsfehler, wiederum Abgrenzungs- und Berechnungsfehler festgestellt sowie eine fehlende Bewilligung für Mieterlasse und für wiederkehrende Beiträge aufgezeigt.

Auch in diesem Jahr war die Zusammenarbeit mit dem Finanzamt und den Finanzverantwortlichen der Departemente sehr konstruktiv und professionell.

Die Finanzkontrolle prüft aber nicht nur die Jahresrechnung, sondern macht noch ganz vieles. Das kann man alles im Tätigkeitsbericht nachlesen. Ich zeige hier das Prüfprogramm, das findet Ihr im Tätigkeitsbericht auf Seite 9. Das konnte alles erledigt werden. Und man sieht auf der Folie auch, dass die Stiftungsaufsichtsprüfungen von 12 im Vorjahr noch gemacht wurden. Da gab es eine Änderung, die sind jetzt alle beim Kanton, und deshalb fallen diese jetzt weg.

Die Prüfungen des internen Kontrollsystems waren durchwegs positiv. Feststellungen gab es im Bereich der Kassen und Einkauf/Kreditoren. Mehr dazu finden Sie auf Seite 11 des Tätigkeitsberichtes.

Bei den rund 16 Finanzaufsichtsprüfungen fällt auf, dass die Anzahl der zufriedenstellenden angestiegen ist (und zwar von einer auf vier) und ein Bericht die Gesamtbeurteilung «mangelhaft» erhalten hat. Die Finanzkontrolle legt aber Wert darauf, dass aus diesen Feststellungen aber nicht der Schluss gezogen werden kann, dass eine Verschlechterung der Auftragserfüllung oder der Arbeitsqualität der Stadt vorliege.

Die Finanzkontrolle hat auch 9 Schwerpunkt- und Produktgruppenprüfungen durchgeführt. Die Feststellungen können auf der Folie nachgelesen werden.

Dann haben sie zwei Besoldungsprüfungen durchgeführt und Feststellungen und Bemerkungen zu Eintritt/Austritt, Ordnungs- und Rechtmässigkeit, Zulagen, Entschädigungen, Weiterbildungen, Ferienbezug, Arbeitszeit und Risikomanagement gemacht.

Diese Folie zeigt, wie die gemeinsam vereinbarten Massnahmen erledigt bzw. pendent oder «pendent und fällig» sind. Ihr seht da, es gibt drei Kategorien. Die Umsetzung der Anträge erfolgt mehrheitlich gut. Fristverlängerungen werden neu nur noch gewährt, wenn exogene Faktoren die termingerechte Umsetzung verhindert haben. Das erklärt auch die Verschiebung zwischen «Pendent» (49) und «Pendent und Fällig» (7) in den Vorjahren.

Patrik Jakob hat uns in der AK die umfangreiche Arbeit der Finanzkontrolle vorgestellt und uns alle Fragen beantwortet. Die Aufsichtskommission dankt Patrik Jakob und seinem Team für seine sorgfältigen und umfangreiche Arbeiten.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Iris Kuster. Das Wort haben nun die Mitglieder der AK. Auf der Rednerliste ist Marc Wäckerlin. Jetzt ist die Frage an ihn, ob er als AK-Vertreter spricht? Dann bitte, Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (SVP): Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um den Tätigkeitsbericht zu würdigen und zu verdanken. Die SVP-Fraktion nimmt ihn positiv zu Kenntnis.

Zuerst möchte ich der Finanzkontrolle unser herzliches Dankeschön aussprechen. Der Bericht verdeutlicht eindrucksvoll und umfassend die sorgfältige Arbeit, die da in die Überprüfung der städtischen Finanzen investiert wird. Die Prüfung der Jahresrechnung 2023 zeigt, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten wurden und keine wesentlichen Modifikationen nötig waren. Das spricht für die hohe Qualität der Finanzverwaltung und die Effizienz in der Mittelverwertung.

Besonders möchte ich Hinweisen auf die Rückstellung der 120 Millionen, welche für die Sanierung der städtischen Pensionskasse nötig war, und die an der Volksabstimmung genehmigt wurden. Das ist ein wichtiger Schritt für die Sicherstellung der langfristigen finanziellen

Stabilität und der Verantwortung gegenüber unseren Angestellten. Sie zeigt, dass wir den Verpflichtungen der Altersvorsorge mit der notwendigen Sorgfalt begegnet sind und uns um langfristige Lösungen bemüht haben.

Das Ergebnis der Finanzaufsichtsprüfung verdeutlicht aber auch, dass die Stadtverwaltung zwar in vielen Bereichen gut aufgestellt ist, bei einigen aber auch Schwachstellen identifiziert wurden. Z.B. insbesondere im internen Kontrollsystem, bei der IT-Sicherheit. Da wird der Stadtrat kontinuierlich Verbesserungen angehen müssen zur Optimierung unserer IT-Sicherheitsprozesse.

Für das kommende Jahr stehen wichtige Prüfungen an, insbesondere die Einführung von AB-ACUS. Dabei wird natürlich die Finanzkontrolle auch eine entscheidende Rolle spielen, um eine reibungslose Immigration zu gewährleisten.

Abschliessend möchte ich nochmals danken für die gewissenhafte Arbeit. Eure Prüfungen tragen wesentlich dazu bei, dass wir als Parlamentarier fundierte Entscheidungen treffen können und die Transparenz und Effizienz der Verwaltung gewährleisten können. Ein herzliches Dankeschön.

F. Kramer-Schwob (EVP): Wir danken Patrik Jakob und seinem Team für die kompetente und unaufgeregte Art, die Aufgaben der Finanzkontrolle in Winterthur zu führen. Die Finanzkontrolle führt die Prüfungen konstant, zuverlässig sowie mit dem nötigen Fingerspitzengefühl gegenüber der Verwaltung durch. Sie bauscht weder auf noch spielt sie herunter. Vielen Dank auch der Verwaltung für die Bereitschaft, sich auf die Prüfungshandlungen einzulassen.

S. Kocher (GLP): Inhaltlich ist der Bericht der Finanzkontrolle bereits von Iris Kuster sehr ausführlich vorgestellt worden. Besten Dank dafür, Iris. Die Grünliberalen verdanken den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle und nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis. Die Finanzkontrolle war in der Vergangenheit stets unabhängig, qualifiziert und sehr fachkundig unterwegs, was auch in dieser Berichtsperiode wieder zutrifft. Wir sind überzeugt, dass dies auch weiterhin so bleiben wird. Deshalb gerne an dieser Stelle einen herzlichen Dank von der ganzen GLP-Fraktion an Herr Jakob und sein ganzes Team. Besten Dank.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Der Tätigkeitsbericht 2023/24 zeigt einmal mehr, was und wie viel die Finanzkontrolle leistet. Da werden Revisionen gemacht von der grossen Prüfung der umfangreichen Jahresrechnung der Stadt bis hin zur Überprüfung von Kassen – auch kleineren. Aber auch Produktgruppen werden überprüft und bewertet. Diese sind für mich und hoffentlich für uns alle im Parlament von grosser Bedeutung.

Und wir von der Mitte/EDU-Fraktion erwarten schon von der Verwaltung, dass die Feststellungen bzw. Anträge der Finanzkontrolle zeitgerecht umgesetzt werden. Und wir schätzen, dass die Finanzkontrolle die Einhaltung der Anträge kontrolliert und auch uns Rede und Antwort steht, falls dies die Umsetzung nicht zeitgerecht geklappt hat.

Auch wir von der Mitte/EDU-Fraktion danken Patrik Jakob und seinem Team ganz herzlich für das genau hinschauen, analysieren, Berichte verfassen etc. Einfach ganz herzlichen Dank für Euer Wirken. Wir nehmen den Tätigkeitsbericht dankend ab.

R. Keller (SP): Danke, Iris, für das Vorstellen des Berichts der Finanzkontrolle. Wir nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Die SP-Fraktion bedankt sich ebenfalls ganz herzlich bei Patrik Jakob und seinem Team für die sorgfältige Arbeit, die sie im Jahr 2023 geleistet haben und dass sie sicherstellen, dass die Jahresrechnung und der Finanzhaushalt gemäss gesetzlichen Bestimmungen erfolgen. Es wird für immer so sein, dass es Diskrepanzen gibt zwischen dem, was man macht in der Verwaltung, und dem, was die Finanzkontrolle feststellt. Das gehört zu diesem Geschäft. Und in unserer Wahrnehmung gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der Finanzkontrolle, die sehr konstruktiv ist und bei der man auch lernt, gegenseitig oder beide Seiten, aus dem, mit dem man sich in Prozessen auseinandersetzt. Ich denke, das ist eine gute Art von Arbeit und ich bin sehr dankbar, dass es

diese zwei Seiten gibt. Sie stellen sicher, dass wir uns darauf verlassen können, dass das Geschäft der Finanzen auch ordentlich gemacht wird. Danke vielmals.

R. Tobler (FDP): Weil es vorhin ein bisschen länger gegangen ist, halten wir uns jetzt ganz kurz. Da gibt es ja auch nicht so viel zu sagen, auch nichts Negatives. Wir schliessen uns den Vorrednern an und stimmen dem Bericht zu. Wir schliessen uns auch inhaltlich an. Besten Dank an Patrik Jakob und sein Team von der Finanzkontrolle für diese sehr gute Arbeit.

M. Zundel (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion bedankt sich beim Team von Patrik Jakob für den Tätigkeitsbericht 2023/2024 und wir nehmen diesen auch positiv zur Kenntnis. Wir freuen uns auf eine weitere Zusammenarbeit zwischen der Fiko, der Verwaltung und dem Parlament. Wir wünschen viel Erfolg.

Stadtrat K. Bopp: Wir haben uns grundsätzlich schon bei Patrik Jakob und seinem Team bedankt im Rahmen der Rechnung. Ansonsten kommentieren wir den Bericht nicht. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit kommen wir zur Abstimmung. Es geht also darum, dass wir von diesem Bericht Kenntnis nehmen.

A = Zustimmende Kenntnisnahmen, B= Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: 57 Zustimmung zu 0 Ablehnung bei 0 Enthaltung.

Ich bitte den Leiter der Finanzkontrolle, Patrik Jakob, für ein Schlussvotum an das Rednerpult.

P. Jakob: «Schlussvotum» ist ein grosses Wort... Ich möchte mich in erster Linie bedanken. Herzlichen Dank für die vielen wohlwollenden Voten, ich werde das auch gerne meinem Team weitergeben. Weiter möchte ich mich bedanken bei den Kommissionen, dass Ihr unsere Berichte traktandiert, auf die Feststellungen und Anträge eingeht und auch beim einen oder anderen Punkt einmal nachhakt. Das unterstützt uns bei unserer Arbeit sehr. Vielen Dank dafür.

Ich bedanke mich auch beim Stadtrat und bei den Mitarbeitenden aus den Departementen und der Stadtkanzlei. Wir haben in den letzten 12 Monaten, also im letzten Prüfzyklus, bei jeder Prüfung eine gute Prüfbereitschaft angetroffen und eigentlich auch stets einen offenen und lösungsorientierten Austausch mit den geprüften Stellen gehabt. Dafür möchte ich mich auch bedanken.

Dann bleibt mir zum Schluss noch zu sagen, dass ich mich auf die nächsten 12 Monate freue, den nächsten Prüfzyklus abzuarbeiten, und weiterhin im Rahmen unserer Aufsichtstätigkeit auch einen konstruktiven Austausch pflegen zu können. Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Patrik Jakob, auch seitens der Parlamentsleitung herzlichen Dank an Dich als Leiter und an das ganze Team der Finanzkontrolle für die engagierte Arbeit das ganze Jahr hindurch.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.36: Jahresbericht der Ombudsstelle

Parlamentspräsident F. Helg: Jahresbericht der Ombudsstelle. Ich begrüsse herzlich die Amtsinhaberin Sabrina Gremlin in der ersten Reihe der Zuschauer. Das Wort hat die Referentin der AK, Regula Keller.

R. Keller (AK): Ich darf kurz etwas zum Bericht der Ombudsstelle 2023 sagen. Der Bericht der Ombudsstelle zeigt, wie auch schon in den Vorjahren, die breite Vielfalt der Fragestellungen, mit der sich die Ombudsstelle im vergangenen Jahr 2023 beschäftigt hat. Und er ist, wie

auch schon die vergangenen Berichte, die Sabrina Gremlı geschrieben hat, für eine breite Zielgruppe gut verständlich, inhaltlich spannend und interessant und sehr ansprechend aufbereitet. Wenn man sich mit dem Inhalt befasst, bzw. auch mit den Zahlen, und diese genauer anschaut, dann sieht man, dass die Anzahl der Fälle insgesamt leicht zugenommen hat und einen Höchststand im 10-Jahre-Vergleich zeigen. Besonders ins Auge fällt auch die Zahl der verwaltungsinternen Fälle. Gegenüber dem Vorjahr haben sie deutlich zugenommen und auch im 10-Jahre-Vergleich ist es eigentlich der höchste Wert, den man sieht auf dieser Tabelle bzw. im Bericht.

Wie Sabrina Gremlı in der Einleitung schreibt, handelt es sich gerade bei den internen Fällen, die oft mit Personalkonflikten und mit dem Arbeitsverhältnis zu tun haben, um sehr anspruchsvolle Fälle, die viel Zeit und viele Ressourcen bei der Abklärung und bei der Lösungssuche beanspruchen.

Die vier Fälle, welche die Ombudsfrau ausführlicher schildert im ersten Teil des Berichts, geben einen spannenden Einblick in die Komplexität der Fälle, auch die Bedeutung der Professionalität bei der Führung und dem Unterschied zwischen subjektivem Empfinden von Menschen und der Gerechtigkeit und den objektiven Gegebenheiten.

Wichtig ist, dass die Ombudsfrau nicht nur tätig ist beim Bearbeiten von Problemen, wenn ein Problem auftaucht, sondern auch sozusagen präventiv die Führungspersonen bei solchen Themen wie Personalproblemen, Arbeitsverhältnis-Fragen etc. in der Verwaltung in Bezug auf kritische Situationen sensibilisiert. Das macht sie, indem sie Weiterbildungen gibt oder Meetings veranstaltet, gerade z.B. für neue Führungskräfte in der Verwaltung.

Schaut man die Fälle etwas genauer nach den Departementen an, sticht das Sozialdepartement wie auch schon in den Vorjahren ein bisschen heraus. Da geht es, wie die kurzen Beispiele gut zeigen, meistens um Menschen, die in finanziell sehr schwierigen Lebenssituationen sind, die existenziell bedrohliche Situationen erleben und aus diesen Gründen auch die Ombudsfrau aufsuchen und fragen, ob das richtig ist, dass man z.B. plötzlich weniger Geld aus der Sozialhilfe bekommt, weil man z.B. irgendetwas geerbt hat.

Im Grossen und Ganzen, das habe ich schon gesagt, finde ich eigentlich die breite Palette das Spannendste in diesem Bericht. Und ich finde es eine grosse Herausforderung, sich mit dieser Breite zu befassen und da gute Lösungen zu finden, ohne sich zu identifizieren mit den Leuten, die kommen, immer noch sachlich zu bleiben, aber trotzdem einfühlsam auf die Problemstellungen der Menschen eingehen zu können. Ich glaube, das ist etwas, das ich erlebe und auch im Gespräch mit Sabrina Gremlı sehr stark wahrnehme. Das ist eine hohe Fähigkeit, die sie hat.

R. Keller (SP): Die SP-Fraktion bedankt sich bei Sabrina Gremlı und bei ihrer Mitarbeiterin für die wertvolle Arbeit, die sie für die Stadt Winterthur leisten, und nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis.

F. Kramer-Schwob (EVP): Die EVP-Fraktion dankt der Ombudsfrau für den Jahresbericht und ihr Engagement für die Stadt in diesem Jahr.

Der kantonale Ombudsmann schreibt dieses Jahr in seinem Jahresbericht, wie wichtig es für die Bevölkerung sei, dass man ihr mit Respekt begegne. «Respekt» hat als Prinzip auch Eingang gefunden im Ethikkodex der Ombudspersonen.

Wir sind zwar nicht dabei, wenn unsere Ombudsfrau die Beschwerdeführenden berät. Wir hören aber, wie sie uns gegenüber über die Beschwerdeführenden spricht. Und daraus hören wir ganz viel Respekt für alle. Das freut uns sehr. Vielen Dank!

Wir danken auch den städtischen Mitarbeitenden, die sich immer wieder auf das Gespräch mit der Ombudsfrau einlassen und hoffen, sie können vom Bericht ebenfalls profitieren.

M. Wäckerlin (SVP): Der Jahresbericht der Ombudsstelle zeigt die wertvolle Arbeit, welche diese Einrichtung im vergangenen Jahr geleistet hat. Die Ombudsstelle hat wieder einmal eine entscheidende Rolle dabei gespielt, Konflikte zu ., das Vertrauen zwischen Bürgern und Verwaltung zu stärken. Und besonders hervorzuheben ist da der neue Ethik-Kodex, der die Prinzipien der Unabhängigkeit, Vertraulichkeit und Neutralität verankert Diese Massnahmen

sind unerlässlich, um die Integrität und das Vertrauen in unsere Institutionen zu gewährleisten.

Allerdings sehen wir den steigenden Anstieg der verwaltungsinternen Beschwerden mit Sorgen. Die Ombudsstelle sollte in erster Linie eine Anlaufstelle für die Einwohner sein. Aber der Trend zeigt, dass auch innerhalb der Verwaltung erhebliche Probleme bestehen. Das könnte auf ineffiziente Abläufe, mangelnde Führung oder Kommunikationsprobleme hindeuten. Viele der Fragen sollten z.B. zuerst an die interne Personalabteilung adressiert werden und gehören eigentlich nicht an die Ombudsstelle, wie z.B. Fragen zu Ferien u.ä. Es ist nötig, dass diese Probleme an der Wurzel gelöst werden. Die steigende Zahl von internen Beschwerden deutet darauf hin, dass die internen Strukturen und Prozesse nicht effizient genug funktionieren. Und es ist besonders besorgniserregend, dass Probleme, die innerhalb der Verwaltung gelöst werden könnten, dann den Weg an die Ombudsstelle finden.

Angesichts der Entwicklung sollten wir alle, insbesondere die Wähler und Parteien, aufmerksam beobachten, ob die aktuellen Führungsstrukturen und die Besetzung der Departemente im Stadtrat den Anforderungen gerecht werden. Sollten sich die internen Probleme nicht verbessern, müsste bei den nächsten Wahlen genau geprüft werden, ob die richtigen Personen an den richtigen Stellen tätig sind - denn letztlich sind es ja die Bürgerinnen und Bürger, welche durch ihre Stimmabgabe über die Qualität und Effektivität der Verwaltung entscheiden. Ich bedanke mich nochmals seitens der SVP-Fraktion bei der Ombudsstelle für ihre unermüdliche Arbeit und hoffe, dass der Bericht als Grundlage für Verbesserungen dient, die sowohl den Bürgern wie auch den Verwaltungsmitarbeitenden zugute kommen. Vielen Dank.

S. Kocher (GLP): Besten Dank, Regula, für das Vorstellen des Berichts.

Einmal mehr möchte ich mich bei Frau Gremlı für den sehr interessanten Bericht bedanken. Inhaltlich habe ich den Bericht sehr gerne gelesen. Besonders die einzelnen Fallbeispiele sind wie gewohnt spannend zu lesen. Frau Gremlı schafft es mit diesem Bericht, die Vielfältigkeit, aber auch die Notwendigkeit von der Ombudsfachstelle inhaltlich einfach und klar aufzuzeigen. Es schafft viel Transparenz, ohne dabei eine Grenze zu überschreiten.

Der Bericht zeigt auch gut auf, dass das Bedürfnis für eine Ombudsfachstelle weiterhin sehr hoch ist. Auch wenn dies ein Phänomen ist, das in der ganzen Schweiz zu beobachten ist, so beweist es trotzdem, dass in Winterthur das Kriterium an die Niederschwelligkeit gut funktioniert und ein hohes Vertrauen gegenüber der Ombudsstelle in der Verwaltung und in der Bevölkerung herrscht.

Ihnen, Frau Gremlı, aber auch Ihrer Kollegin Sabine Müller besten Dank für Ihre Arbeit.

Wir nehmen den Bericht positiv und somit zustimmend zur Kenntnis. Besten Dank.

M. Zundel (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion bedankt sich bei Sabrina Gremlı-Gafner für den Jahresbericht der Ombudsstelle und wir nehmen diesen positiv zur Kenntnis.

Trotz der steigenden Last sind die Geschäfte kompetent und zeitnah abgearbeitet worden. Für diese starke Leistung bedanken wir uns bei Ihnen. Vielen Dank.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Danke, Regula, für das Präsentieren des Berichts. Auch wir von der Mitte/EDU-Fraktion danken vorab Sabrina Gremlı-Gafner und ihrer Mitarbeiterin ganz herzlich für ihren grossen Einsatz und die Bewältigung der zahlreich anfallenden Fälle. Dieses Jahr fällt auch uns beim Lesen des Tätigkeitsberichtes auf, dass die Fälle aus der Verwaltung stark gestiegen sind. Die erwähnten Beispiele, vorwiegend aus dem HR-Bereich, lassen ein beachtliches Verbesserungspotenzial vermuten. Ob es sich dabei um Ausnahmen oder doch eher einen Trend handelt, wird sich in der Zukunft zeigen.

Wir von der Mitte/EDU-Fraktion haben schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass für uns die Ombudsstelle vor allem Anlauf- und Auskunftsstelle für die Bevölkerung sein soll. Und ja, es ist auch wichtig, dass die Mitarbeitenden sie angehen können – wir wünschten uns aber schon, dass die Führungs- und Managementkultur in der Verwaltung so ist, dass mehr Fälle im individuellen Gespräch – halt auch mit einer nächsthöheren Führungsstufe - geführt und die Probleme gelöst werden könnten.

Und wir sind uns bewusst: Es darf Fehler geben. Wenn sie sich aber häufen, läuft etwas nicht gut. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion nehmen den Tätigkeitsbericht dankend ab.

R. Tobler (FDP): Wir wollen uns da nicht viel länger halten als im vorherigen Votum und auch nichts Neues erfinden. Wir halten es kurz: Wir schliessen uns an, sowohl bei der Zustimmung zum Bericht als auch inhaltlich. Wir danken Sabrina Gremlı herzlich für diese Arbeit. Man hört, dass das nicht immer einfach ist, aber Sie machen das zumindest in unserer Wahrnehmung sehr, sehr gut. Vielen herzlichen Dank für diese Arbeit.

Stadtpräsident M. Künzle: Wenn Marc Wäckerlin spricht, dann triggert das einen jeweils schon, irgendetwas dazu zu sagen.

Vielleicht zuerst: Erste Anlaufstelle, wenn es Diskussionen gibt, ist der direkte Vorgesetzte oder die direkte Vorgesetzte. Jawohl, zuerst spricht man intern. Und wenn man nicht mehr weiterkommt, wenn man unterschiedliche Meinungen hat, dann geht man zur Mitarbeiterberatung oder zu Sabrina. Das kann ich sagen.

Unsere Leute haben ihre direkten Vorgesetzten gern. Wenn man die Personalumfrage anschaut, welche hohen Werte wir haben, wenn es darum geht, wie die direkten Vorgesetzten dastehen, dann sind das immer sehr gute Resultate. Und das spricht dafür, dass das in den meisten Fällen funktioniert. Es ist menschlich. Manchmal stimmt die Chemie nicht, das stimmt. Aber im Grossen und Ganzen ist das eine gute Beziehung.

Und zweitens kann ich auch sagen – und dazu kann vielleicht auch Sabrina nachher noch etwas sagen: In vielen Fällen erklärt sie den Leuten, die zu ihnen kommen, wie die Prozesse sind, wie die rechtlichen Grundlagen sind. Und sie erklärt, dass wir das alles korrekt gemacht haben. Es ist also nicht so, dass man den Bericht liest und dann das Gefühl hat: Oh, da ist Sodom und Gomorrha in der Verwaltung. Dem ist nicht so. Es sind einzelne Fälle, die sie beschreibt. Wir sind der Meinung, wir haben einen guten Austausch und wir brauchen eine Ombudsfrau. Das ist richtig – und zwar für die Bevölkerung und für unsere Mitarbeitenden.

Also auch von unserer Seite her herzlichen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: 57 Zustimmung zu 0 Ablehnung bei 0 Enthaltung.

Damit ist der Bericht im zustimmenden Sinne abgenommen.

Ich bitte an dieser Stelle Sabrina Gremlı, für ein Schlussvotum oder ein würdigendes Votum an das Rednerpult zu kommen.

S. Gremlı: Danke vielmals für die wohlwollenden Voten. Das Jahr 2023 war tatsächlich ein intensives Jahr und umso mehr freut mich, dass ich das Vertrauen von Ihnen spüre.

Und jetzt endet meine vorbereitete Rede, ich muss jetzt ad hoc Stellung nehmen zu dem, was Mike Künzle gesagt hat. Das mache ich gerne.

Es ist wirklich so: Unsere primäre Aufgabe ist, die Mitarbeitenden zu beraten, und zwar in allen Fragen. Und häufig kommen sie auch und fragen, ob das richtig ist, was die Verwaltung macht. Und häufig können wir sagen: Ja, das ist richtig.

Und dann gibt es vielleicht Momente, in denen wir sagen: Hmm, das ist ein bisschen seltsam oder wir kommen auch nicht draus oder wir verstehen, dass sie nicht drauskommen.

Und dann können wir nachfragen. Und das kann ich auch bestätigen: Der Austausch funktioniert wirklich gut mit der Stadtverwaltung und den Mitarbeitenden sonst und den Vorgesetzten. Und da bin ich sehr dankbar. Denn ohne dieses Vertrauen und ohne diese gute Zusammenarbeit würde es nämlich nicht funktionieren und da wäre auch die Ombudsstelle hilflos.

Also von dem her: Sodom und Gomorrha ist es nicht in der Verwaltung der Stadt Winterthur. Und vielleicht noch eine kurze Anmerkung: Wenn man die Jahresberichte der anderen Ombudsstellen in der Schweiz liest: Es tönt überall gleich. Die internen Fälle sind generell, bei allen Ombudsstellen der Schweiz, angestiegen.

Ja, und bevor ich jetzt total aus dem Konzept komme, danke ich Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Sabrina Gremli. Auch seitens der Parlamentsleitung herzlichen Dank für diese anspruchsvolle Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Ich denke, an dieser Stelle ist es geeignet für den Abbruch der Sitzung und die Nachsessenspause. Ich schliesse die Sitzung und wir fahren um 20 Uhr weiter.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur Abendsitzung.

In der Pause hat Marc Wäckerlin eine persönliche Erklärung angekündigt zu einem Thema, das offenbar in der Nachtessenspause frisch aufgetaucht ist. Ich bitte Marc, diese jetzt zu verlesen.

M. Wäckerlin (SVP): Es tut mir leid, wenn ich jetzt bei diesem Thema nicht sehr gut vorbereitet bin. Es ist tatsächlich sehr kurzfristig hereingekommen. Ich habe beim Nachtessen erfahren, dass die Stadt ein sogenanntes «Energieportal» eröffnet hat, in dem sämtliche Liegenschaften von Winterthur aufgelistet werden mit ihrem Energieverbrauch, aufgeteilt in «sehr hoch» bis «sehr gering».

Ich weise darauf hin, dass eine ähnliche Karte, ich glaube, es ging um das Steuersubstrat, vor wenigen Jahren – ich glaube, es war damals sogar eine Volksabstimmung – abgelehnt wurde. Es ist ein ganz klarer Verstoss gegen das Datenschutzgesetz. Nur weil diese Stelle im Moment nicht richtig besetzt ist, heisst das nicht, dass der Datenschutz keine Rolle mehr spielt.

Und als Eigentümer von zwei Liegenschaften in Winterthur widerspreche ich ganz klar der Nutzung meiner Daten. Und ich verlange, dass dieses Portal bis morgen Mittag 12.00 Uhr heruntergenommen wird. Sonst bespreche ich mit meinem Rechtsanwalt weitere Schritte. Danke vielmals.

Stadtpräsident M. Künzle: Wieder ist es Marc Wäckerlin, der mich zwingt, etwas zu sagen. Jawohl, das Energieportal hat grosse Diskussionen ausgelöst. Bau und Technische Betriebe haben das miteinander aufgebaut und wir verwenden nur Daten, die ohnehin öffentlich sind. Du müsstest also Deinen Rechtsanwalt nicht bemühen.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir wollen da die Diskussionen nicht zu lange weiterführen, nur eine ganz kurze Replik, Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (SVP): Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass es natürlich sehr gut gebraucht oder missbraucht werden kann, um irgendwelche Leute an den Pranger zu stellen. Ich weise auf den Hauseigentümerverband hin, der bereits eine Statistik gemacht hat, die beweist, dass z.B. die Grünen in den schlechtesten Liegenschaften leben, während die SVP am besten abschneidet. Sie haben das auf den Parlamentarier und seinen Wohnsitz gemünzt. Man kann da dann also durchaus Sachen herauslesen.

Das andere ist: Es ist natürlich auch missverständlich. Es steht da, der CO₂-Ausstoss ihres Gebäudes. Die Frage ist, was da alles drin ist. Ich denke, wahrscheinlich geht es unter dem Strich nur um die Heizung, aber CO₂-Ausstoss wäre eigentlich wesentlich mehr als nur die Heizung, das wäre auch Wasserverbrauch, Stromverbrauch, allenfalls sogar Konsumgüter etc.

Parlamentspräsident F. Helg: Es wäre nur für eine kurze Replik gewesen. Ich glaube, wir können das hier beenden und wir fahren weiter in der Traktandenliste.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.46: Geschäftsbericht 2023 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur

Das Geschäft wurde von der Traktandenliste abgesetzt.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.93: Anpassung des Anhangs 1 Gliederung von Budget und Jahresrechnung (Produktegruppen) der Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur vom 31.10.2005: Einführung einer Produktgruppe «Exekutivbehörden» und Neugliederung von «Behörden und Stadtkanzlei» per 1. Januar 2025 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission)

Das Geschäft ist noch nicht behandlungsreif und wurde von der Traktandenliste abgesetzt.

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.11: Miet-/Betriebsbeitrag 2. Hallenbad (Motion betr. Projektierungskredit für ein zweites Hallenbad in Winterthur)

Parlamentspräsident F. Helg: Miet-/Betriebsbeitrag 2. Hallenbad (Motion betreffend Projektierungskredit für ein zweites Hallenbad in Winterthur). Die Umsetzung der Motion, die vor 5 Jahren eingereicht wurde.

Dazu hat zuerst Annetta Steiner (GLP) eine Erklärung zu ihrer Mitwirkung bzw. Ausstand. Bitte, Annetta.

A. Steiner (GLP): Für die Erfüllung der Motion 2. Hallenbad legt der Stadtrat dem Parlament eine Weisung vor, mit der ein Kredit von jährlich wiederkehrenden 2.9 Millionen Franken beantragt wird. Nachdem verschiedene Varianten und Standorte für ein 2. Hallenbad geprüft wurden, hat sich ergeben, dass eine Miete in einem allfälligen Hallenbad auf dem Deutweg-Areal die beste Lösung wäre.

Wie in diesem Saal den meisten bekannt ist, bin ich selbst Aktionärin und Verwaltungsrätin der WIN4 AG. Entsprechend werde ich für dieses Geschäft in den Ausstand treten.

Aufgrund einiger Missverständnisse im Vorfeld erlaube ich mir, an dieser Stelle aber doch noch ein paar Sätze zur Klarstellung, was das Angebot der WIN4 AG genau bedeutet.

Die WIN4 AG kann sich vorstellen, im Rahmen eines weiteren Ausbaus des bestehenden Sportkomplexes, ein Hallenbad zu bauen und zu betreiben. Da ein Hallenbad nicht kostendeckend betrieben werden kann, kann ein solches Projekt nicht ohne einen gesicherten Betriebsbeitrag angegangen und realisiert werden. Diese Absicherung mit einem Betriebsbeitrag von 2.5 Millionen und einer zugesicherten Miete liegt jetzt als Weisung vor. Wird der verbindliche Betrag von 2.9 Millionen Franken vom Parlament und nachher auch von der Bevölkerung gesprochen, wird sich die WIN4 AG auf die Suche der Finanzierung machen können. Eine solche kann man nur mit der Absicherung, also mit einem Vormietvertrag, erfolgreich bewerkstelligen. Die Suche nach Investoren ...

Parlamentspräsident F. Helg: Annetta Steiner, es war an sich eine Erklärung zum Ausstand gedacht und nicht eine Erklärung zum Geschäft.

A. Steiner (GLP): Ich werde doch kurz diese Präzisierung machen. Es ist mir wichtig für die Volksabstimmung, um zu wissen, was angeboten wird und was nicht. Es wird im Moment gemunkelt, es werde ein Hallenbad gebaut, wenn wir heute den Betrag sprechen. Und ich möchte das klar präzisieren, was es ist und was es nicht ist.

Ich bin jetzt an einem wichtigen Punkt: Die Finanzierung dieses Hallenbads ist noch nicht gesichert. Die kann man erst machen, wenn man einen Vormietvertrag hat. Ich möchte v.a. präzisieren: In der Weisung steht etwas, das ...

Parlamentspräsident F. Helg: Annetta Steiner, ich finde, das überschreitet das, was hier verlangt ist. Du hast gesagt, Du gehst in den Ausstand. Das geht jetzt zum Geschäft und das ist nicht damit umfasst. Ich bitte Dich, jetzt das Votum zu beenden.

A. Steiner (GLP): Es hat eine Aussage in der Weisung, die missverständlich ist. Und ich möchte diese... Okay, wenn Ihr meint...

Parlamentspräsident F. Helg: Es gibt doch die Regel, wenn man in den Ausstand geht, spricht man nicht zum Geschäft. Wir sind jetzt davon ausgegangen, dass Du etwas dazu sagst, wieso Du in den Ausstand gehst, und nicht zum Geschäft sprichst. Das wäre nicht richtig am Platz und deshalb gehen wir jetzt da weiter.

A. Steiner (GLP): Es ist ein Unterschied, ob ich Werbung für ein Geschäft mache oder etwas präzisiere. Ich mache keine Werbung für das Geschäft, sondern ...

Parlamentspräsident F. Helg: Annetta Steiner, ich möchte das jetzt da nicht weiterführen. Es kann auch jemand anderes dann dazu sprechen. Ich bitte Dich, den Platz auf der Tribüne zu übernehmen.

Wir kommen jetzt zur Abwicklung des Geschäfts. Das Wort hat der Kommissionsreferent, André Zuraikat.

A. Zuraikat (BSKK): Ich freue mich, dass ich Euch dieses Geschäft im Namen der Kommission als Produktgruppenreferent des Sportamts zu präsentieren. Im 2019 wurde der Stadtrat mit einer Motion beauftragt einen Projektierungskredit zulasten der Investitionsrechnung für die Planung und den Bau des zweiten Hallenbads vorzulegen. Dies mit der Begründung, dass der Bedarf für ein zweites Hallenbad ausgewiesen ist. Die Motionsantwort wurde im 2021 diskutiert und ablehnend zur Kenntnis genommen. Folglich erfolgte die Erheblichkeitserklärung des Grossen Gemeinderats und der Auftrag an den Stadtrat die Motion umzusetzen. Daraufhin meldete sich Win4 mit dem Vorschlag für eine gemeinsame Projektentwicklung zwischen Win4 und der Stadt. Der Bedarf ist gegeben, dass mehr Schwimmfläche gebraucht wird. Ausserdem soll es eine zusätzliche Trainingshalle geben, sprich eine zusätzliche Dreifachturnhalle, auch im Interesse der Stadt.

Wie Ihr vielleicht mitbekommen habt: In der Rechnungsabnahme der Produktegruppe Sportamt ist ja die Belegungsquote der Trainingsflächen von Indoor-Sporthallen noch weiter gestiegen auf 99%. Und mit diesem gemeinsamen Projekt, sprich einer Dreifachturnhalle und ein 2. Hallenbad, würden seitens WIN4 die Bedürfnisse entsprechend befriedigt.

Im Gesamtprojekt soll es in diesem eingezeichneten Gebäude (Baufeld 7) die Dreifachturnhalle und das Hallenbad geben mit entsprechenden Schwimmbecken. Seitens WIN4 würde man aufkommen für die Baukosten, die damals mit 35-40 Millionen berechnet wurden; im Gegenzug würde sich die Stadt Winterthur entweder mit dem Mietbeitrag entsprechend beteiligen oder sich an den Baukosten beteiligen.

Das Sportamt hat anschliessend einen kooperativen Prozess initiiert, im 2022. Es war ein dreitägiger Workshop, bei dem alle Fraktionen beteiligt waren. Die Schwimmvereine und die Schwimmschulen waren dabei. Es waren drei Abende, bei denen auch die potenziellen Nutzenden des Hallenbads da in der Diskussion mitwirkten. WIN4 war auch an einem Workshop dabei und stellte ihre Initiative, ihr Projekt, entsprechend vor.

An diesem Workshop kam heraus, in der Diskussion, dass es eigentlich eine Schwimmhalle für alle braucht. Es soll also nicht nur für Schulschwimmen sein, sondern auch die Öffentlichkeit soll davon profitieren, von diesem potenziellen 2. Hallenbad. Es muss nachhaltig sein und es braucht auch eine optimale Erschliessung (ÖV-Anbindung). Es muss ein für die Anwohner verträglicher Bau sein und natürlich auch eine für Winterthur finanzierbare Lösung. Und mit klarer Präferenz für dieses Hallenbad – nicht ein grosses Becken, wie das Olympiabecken, sondern wirklich mehrere kleinere Becken, damit die Flexibilität gewährleistet wird für die Nutzung des Hallenbads und auch für das Synergiepotenzial aller Beteiligten an diesem 2. Hallenbad.

Der Stadtrat kam dann 2023 mit dem Antrag für Fristerstreckung, da sie v.a. noch alternative Standorte prüfen wollten, im Gegenzug zum Sportpark Deutweg, und sie das potenzielle Businessmodell mit WIN4 noch weiterentwickeln und weil sie noch Abklärungen treffen wollten für einen CO₂-neutralen Hallenbadbetrieb. Die verschiedenen Standorte wurden dann überprüft, in verschiedenen Stadtkreisen, z.B. in Töss. Dort wurde es aber relativ schnell verworfen, weil einerseits die ÖV-Erschliessung mangelhaft ist und es auch keinen Anschluss gibt an einen Wärmeverbund. Das Stadtwerkareal Schöntal wurde v.a. wegen der Altlasten verworfen. Die Eulachhallen sind zu klein. Schlussendlich wurde nur der Sportpark Deutweg als einzige Variante weiterverfolgt.

Man kam zum Schluss, dass der Sportpark Deutweg die folgenden Vorteile darlegt: Ausgezeichnete Erschliessung durch Buslinien und mit Velo; KVA-Fernwärmegebiet und Abwärme, die genutzt werden kann (auch von der Eissportanlage); sehr zentral erschlossen; keine Einschränkungen für Anwohnende; grosses Synergiepotenzial bei Bau und Betrieb zusammen mit WIN4.

In der Studie wurde erwiesen, dass ein CO₂-neutraler Betrieb sein sollte mit dem 2. Hallenbad. Das ist dargelegt mit dem Faktenblatt der Stadt Winterthur.

Die Zeitachse seit 2019, um Euch darzulegen, wie sich das Ganze entwickelt hat: 2019 Einreichung der Motion; 2022 Start partizipativer Prozess, nachdem 2021 die Erheblicherklärung im Stadtparlament stattgefunden hat; 2023 Standortauswahl getroffen; heute werden wir über das Geschäft bestimmen. Im November wäre dann die eventuelle Volksabstimmung geplant. Es ist dargelegt, dass die Winterthurer und Winterthurerinnen Wasserratten sind. 45% der Winterthurer Bevölkerung bezeichnet sich als Schwimmerinnen und Schwimmer, das sind mehr als der Schweizer Durchschnitt. Das Verhältnis von Hallenbad zu Anzahl Einwohnenden ist in Winterthur sehr tief. Winterthur ist die einzige Schweizer Grossstadt, die nur über ein Hallenbad verfügt. Die vorhandenen Sportanlagen, insbesondere Hallenbäder, können mit dem Wachstum eigentlich auch nicht mithalten. Das wurde auch so dargelegt, dass es eigentlich mit dem Bevölkerungswachstum mindestens nochmals zwei Hallenbäder braucht. Prekär ist sicher, dass das Schulschwimmen zurzeit nicht gesichert ist. Aktuell erfüllen wir den Lehrplan 21 nicht. Vorgegeben ist, dass ein Schulkind in der 3. Klasse im Schnitt 60 Lektionen erhalten sollte in der Schulzeit. Eine gefährliche Entwicklung gibt es auch beim Wassersicherheits-Check. Dort geht es ja darum, ob sie im Wasser einen Purzelbaum machen und sich eine Minute über Wasser halten und zwei Längen von je 25 Metern schwimmen können. Wenn sie das schaffen, bestehen sie den Wassersicherheits-Check. Vor 10 Jahren haben 11% der Schülerinnen und Schüler diesen Test nicht bestanden. Im letzten Schuljahr 2023/24 ist diese Quote sogar gestiegen auf 25%. Also jede 4. Schülerin und jeder 4. Schüler besteht den Test nicht.

WIN4 hat dann eine Machbarkeitsstudie erstellt, wie gesagt mit der Dreifachturnhalle und dem 2. Hallenbad. Das Baugesuch wollen sie so schnell wie möglich einreichen.

Der grosse Vorteil mit dem Businessmodell von WIN4 ist: Das Problem Schulschwimmen kann unmittelbar gelöst werden, jedes Volksschulkind erhält 40 Lektionen. Die Bevölkerung hat jederzeit Zugang zum 25-Meter-Becken. Wassersportvereine haben vermehrt Trainingsmöglichkeiten und es gibt auch noch grosses Synergiepotenzial mit dem Geiselweid, da sich die Vereine gut abstimmen können. Ein grosser Vorteil ist auch, dass das potenzielle Hallenbad auch in den Sportpass-Pool integriert wird und somit die Eintrittspreise gemäss städtischem Gebührenreglement gelten würden.

Seitens Kommission haben wir das Angebot von WIN4 angeschaut. Das Bekenntnis von WIN4 ist da, dass sie das 2. Hallenbad realisieren wollen. In der Weisung ist auch vorgegeben, dass es 2 Lehrschwimmbekken geben soll und ein 25-Meter-Becken. Wir haben auch die Finanzen verglichen bzw. dargelegt bekommen. Das Geiselweid kostet uns 5.5 Millionen. Wenn man den Ertrag abzieht, sind es 3.5 Millionen. Und wenn man die halbe Million noch abziehen würde, die das Freibad kostet, dann sind wir bei 3 Millionen. Da kann man wirklich sagen, dass die aufgerundet 2.9 Millionen als fair beurteilt werden können.

Der Antrag an uns steht da, den jährlich wiederkehrenden Kredit von 2.9 Millionen zu bewilligen. Wie gesagt: Es löst das Schulschwimmen-Problem, wir haben ein 25-Meter-Becken, das allen zur Verfügung steht, wir haben zusätzliche Trainingsmöglichkeiten und in den Sportpass-Pool wird es auch noch aufgenommen.

Nochmals zurück zum Zeitplan: Sofern wir das Geschäft heute verabschieden, wäre die Volksabstimmung dann auf November geplant. Wenn alles optimal verläuft, haben wir Ende 2027 ein 2. Hallenbad in Winterthur.

Zur Haltung des Stadtrats: Der Stadtrat ist ja gegen dieses Geschäft. Einerseits weil es zurzeit finanziell nicht tragbar ist und andererseits, weil es Zielkonflikte gibt mit den Energie- und Klima-Konzepten. Und deshalb stellt der Stadtrat den Antrag, das Geschäft abzulehnen. In der Kommission haben wir das Geschäft nach 5 Lesungen abgeschlossen. Zusätzlich wurde auch der Verwaltungsrat noch an zwei Sitzungen eingeladen, um offene Fragen zu klären. Und in dem Sinne haben wir als Kommission diesem Geschäft mit 6:3 Stimmen zugestimmt.

Damit habe ich geschlossen.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, André Zuraikat, für die Präsentation des Geschäfts. Wir können jetzt in die Beratung einsteigen. Zuerst haben wie gewohnt die Mitglieder der BSKK das Wort. Als Erste ist Cristina Mancuso an der Reihe für die FDP-Fraktion.

C. Mancuso (FDP): Heute geht es nicht nur um ein Hallenbad – es geht darum, welche Parlamentarierinnen und Parlamentarier sich mit allen damit einhergehenden Konsequenzen gegen eine Steuererhöhung stellen. Weil, dessen muss man sich bewusst sein: Dieses Hallenbad bedeutet eine direkte Steuererhöhung. Punkt. Wer auch immer von meinen Nachredner/-innen dies verneinen möchte, dem sei gesagt: Das ist reines Wunschdenken.

Es ist bezeichnend, wie viele Parlamentarierkollegen und -kolleginnen gerne «de 5er und s'Weggli» hätten – die Stadt Winterthur ist aber keine Bäckerei. Und das Budget der Stadt ist auch kein Wunschkonzert. Wer das Hallenbad will, sagt Ja zu einer Steuererhöhung und belastet damit alle Winterthurerinnen und Winterthurer, die notabene bereits zwei Mal Nein gesagt haben zu mehr Wasserfläche mit noch mehr Kosten.

Ja, die FDP hätte sehr gerne ein neues Hallenbad: Bei den letzten beiden Vorlagen, die nicht nur deutlich günstiger, sondern auch schneller gewesen wären, hat die FDP an vorderster Front für mehr Wasserfläche für Schwimmvereine und Schüler, die sie brauchen, gekämpft. Die Argumente der Gegner von damals sind heute einfach verpufft. Ja, wen kümmert es auch, was er damals geschwätzt hat.

Im 2012 kam das Projekt «Cabriodach» vor das Volk. An vorderster Front: Die FDP. Das Ziel war mehr Wasserfläche. Die Kosten wären 4.8 Millionen gewesen.

Im 2019 kam das Projekt «Traglufthalle» vor das Volk. An vorderster Front: Wieder die FDP. Das Ziel war auch damals mehr Wasserfläche. Die Kosten: 2.28 Millionen, zusätzlich dazu jährlich 460'000 für den Betrieb der Anlage.

Es ist klar ersichtlich: Die Kosten für das vorliegende Geschäft sind exorbitant. Nur so als Vergleich: Für das Hallenbad Geiselweid geben wir 3.5 Millionen pro Jahr aus – beim Neubau wissen wir gar nicht, wie sich die Kosten aufteilen werden. Denn über diese Zahlen verfügt der Stadtrat nicht. Dieses Geschäft ist eine grosse Blackbox und wir laufen Gefahr, auf Grund zu laufen.

Wer heute also von mehr Wasserfläche palavert und diesem Geschäft zustimmt, dem sei gesagt: Wem es wirklich um mehr Wasserfläche gegangen wäre, der hätte vor 12 bzw. 5 Jahren

den deutlich günstigeren Projekten zugestimmt. Die einzigen Fraktionen, die dies aber damals einstimmig taten, waren die GLP, die EVP und die FDP.

Heute ist die Situation eine andere. Die Finanzen der Stadt Winterthur sind prekär, die Kosten für das Hallenbad intransparent – und in jedem Fall zu hoch. Die FDP ist nicht gegen ein neues Hallenbad. Und wir sind auch nicht gegen mehr Wasserfläche. Wir sind aber dagegen, dass wir mehr Geld ausgeben als wir haben.

Und nein, dieses Projekt ist keine Investition, denn am Schluss gehört das Hallenbad nicht uns.

Ja, die FDP würde sehr gerne, anstatt Strassenraum aufzureissen für mehr Bäume, Tempo-30-Achsen und sinnlose Poller an der Stadthausstrasse zu errichten, dieses Geld für ein 2. Hallenbad ausgeben. Wer aber finanzpolitisch keine Prioritäten setzt, der hat dann eben genau zum benötigten Zeitpunkt dieses Geld nicht.

Wir sind heute genau an diesem Zeitpunkt angelangt. Wir haben das Geld nicht. Und daran trägt eine ungebremste Ausgabenmentalität Schuld. Die FDP hat sich immer gegen eine Steuererhöhung eingesetzt, die die Winterthurerinnen und Winterthurer sowie die hier ansässigen Unternehmen zusätzlich belastet. Mit diesem Nein unserer Fraktion heute zeigen wir auch, dass wir auch die sind, die das wirklich ernst meinen und unser Abstimmungsverhalten konsequent durchziehen.

Wir haben für mehr Wasserfläche gekämpft in den vergangenen 12 Jahren. Dieses Projekt müssen wir jedoch ablehnen – und das tun wir mit grossem Frust, weil aus unserer Sicht dafür eine völlig fehlgeleitete Finanzpolitik Schuld trägt.

Vielen Dank.

D. Roth-Nater (EVP): Als EVP haben wir uns immer klar für ein 2. Hallenbad ausgesprochen und gerne an diesen Workshops zur Ausarbeitung eines Projekts mitgewirkt. Wir brauchen mehr Wasserfläche für das Schulschwimmen und den Breitensport. Die vorgestellte Lösung ist betreffend Beckenzahl und -längen breit abgestützt. Wir halten auch die in der Weisung dargestellte Lösung mit einer Public Private Partnership in diesem Fall für sinnvoll.

Es gibt dennoch mehrere Gründe, die uns als EVP dazu veranlassen, uns heute zu enthalten. Dabei stützen wir uns nicht nur auf ein fehlendes Vertrauen, sondern auf konkrete Argumente, die gegen dieses Vorhaben sprechen:

Der Stadtrat hat bisher keine belastbaren Unterlagen zur finanziellen Stabilität und Leistungsfähigkeit von WIN4 vorgelegt. Ohne Einblick in die finanzielle Situation der privaten Partnerin besteht ein erhebliches Risiko, dass die Stadt im Falle von finanziellen Schwierigkeiten seitens WIN4 für zusätzliche Kosten und eventuelle Verluste aufkommen muss, das wäre ein sogenannter Heimfall. Die Stadt darf nicht die Verantwortung für die finanziellen Verpflichtungen einer privaten Partnerin übernehmen, ohne ausreichende Regelungen und Sicherheiten zu haben. Dies könnte sonst zu einer erheblichen finanziellen Belastung führen. Als Parlament war es uns nicht möglich, Einsicht in entsprechende Unterlagen zu nehmen.

In der bisherigen Planung hatten wir keine Einsicht in allfällige vertragliche Grundlagen, die die langfristige Zusammenarbeit und die Erfüllung der Verpflichtungen von WIN4 sicherstellen würden. Solche Verträge gibt es wohl ganz einfach nicht. Wir haben das Argument gehört, die Zusammenarbeit mit einem Privaten bedinge, dass man auf mehr Informationen und Verträge verzichte. Das stimmt doch ganz einfach nicht! Eine Partnerschaft dieser Grössenordnung erfordert aus unserer Sicht rechtsverbindliche Verträge, die Eventualitäten abdecken. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit zwischen einer öffentlichen Verwaltung und einem Privaten. Ohne vertraglichen Minimalregelungen, was in diesem Fall mit einem «Letter of Intent» hätte gemacht werden können, ist es unverantwortlich, öffentliche Gelder für ein solch unsicheres Projekt zu sprechen. Es ist wichtig, dass die Stadt über Vereinbarungen verfügt, die sicherstellen, dass WIN4 alle versprochenen Leistungen erbringt und die finanziellen Lasten gerecht verteilt werden.

Selbstverständlich müssten solche Verträge zwischen Stadtrat und WIN4 unter Vorbehalt des Parlamentsbeschlusses und der Volksabstimmung abgeschlossen werden.

Da wäre allenfalls eine weitere Frage in den Raum gestellt: Der Stadtrat spricht sich gegen ein 2. Hallenbad aus. Hat er es deshalb unterlassen, dem Parlament die nötigen Verträge

vorzulegen? Und das trotz dem ganz klar ausgesprochenen Willen des Parlaments, das sich mehrmals für ein 2. Hallenbad ausgesprochen hat?

Es gibt keine Einsicht in die Pläne darüber, wie WIN4 den Betrieb und die Weiterentwicklung des Hallenbads sowie des gesamten Sportcampus langfristig gestalten möchte. Insbesondere besteht die Gefahr, dass der Verwaltungsrat von WIN4 den Sportcampus inklusive Hallenbad in Zukunft an andere private Investoren verkaufen könnte, wenn dieses Thema nicht vertraglich geregelt ist. Dies würde der Stadt jegliche Kontrolle über das Projekt entziehen und könnte zu unvorhersehbaren Veränderungen und möglichen Einschränkungen für die Bevölkerung führen. Die Stadt muss sicherstellen, dass sie sich nicht in zu starke Abhängigkeiten begibt, um das langfristige Mitspracherecht über die Nutzung und Entwicklung öffentlicher Infrastrukturen zu gewährleisten. Ein Verkauf an private Investoren könnte zu erhöhten Nutzungsgebühren, eingeschränktem Zugang und einer Ausrichtung auf kommerzielle Interessen führen, die nicht im besten Interesse der Allgemeinheit liegen.

Es liegen keine Konzepte bezüglich ökologischen und nachhaltigen Aspekten zum Projekt vor. Ein Hallenbad ist ein energieintensives Vorhaben und es ist essenziell, dass moderne Umweltstandards und nachhaltige Praktiken eingehalten werden. Das ist der einzige inhaltliche Punkt, von dem wir uns eine bessere Lösung gewünscht hätten.

Wollen wir wirklich mit dieser Vorlage in die Volksabstimmung gehen?

Das Volk wird die Abstimmungsfrage so verstehen: Wollen wir ein 2. Hallenbad zum Preis von 2.9 Millionen Franken pro Jahr oder nicht?

Wenn es Ja sagt, hat das Volk aus unserer Sicht das Recht, dass das Hallenbad gemäss dieser Weisung gebaut wird. Wir haben im Moment aber zu wenig Grundlagen, um beurteilen zu können, ob WIN4 das Hallenbad zu diesem Preis für die Stadt bauen wird. Das hat nichts mit fehlendem Vertrauen in den Stadtrat zu tun, sondern mit den klaren Zuständigkeiten des Parlaments, eine Vorlage zu prüfen. Und genau das war nicht möglich.

Wir wollen nicht dem Volk etwas versprechen, das wir nicht genug prüfen konnten. Das wäre ein Versprechen, das wir allenfalls nicht halten können. Darum wird sich die EVP-Fraktion der Stimme enthalten.

Wir stimmen gegen die Abschreibung der Motion. Im Moment ist das 2. Hallenbad noch alles andere als sicher. Der Stadtrat hat seinen Auftrag erst erfüllt, wenn das 2. Hallenbad Wirklichkeit ist. So lange möchten wir die Motion pendent behalten. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Daniela Roth-Nater.

Ich kann das vielleicht gleich noch anfügen, Du hast das vorweggenommen, dass Ihr von der EVP-Fraktion an der Motion festhält.

Die Parlamentsleitung stellt aus formellen Gründen ja den Antrag, die ursprüngliche Motion 2019.25 als erledigt abzuschreiben. Dies einfach nochmals zur Klarstellung hier; es ist auf dem Blatt mit den Beschlüssen der Parlamentsorgane aufgeführt als Ergänzung zum bestehenden Kommissionsantrag zur Kreditgewährung.

Das Wort hat nun Maria Lischer (Grüne/AL).

M. Lischer (Grüne/AL): Für eine schier unlösbare Aufgabe ist eine bestmögliche Lösung gefunden worden. Es ist sogar eine gute und überzeugende Lösung gefunden worden, möchte ich ergänzen. Der Stadtrat hat die gegen seinen Willen auferlegte Aufgabe gut gelöst: Die Anspruchsgruppen wurden einbezogen, die Bedürfnisse der Stadt werden für die kommenden Jahre abgedeckt, sowohl bezüglich Angebot wie auch bezüglich Realisierbarkeit innert weniger Jahre. Die Klimaziele der Stadt werden bestmöglich bedacht, die Kosten sind beziffert. Ebenfalls genannt ist, dass die finanzielle Verpflichtung für die Stadt zum heutigen Zeitpunkt das Budget eigentlich übersteigt. Der Stadtrat hat die Motion bestmöglich beantwortet. Der Bedarf ist heute schon ausgewiesen und unbestritten. Ein Neubau auf der grünen Wiese würde 10-15 Jahre dauern. Mit einer Mietlösung hingegen kann innert weniger Jahre ein 2. Hallenbad erstellt werden. Dahinter ist das Konzept der Public Private Partnership. In der BSKK haben wir dieses Konzept vorwärts und rückwärts diskutiert, mit all seinen Chancen und Risiken.

Die meiner Meinung nach wichtigste Frage ist: Was passiert, wenn sich die Bedürfnisse der Stadt ändern? Dafür ist vorgesorgt mit der Vertragsdauer von 15 Jahren, verlängerbar um 2 x 7.5 Jahre. 15 Jahre entsprechen dem üblichen Planungshorizont, vergleichbar zu einer Richtplanung. Die Verlängerung gibt Planungssicherheit über die ganze Lebensdauer eines Hallenbads von 30 Jahren.

Aber auch die Frage, was die Heimfallregelung genauer beinhaltet, ist in der BSKK beantwortet worden. Sie gilt für alle Bauten, die im Baurecht erstellt werden, und auch für den Fall, dass die Betreiberfirma Konkurs geht, was wir natürlich alle nicht hoffen: Dass die Stadt dann die Gebäude zum Zeitwert übernehmen soll, bedeutet, dass sie andererseits keine Betriebsbeiträge mehr zu bezahlen hat. An dieser Stelle muss heute genügen zu wissen, dass die WIN4 AG aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit als sehr solides Unternehmen eingestuft wird. Es gäbe noch viele Eventualitäten durchzuspielen und schliesslich wird das Risiko in keinem Fall gleich Null. Ja, es gibt immer Risiken. Diese richtig einzuschätzen, sie zu minimieren und sich vorzusehen, das ist die Aufgabe, die der Stadtrat mit seiner Weisung erfüllt.

Für die Grünen sind die Klimaziele der Stadt besonders wichtig. Auch sie sind bedacht worden, indem strenge Vorgaben erfüllt werden müssen, beim Bau wie auch beim Betrieb des 2. Hallenbads. Auf den ersten Blick ist es besser, kein Hallenbad zu erstellen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn die WIN4 AG darf weitere Sportbauten auf dem heute noch freien Baufeld erstellen, ohne dabei den politischen Ansprüchen genügen zu müssen. Die vorliegende Mietlösung ist so gesehen die beste Möglichkeit, dass auf diesem Baufeld eben auch die Klimaziele bestmöglichst berücksichtigt werden.

Bleibt noch die Frage zur Tragbarkeit für die Stadt: Können wir uns einen jährlichen Miet- und Betriebsbeitrag von fast 3 Millionen leisten? Und wie wollen wir die Finanzierung dafür finden? Wo allenfalls Abstriche machen oder die Steuern erhöhen? Für den Stadtrat ist die Finanzierbarkeit der Grund, weshalb er das 2. Hallenbad trotz allem ablehnt. Denn für die Stadt Winterthur gebe es andere, wichtigere Projekte. Dorthin sollen die beschränkten finanziellen Ressourcen zuerst fließen.

Für eine schier unlösbare Aufgabe ist die bestmögliche Lösung gefunden worden. Für die Schule wie auch für die Bevölkerung. Es ist aber nicht einfach eine Chance, sondern DIE Chance. Sie kommt nicht wieder in dieser Art, denn Alternativen wurden geprüft, alles wurde sorgfältig abgeklärt.

Ein Teil der grünen Fraktion gewichtet all diese Chancen stärker als die Risiken und wird der Vorlage zustimmen. Die finanzielle Tragbarkeit, dass die finanziellen Mittel prioritär für andere Projekte gebraucht werden, sowie die städtischen Klimaziele sind die Gründe, weshalb innerhalb der grünen Fraktion die Meinungen darüber auseinandergehen, ob die vorliegende Lösung auch umgesetzt werden soll. Die grüne Fraktion hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

N. Holderegger (GLP): Vorliegend geht es um einen politischen Dauerbrenner in Winterthur, wir haben es schon x Mal gehört: Ein 2. Hallenbad. Es handelt sich um ein Geschäft, das ähnlich polarisieren kann – und das auch macht - wie das Münzkabinett oder wie gerade an der letzten Sitzung die Subventionen an die Kultur. Es wirft hohe Wellen, auch das haben wir bereits festgestellt.

Um was geht es? Es geht bei diesem Geschäft um die Ermächtigung des Stadtrats, sich für 2.9 Millionen Franken jährlich in einem Hallenbad einzumieten und es geht auch darum, ob man sich einem laufenden Projekt, wie es jetzt WIN4 vorschlägt, anschliessen möchte oder eben nicht.

Dabei lehnt der Stadtrat selbst, auch das haben wir gehört, und das trotz seinem nicht immer stringenten Umgang mit finanziellen Mitteln, seinen eigenen Antrag aus finanziellen Gründen ab. Ferner stellt sich der Stadtrat auf den Standpunkt, dass der Bau eines 2. Hallenbads in einem Zielkonflikt mit dem Energie- und Klimakonzept der Stadt Winterthur steht. Einen weiteren Anbieter gibt es laut glaubhafter Aussage des Stadtrats nicht und es ist eben auch keiner in Sicht.

Was machen wir, die GLP-Fraktion, mit diesem Geschäft?

Aus Sicht der GLP-Fraktion sprechen drei Punkte gegen ein 2. Hallenbad:

1. Wir stimmen mit dem Stadtrat überein, dass die besorgniserregende finanzielle Lage von Winterthur ein 2. Hallenbad nicht zulässt. Die jährlich wiederkehrende finanzielle Belastung des Steuerhaushalts ist mit 2.9. Millionen Franken beträchtlich und entspricht einem Steuerprozent.

2. Wir haben es auch schon gehört: Ein 2. Hallenbad steht in einem Zielkonflikt mit dem Energie- und Klimakonzept der Stadt Winterthur. Aus ökologischen Gründen ist ein 2. Hallenbad eigentlich nicht vertretbar. Auch in diesem Punkt stimmt die GLP-Fraktion dem Stadtrat zu. Und 3., meine Damen und Herren, spricht gegen ein 2. Hallenbad, dass der Kommission, der BSKK, nicht alle für eine saubere, in diesem Geschäft erforderliche Auslegeordnung notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt worden sind, namentlich eben auch nicht die Kalkulation oder die Renditeberechnung. Ein entsprechender Antrag fand in der BSKK keine Mehrheit. Es mangelt aus Sicht der GLP-Fraktion an der erforderlichen Transparenz. Ein Vormietvertrag soll erst kurz vor der Volksabstimmung im November 2024 vorgelegt werden. Ob das passiert oder nicht – wir wissen es jetzt nicht.

Aus Sicht der GLP-Fraktion sprechen drei Punkte aber für ein 2. Hallenbad:

1. Schwimmunterricht ist ein fester Bestandteil im Lehrplan 21 und Winterthur kann aktuell, das haben wir auch schon gehört, keinen angemessenen Schwimmunterricht bieten. Ein 2. Hallenbad würde dieser unbefriedigenden, nicht haltbaren Situation Abhilfe schaffen. Der Bedarf ist zweifellos und unbestreitbar ausgewiesen.

2. Für ein 2. Hallenbad spricht die steigende Anzahl von Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer, v.a. auch von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die sich einen privaten Schwimmunterricht nicht leisten können. Ähnliches gilt selbstverständlich auch für Schweizer und Schweizerinnen aus sozioökonomisch prekären Verhältnissen. Leute - Kinder, Jugendliche, Erwachsene -, die nicht schwimmen können, stellen ein Sicherheitsrisiko dar. Und es ist nicht auszuschliessen, dass es bei einem tödlichen Unfall zu Regressansprüchen gegen die Stadt Winterthur kommen kann, weil diese aktuell keinen angemessenen Schwimmunterricht anbieten kann.

3. spricht für ein 2. Hallenbad, dass die GLP-Fraktion in sogenannten Public-Private-Partnerships, d.h. einer vertraglichen Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privatrechtlich organisierten Unternehmen, ein zukunftsträchtiges Modell für die Realisierung von Grossprojekten, wie jetzt eben eines vorliegt, sieht.

Damit, meine Damen und Herren, steht es aus Sicht der GLP-Fraktion ein Resultat von 3:3. Bei dieser ausgewogenen Sachlage und im Hinblick auf die grosse finanzielle Tragweite – wir sprechen von einem Steuerprozent pro Jahr – und im Hinblick darauf, dass wir eben keinen angemessenen Schwimmunterricht haben, dass ein Sicherheitsrisiko besteht, ist es aus Sicht der GLP-Fraktion angemessen, diesen Entscheid den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Stadt Winterthur zu überlassen. Da es eben wahrscheinlich dann auch Entscheid ist, der die Diskussion für Jahrzehnte beendet und ein 2. Hallenbad zementiert – oder eben auch nicht. Der politische Dauerbrenner ist mit einem Volksentscheid hoffentlich beseitigt.

Nach dem Gesagten beschliesst die GLP Stimmfreigabe.

Ich danke dem Stadtrat und dem Leiter Sportamt sowie den Vertretern von WIN4 für ihre Bemühungen im Zusammenhang mit diesem Geschäft.

Ich habe geschlossen, danke.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): In Winterthur haben wir zu wenig Wasserfläche. Der Lehrplan 21 wird nicht erfüllt und die Sportvereine leiden am Platzmangel. Das sind Themen, die wir bereits mit der Erheblichkeitserklärung betreffend der Motion Projektierungskredit für ein 2. Hallenbad erläutert haben.

Die Situation hat sich bis heute leider nicht verändert. Ja, die Rahmenbedingungen haben sich sogar verschärft. Gemäss den Erläuterungen von der Präsentation, brauchen wir nicht nur ein 2. Hallenbad, es braucht zwei weitere Schulschwimmanlagen, damit die Schülerinnen und Schüler von 1 Lektion alle 2 Wochen in der 2. und 3. Primarschulklasse profitieren können. Diese Tatsache widerspiegelt auch der Wassersicherheits-Check, der darlegt, dass während vor 10 Jahren noch 11% den Check nicht bestanden haben, es bis zum Ende des Schuljahres mehr als doppelt so viele Schülerinnen und Schüler waren, mit einer Quote von

25%, die den Test nicht bestanden haben. Wie lange wollen wir noch zuschauen und nicht unsere Verantwortung wahrnehmen, wenn es darum geht, dass die Kinder sich im Wasser sicher fühlen?

Den Stadtrat scheinen diese Tatsachen nicht zu kümmern. Ja, in seiner Antwort entzieht sich der Stadtrat dieser Verantwortung und möchte offenbar den Bildungsauftrag nicht erfüllen. Unsere Fraktion sieht dies anders und übernimmt die Verantwortung.

Mit dem Projekt haben wir eine grosse Chance. Ja, das Grossprojekt beinhaltet nicht nur das 2. Hallenbad, es bringt noch Entlastung für den Hallensport, indem zusätzlich eine Dreifachturnhalle geplant ist. Die Dreifachturnhalle ist allerdings nicht Bestandteil der Weisung. Es ist allerdings wichtig zu erwähnen, wie wichtig es offenbar auch WIN4 ist, ihren Beitrag zu Gunsten des Sports in Winterthur zu leisten und uns unter in die Arme zu greifen.

Es ist da ja schon ein grosser Widerspruch vorhanden: Einerseits sagt der Stadtrat, ein 2. Hallenbad sei mit den Klimazielen nicht vereinbar; in der eigenen Präsentation, die er uns vorgestellt hat, zeigt er aber auf, dass ein CO₂-neutraler Betrieb eines Hallenbads sichergestellt werden kann.

Wie der Auftrag seitens Stadtparlament an den Stadtrat von Anfang an angegangen worden, war vorbildlich. Und wir möchten an dieser Stelle dem Sportamt für ihre grosse Arbeit danken. Das Sportamt hat, wie dargelegt, einen partizipativen Prozess initiiert und Sport und Politik zusammengebracht. An drei Workshops haben wir definiert, was es braucht, um mehr Schwimmfläche zu bekommen. Alle wichtigen Akteure waren beteiligt und haben Forderungen gestellt. Und wir dürfen hier an dieser Stelle sagen, dass WIN4 mit dem präsentierten Konzept geliefert hat.

Dass wir es uns finanziell nicht leisten können, selbst ein Hallenbad im Umfang von 40-50 Millionen zu bauen, leuchtet uns ein. Und genau darum überzeugt es uns als Fraktion umso mehr, dass wir private Initiativen unterstützen sollten. Allerdings sehen wir da finanzielle und rechtliche Unsicherheiten. Aus diesem Grund wird die Fraktion das Geschäft nicht vollumfänglich unterstützen. Allerdings wird die Mehrheit der Fraktion dem Geschäft zustimmen.

Das Angebot von WIN4, dass die Stadt Winterthur einen Mietbetrag 2.9 Millionen jährlich bezahlt, erachten wir als fair, wenn wir die Finanzzahlen mit denen des Geiselweid vergleichen. In der Weisung und im Angebot steht klar, was wir bekommen werden: 2 Lehrschwimmbecken und ein Becken mit einer Länge von 25 Metern. Was es zusätzlich attraktiv macht: Das Hallenbad wird in den Sportpass-Pool aufgenommen, so dass die Eintritts- und Abonnementspreise nach dem städtischen Gebührenreglement ausgerichtet werden.

Aber noch viel gewichtiger: In drei Jahren haben wir mehr Wasserfläche! Diese Chance sollten wir nutzen! Einen Bau durch die Stadt kann bis zu 15 Jahre dauern. Und angesichts der prekären Lage mit dem Schulschwimmen und der Nicht-Erfüllung des Lehrplans, der Engpässe der Schwimmvereine und weil die Winterthurer Bevölkerung sich offenbar auch mehr Schwimmfläche wünscht, werden wir diesem Geschäft mehrheitlich zustimmen.

Wir werden aber auch dem Antrag der EVP folgen, sprich gegen den Vorschlag der Parlamentsleitung stimmen, die Motion abzuschreiben.

Vielen Dank.

Th. Gschwind (SP): Wir haben es jetzt schon oft gehört: Das Thema 2. Hallenbad begleitet die Stadt schon lange. In jüngster Geschichte, das wurde angesprochen: Wir hatten diese Workshops, geleitet vom Sportamt. Unterschiedlichste Interessengruppen haben x-fach thematisiert, wie man das machen soll. Die Gruppen haben nachgedacht, recherchiert, diskutiert und und und. Herausgekommen ist: Die Mietvariante im Deutweg ist die beste Variante. Anschliessend ist das 2. Hallenbad auch bei uns in der Kommission x-fach besprochen worden und natürlich hat auch die SP-Fraktion dieses Thema x-fach besprochen. Aber dort in Wülflingen wäre doch noch der bessere Platz! Direkt beim Geiselweid bauen wäre doch gut, da hätte es auch Platz und alles ist schon dort. Was ist mit Neuhegi? Dort hätte es doch auch noch eine Parzelle. Beim Rechenzentrum, dort kann man die Abwärme nutzen. Ungefähr so oder so ähnlich hat es vermutlich bei uns allen getönt.

Dave Mischler, Leiter des Sportamts, konnte aber bei jeder einzelnen dieser alternativen Ideen immer sehr genau sagen, weshalb es dort in Wülflingen, im Geiselweid oder dort in Neuhegi eben nicht besser ist respektive warum die Variante im Deutweg die beste ist. Wir sind uns alle einig: Dieses Projekt ist die beste Lösung. Es ist nicht die perfekte Lösung, aber es ist die beste Lösung, die wir heute auf dem Tisch haben.

Die SP-Fraktion anerkennt aber auch gewisse Gefahren: Wir müssen das den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Winterthur genau erklären, um was es jetzt da geht. Wir wissen zu diesem Zeitpunkt ja nicht, ob das Becken Nr. 3 5 x 6 Meter, 6 x 7 Meter oder was auch immer misst. Das ist aussergewöhnlich.

Gleichzeitig gibt es ein gewisses Risiko bezüglich dem Heimfall, da kann das Hallenbad aber nichts dafür, das haben wir bei jeder Immobilie, die wir im Baurecht abgeben.

Das Positive ist aber: Die Menschen, die entscheiden, ob es ein 5 x 6 Meter-Becken oder ein 6 x 7 Meter-Becken gibt, diejenigen, die es zeichnen, die es bauen, die entscheiden – wir bezahlen diese nicht. Ausser beim absoluten worst-case-Szenario, dem Heimfall, erhalten wir ein pfannenfertiges Hallenbad für 2.9 Millionen – und keinen Rappen mehr.

Da der Bedarf unbestritten ist, wir nicht erst im Jahr 2040 ein neues Hallenbad wollen, wir es eine Tragödie finden, dass jedes 4. Kind in dieser Stadt nicht anständig schwimmen kann, und die positiven Argumente für uns deutlich überwiegen, unterstützt die SP-Fraktion dieses Anliegen grossmehrheitlich.

Wir wünschen uns, dass ganz am Schluss aber das Volk entscheidet, da wir unsere Demokratie relativ gernhaben. Danke.

P. A. Werner (SVP): Ich habe gedacht, ich schliesse mich Herrn Zuraikat an und präsentiere noch eine halbe Stunde lang, aber ich glaube, ich verzichte jetzt darauf, weil wir doch schon fast eine Stunde daran sind. Ich danke auch Nicole Holderegger für das starke Votum. Ich glaube, wir haben schon ziemlich alles gehört, was Pro und Contra betrifft bezüglich dem Hallenbad.

Was ich gerne ansprechen möchte, ist die finanzielle Situation. Die Stadt Winterthur ist stark verschuldet. Das ist eine finanzpolitische Herausforderung. Und ein solcher finanzieller Ausreisser wäre eigentlich eine Sackgasse, ein Eigengoal. Es käme zu einer Steuererhöhung. Das ist aber für uns keine Option und v.a. die falsche Antwort auf die Frage, auf das Problem. Wir müssen alles daransetzen, dass wir in Winterthur nicht noch mehr Steuersubstrat bei den natürlichen und juristischen Personen verlieren. Deshalb sind wir Parteien und auch der Stadtrat gefordert, vernünftig zu priorisieren, zum Wohl der hiesigen Stadtbevölkerung, denn der Bogen ist überspannt.

Die SVP hat immer beliebt gemacht, dass man richtig priorisieren muss. Das ist das A und O. Aber leider haben wir auf der Ausgabenseite der Stadt, wie wir immer wieder in der Rechnung und im Budget sehen, einfach zu viel, zu viele Projekte. Und jetzt gilt es zu priorisieren für den gleichen Steuersatz.

Das 2. Hallenbad ist schon länger auf der Einkaufsliste des Parlaments. Auch die Konstellation mit WIN4 hat mich überzeugt und ist eine einmalige Gelegenheit. Der Standort, das Betriebsmodell, so etwas gibt es nicht mehr.

Was im Parlament auf keinen Fall passieren darf, ist, dass dieses Geschäft weiter hinausgezögert wird und es weitere Jahre geht. Dann wird es noch teurer. Denn irgendwann kommt der Moment, in dem wir dieses Hallenbad brauchen.

Ja, wir müssen auch den Winterthurer und Winterthurerinnen in die Augen schauen. Und auch wir von der SVP waren lange, lange nicht gleicher Meinung. Und wir sind es bis zum Schluss nicht. Der Grossteil der SVP stimmt diesem Geschäft zu.

Und ich wünsche mir, dass das, was uns versprochen wurde, was uns gesagt wurde, auch gehalten wird. Danke vielmals.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Ich glaube, es ist unbestritten hier drinnen, dass Winterthur mehr Hallenbäder braucht. Für uns als AL stellt sich jedoch die Grundfrage: Soll eine solche Infrastruktur wie ein Hallenbad von der Stadt zur Verfügung gestellt werden oder von Privaten, die Gewinnabsichten haben? Wir sind erfreut zu hören, dass die FDP, die jetzt gerade

ein bisschen schmunzelt, sich vorhin gerade für ein städtisches Hallenbad ausgesprochen hat.

Auf jeden Fall, wir als AL machen das ganz bestimmt. Die Risiken hat Daniela vorhin sehr gut benannt, deshalb muss ich auf diese nicht mehr gross eingehen. Klar ist: WIN4 ist sicher keine Wohltäterin, sondern ein Unternehmen, das auch einen Profit machen möchte. Wir haben da das Vertrauen in die Stadt, dass die Stadt das letztendlich – wenn man ein bisschen langfristig plant – auch billiger machen könnte.

Auch wenn das Ganze durchkommt, sind wir aber der Meinung, dass die Stadt spätestens in 15 Jahren ein 3. Hallenbad (denn eigentlich bräuchte es ja auf 50'000 Einwohner/-innen ein Hallenbad gemäss Kanton) aufgegleist hat.

Und wir sind natürlich auch gegen die Abschreibung, damit dieser Plan auch sofort verfolgt werden kann.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Ich möchte gerne auf zwei Voten kurz eingehen.

Einerseits zu Thomi Gschwind, der sich da mit Massen kundgetan hat: Es gibt klare Normen für Lehrschwimmbecken. Diese sind entweder 8 x 12 Meter oder 10 x 16 Meter. Es gibt da keine 5 oder 6 Meter-Lehrschwimmbecken. Einfach damit das klargestellt ist.

Und auf das Votum von Roman Hugentobler: Ja klar, WIN4 ist eine profitorientierte Gesellschaft. Aber nochmals: Das Hallenbad wird in den Sportpass-Pool aufgenommen, d.h. damit ist sichergestellt, dass die Preise genau gleich sind wie in allen anderen Freibädern oder im Hallenbad Geiselweid. Danke vielmals.

R. Heuberger (FDP): Ich möchte zuerst Dave Mischler und dem ganzen Sportamt und auch WIN4 danken, dass sie sich überhaupt auf die Diskussion eingelassen haben, dass man miteinander auf diesen Weg gegangen ist. Soweit ich weiss, hat WIN4 noch nie Dividenden ausbezahlt, das hört man munkeln. Also von dem her ist das mit dem «profitorientiert» von Roman vielleicht auch nicht ganz so, wie er meint.

Ich bin bass erstaunt über die Voten von heute Abend. Als es darum ging, die Rechnung abzusegnen, haben wir von der GLP gehört: «Prioritäten setzen bei Umweltverträglichkeit und nachhaltigen Investitionen». Die SP hat gesagt: «Investitionen in ökologische und klimapolitische Geschäfte, wir müssen konsequent priorisieren.» Genau das machen wir nicht. Wir investieren weder (denn wir sind nachher nicht Besitzer dieses Schwimmbads) noch ist es ökologisch sinnvoll. Und ja, man kann alles ökologisch anrechnen. Aber Schwimmbäder sind CO₂-Schleudern. Und wenn man die Fernwärme einfach hineinrechnet und sagt, das ist 100% CO₂-neutral, dann stimmt das a) nicht und b) steht diese Fernwärme dann anderen, privaten Haushalten auch nicht zur Verfügung.

Die SP sagt, wir zahlen es nicht. Selbstverständlich werden wir es zahlen. Wenn wir 15 Jahre lang 2.9 Millionen in dieses Projekt zahlen – eben nicht investieren -, dann tragen wir de facto die Abschreibung. Und nach 15 Jahren gehört dieses Schwimmbad trotzdem nicht uns.

Noch mehr erstaunt bin ich eigentlich über die EVP. Du hast ein super Referat gehalten und Deine Ausführungen teilen wir zu 100%. Wir haben es einfach kurz als «Blackbox» bezeichnet. Was mir aber bei Euch und der GLP absolut nicht klar ist: Ihr sprecht von finanzieller Intransparenz. Ihr sprecht von ökologisch nicht sinnvoll. Und trotzdem geht Ihr heute Abend hin und wollt eine Vorlage verabschieden, die Ihr der Bevölkerung zur Abstimmung unterbreiten wollt. Wenn Ihr Eure Verantwortung wahrnehmen wollt, ist Stimmenthaltung keine Option. Wir können doch nicht mit einer Vorlage, bei der wir keine finanzielle Transparenz haben, wie sich die Beträge überhaupt zusammensetzen, was denn tatsächlich die Folgekosten sind – wir können doch so nicht in eine Volksabstimmung.

Die meisten Voten, die heute Abend gemacht wurden, teilen wir. Deshalb stimmen wir Nein.

S. Gfeller (SP): Es ist spannend zu sehen wie begeistert die Parteivertreter:innen an den Workshops waren und wie schnell dann diese Meinungen um 180 Grad kehren konnten. Konsequenter wäre gewesen, wenn Ihr diese Feedbacks, die Ihr jetzt hier gebt, schon dort gege-

ben hätten, denn dann hätten wir auch in einer konstruktiven Debatte auf dem aufbauen können. Jetzt haben wir etwas, das Ihr bachab schicken wollt, weil Ihr damals nicht bereit dazu wart, hinzustehen und Eure Meinung zu sagen. Das ist okay.

Der Stadtrat hat seine Arbeit gemacht. Es wird kein besseres Projekt um die Ecke kommen, das wisst Ihr alle hier drinnen. Und dann muss man die Motion auch nicht mehr künstlich am Leben halten, dann können wir sie abschreiben und auf Feld 1 zurückgehen, liebe EVP.

Ein Hallenbad kostet, das ist korrekt. Zu glauben, man könne einfach die Augen schliessen und die Investitionen nicht tätigen, das ist nicht nachhaltig. Die Herausforderungen nicht anzugehen, das ist nicht nachhaltig. Und Kinder, die nicht schwimmen können, sind auch nicht nachhaltig. Es ist eine Investition in die Gesundheit und in die Fähigkeit unserer Bevölkerung, dass sie schwimmen kann. Das ist das Investment, Romana.

Das Bedürfnis besteht, egal, ob wir ein Hallenbad bauen oder nicht. Die Konsequenz ist einfach, dass v.a. die Familien mit Kiddies nach Frauenfeld gehen werden. Und die gehen nicht mit dem Velo und wahrscheinlich auch nicht mit dem Zug. Sie laden die Kinder ins Auto und fahren nach Frauenfeld, weil es am Praktischsten ist. Ob das dann nachhaltiger ist für die CO2-Bilanz, das weiss ich auch nicht. Dann bauen wir es doch besser hier.

Diese Lösung ist von den Sportvereinen abgestützt und das Bedürfnis klar gegeben. Also lassen wir doch das Stimmvolk darüber entscheiden, ob es bereit ist, dieses Geld auszugeben. Und das Stimmvolk muss am Schluss entscheiden, ob es bereit ist, diese PPP einzugehen oder nicht. Punkt.

M. Wäckerlin (SVP): Es ist ja bekannt, dass ich innerhalb der SVP zum Teil auch ein bisschen eigene Positionen vertrete. Bei diesem Geschäft ist der Fall eigentlich klar: Ihr wisst, wir können kein Geld ausgeben. Ihr wisst, es ist ökologisch nicht möglich. Und trotzdem sind wir auf der anderen Seite seit 10 Jahren am Diskutieren über das nächste Hallenbad.

Man hat das Cabriodach einmal beim Volk abgelehnt. Wenn man das annehmen würde, käme es ja auch wieder vor das Volk und das Volk könnte entscheiden.

Also kurz zusammengefasst: Es gibt dafür und dagegen und wir haben lange diskutiert. Am Schluss habe ich mich dann entschieden, dass ich mich der Mehrheit der Fraktion anschliesse und dafür stimme.

Aber ich möchte klar gesagt haben: Es geht dann wirklich um Priorisierung, d.h. wir sind der Meinung, man hat jetzt da sehr lange über ein Schwimmbad gesprochen, es wurde immer wieder der Bedarf angemeldet und man hat immer wieder versprochen, etwas zu machen. Jetzt hat man die Möglichkeit, etwas zu machen – und das erst noch mit einer einigermaßen marktbasierter Lösung, was ein besonderes Plus ist. Und auf der anderen Seite wird man halt das dann anderswo durch Priorisierung wieder einsparen müssen.

Deshalb werde ich da auch Ja sagen. Danke vielmals.

M. Gross (SVP): Auf das erste Votum der FDP möchte ich eine gewisse Erwiderung machen. Dort hiess es: Wenn man dem zustimmt, dann muss man auch zu einer Steuererhöhung Ja sagen.

Wir hatten zwei Vorlagen, die ein Cabriodach bzw. ein fünfstöckiges Plastikzelt in ein Quartier gestellt hätten. Ich weiss, es ist nicht Seen, also nicht Euer Klientel – aber auch dort ist es störend für die Anwohner dort. Und das war einer der Hauptgründe, weshalb wir Nein gesagt haben dazu. Und nicht nur die Finanzen.

Die Finanzen sind prekär, das ist so. Lustigerweise bei der FDP: Genau vor zwei Monaten hat Romana unter «Vorwärts Winterthur» gepostet, man müsse jetzt sofort das Stadion Schützenwiese ausbauen und das Stadion Schützenwiese Superleague-tauglich machen und ausbauen und machen, was dann 10 oder 15 x dieser Betrag wäre – dort ist es dann kein Problem, für die Spitzensportler etwas zu machen. Für den Breitensport und die Schüler seid Ihr nicht bereit, die 2.9 Millionen auszugeben. Das ist dann ein bisschen schizophren oder ambivalent, Ihr könnt es nehmen, wie Ihr wollt.

Ich glaube, wir haben genügend Möglichkeiten zu priorisieren. Wenn ich sehe, wie der Bau überall Geld herauswirft... Z.B. am Rennweg, wo wir jetzt ein Trottoir bauen auf einer Strasse, wo gar keine Autos fahren dürfen, aber wir brauchen trotzdem ein Trottoir – also wir

haben da ganz viele Möglichkeiten, beim Bau noch gewisse Sachen einzusparen. Die 3 Millionen bringen wir hin. Deshalb stimme ich auch Ja.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Vielleicht einmal ein Zwischenstand zu den Voten: Es wurden 13 Voten abgegeben und auf der Rednerliste sind jetzt noch 4 Voten. Das Wort geht an Christian Griesser (Grüne).

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Bedarf ist klar: 50'000 Einwohner, 1 Hallenbad. D.h. wir müssen heute Abend nicht über das 2., sondern über das 3. diskutieren. Das ist ganz klar. Diese Lösungen, und da muss ich der FDP das 1. Mal widersprechen, die wir in der Vergangenheit hatten, waren einfach nicht tauglich. Das ist ganz klar, dass weder das Cabriodach noch die Gummihalle dort in das Quartier passten.

Das 2., bei dem ich der FDP widersprechen muss: Wir haben heute, bei der Debatte zur Rechnungsabnahme, gehört, wir könnten ja noch vieles machen, wir könnten auch ein Hallenbad für Annetta Steiner bauen. Da haben sie wohl etwas nicht ganz begriffen. Annetta Steiner ist ja jetzt in den Ausstand getreten, weil sie (bzw. die Firma, bei der sie im Verwaltungsrat ist) für uns das Hallenbad baut. Und nicht umgekehrt.

Es ist natürlich klar, an dieser Mietlösung habe ich als Linker grundsätzlich nicht extrem Freude. Ja. Aber – und das ist einfach das, was ausschlaggebend ist – die Lage. Die Lage ist so wichtig bei einer Immobilie und sie ist auch hier wichtig. Und die Lage ist absolut genial – und deshalb gilt es, diese Kröte zu schlucken.

Die Politik ist langsam. Es ist ewig her, seit wir diese Motion eingereicht haben. Es ist praktisch niemand mehr im Parlament, der damals mitunterzeichnet hat. Die finanzielle Lage war damals, und da muss ich ganz vielen widersprechen, genau die gleiche. Winterthur war noch nie auf Rosen gebettet, wir sind nicht Zürich. Und es spielt überhaupt keine Rolle, ob es jetzt ist oder in 5 Jahren. Dieses Argument kommt immer und wir wissen ganz genau, ein Hallenbad kostet. Wir haben ja jeweils im Budget und in der Rechnung, wie viel wir bezahlen für das Hallenbad. Und es ist ziemlich viel. Und wir können es ganz einfach sagen: Wir finanzieren auf jeden Hallenbadeintritt nochmals so viel, wie man selbst Eintritt zahlt. Das ist so. Geben wir doch der Bevölkerung die Chance, ob sie ein 2. Hallenbad will oder nicht. Und meine Meinung zur Steuererhöhung muss ich Euch ja nicht erläutern.

N. Holderegger (GLP): Ich benütze gerne die Gelegenheit für eine kleine Replik an Romana Heuberger. Man konnte im Landboten am 28.02. lesen, dass (ich zitiere): «Es braucht ein 2. Schwimmbad und das darf auch etwas kosten. Trotzdem haben wir in der Debatte darauf hingewiesen, dass wir genau anschauen müssen, was sich die Stadt leisten kann und was nicht. Ich denke, die Chancen stehen gut, dass wir die Lösung mittragen, die nun auf dem Tisch liegt.» Im gleichen Landbote-Artikel hat sich die GLP schon auf den Standpunkt gestellt - und ich habe das heute Abend wiederholt mit Argumenten dafür und Argumenten dagegen -, dass es eben ein umstrittenes Geschäft ist.

Der Geist eines 2. Hallenbads besetzt Winterthur 15 Jahre lang und mehr. Was macht man, wenn ein Geist herumgeistert? Man zündet das Licht an und man legt die Fakten auf den Tisch. Diese haben wir heute Abend, wir haben es gehört. Es gibt da keine Meriten zu gewinnen. Ich glaube, wenn man gut herauskommen will aus dem Geschäft, dann überlässt man den letzten Entscheid dem Stimmbürger, der Stimmbürgerin - dem höchsten Organ der Stadt Winterthur.

D. Oswald (SVP): Ich bin noch einer der wenigen, der damals schon im Rat war, als man diese Motion lanciert hat. Ich möchte 2-3 Sachen sagen zu Aussagen, die gemacht wurden. Zuerst zum Ökologischen: Die ökologische Situation ist durch die Physik gegeben. Ob das Hallenbad die Stadt oder WIN4 oder wer auch immer baut, die Physik ist die gleiche. Das können wir da einfach streichen.

Dann möchte ich, das habe ich heute Abend schon einmal gemacht, auf die Liquidität zu sprechen kommen. Wir haben gesehen, Liquidität ist da in der Stadt Winterthur. Wir können jetzt sagen, wenn wir 50 Millionen aufnehmen müssen, um ein Hallenbad zu bauen, und das

mit 1% verzinsen, dann sind das 500'000 Franken im Jahr. Wenn wir es nicht selbst bauen müssen und die 50 Millionen nicht aufnehmen müssen, zahlen wir 2.9 Millionen an Miete. Aber wir müssen auch keinen Kapitalzins bezahlen. Also unter dem Strich bin ich der Meinung, dass das ein Vorteil wäre.

Dann wurden Aussagen gemacht zu WIN4, zu den Investoren, die dahinter stehen, oder Mutmassungen aufgestellt, die einfach polemische Aussagen sind, welchen ich widersprechen muss. Ich glaube, viele hier drinnen kennen mehrere dieser Investoren. Das sind grossmehrheitlich in Winterthur oder Winterthurer Umgebung ansässige Unternehmerpersonen, die man hier kennt. Diese Leute haben bis jetzt schon zweistellige Millionenbeträge investiert, die Verwaltungsräte arbeiten unentgeltlich. Das Geld muss übrigens zuerst noch zusammengebracht werden, sie müssen also wieder Investoren finden, die das Hallenbad bezahlen, bevor man es dann überhaupt bekommt. Das kam für mich heute zu wenig zum Ausdruck, das hätte der Kommissionssprecher deutlicher machen müssen. Auch wenn das Volk Ja sagt, haben wir noch kein Hallenbad. Und wenn wir so sprechen über die möglichen Investoren, wie das heute Abend zum Teil impliziert wurde, machen wir nicht unbedingt Reklame.

Ich bitte Euch, da kühlen Kopf zu bewahren. Das sind vertrauensvolle Leute, das sind Leute, die sich für Winterthur engagieren, die im WIN4 sind. Sie haben schon viel Geld investiert und bisher keine Dividende gesehen. Das sind keine Kapitalhaie, wie das implizit dargestellt werden wollte.

Das ist eine gute Lösung für die Verhältnisse von Winterthur. Und da verstehe ich auch die FDP nicht, die sonst alles privatisieren möchte. Da verstehe ich die FDP wirklich nicht. Wir haben einfach die Situation, in der Winterthur steckt, mit den finanziellen Möglichkeiten. Und mit diesen Partnern, die man kennt, haben wir einfach die Möglichkeit, eine gute Lösung zu machen. Und ich verstehe da schon gewisse Voten nicht, die hier drinnen gemacht wurden. Ich hoffe, das kommt durch, und ich vertraue der Stimmbevölkerung. Ja, sie soll entscheiden, ob sie das will oder ob sie sagt, nein, das Risiko von einem Steuerprozent mehr ist ihr zu hoch, sie will das nicht. Dann haben wir auch Klarheit. Aber dann ist ein weiteres Hallenbad für Jahrzehnte erledigt. Aber dann wissen wir auch, was zu tun ist. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Es ist tatsächlich niemand mehr auf der Rednerliste, ich gehe davon aus, dass die Diskussion jetzt erschöpft ist. Das Wort geht an die zuständige Vertreterin des Stadtrats, Stadträtin Martina Blum bitte.

Stadträtin M. Blum: Ich danke André, dem Referenten, für die Vorstellung. Ich danke auch für die angeregte Debatte, liebe Parlamentarierinnen, liebe Parlamentarier.

Man könnte ja fast meinen, wenn man zugehört hat, das entspricht ungefähr dem Verhältnis von Schwimmer/-innen und Nichtschwimmer/-innen, wir haben ja gehört, ungefähr die Hälfte bezeichnet sich als Schwimmer/-in, aber ich möchte da niemandem Eigennutz unterstellen. Es ist ja schon bezeichnend, dass wir die Debatte am Tag der Rechnungsabnahme führen. Da haben wir auch ein paar Bezüge gehört.

Es war der Auftrag des Parlaments an den Stadtrat, eine Lösung auszuarbeiten. Wir haben eine Lösung ausgearbeitet. Es sind Worte gefallen wie «gute und überzeugende Lösung», «nicht perfekt, aber die beste in der jetzigen Situation». Es wäre eine Lösung, die jetzt schnell realisierbar wäre. Es ist eine Mietlösung. Das ist ein bisschen ungewöhnlich, weil man nicht so genau weiss, was man bekommt. Aber es ist auch nicht ganz einmalig, wir mieten z.B. den ganzen Superblock. Auch das ist eine Mietlösung. Es ist also nicht irgendetwas, das wir noch nie gemacht hätten.

Der Stadtrat hat seit 2019 immer wieder seine ablehnende Haltung konsequent durchgezogen, aufgrund der finanziellen Situation. Wir haben heute sehr viel gehört über Priorisierung. Die Priorisierungsarbeit des Stadtrats hat heute viel Lob und Dank erfahren in der Rechnung. Jetzt bin ich gespannt, ob Sie unserer Priorisierung jetzt auch hier folgen wollen.

Mir ist schon noch wichtig zu sagen, als Schul- und Sportvorsteherin, dass der Stadtrat sehr wohl den Bedarf anerkannt hat. Schulschwimmen wurde genannt. Mir persönlich ist auch Teilhabe, soziale Gerechtigkeit sehr wichtig, das wurde auch von Nicole Holderegger genannt. Es sind ja dann die Kinder, deren Eltern sich den privaten Schwimmunterricht nicht

leisten können, die vom Schulschwimmen am meisten profitieren. Wir haben eine wachsende Bevölkerung, es wäre eine gute Gelegenheit, auch mehr Breitensportfläche zu schaffen. Und wir haben die Vereine, die auch sehr knapp mit den Flächen sind.

Der Stadtrat hat priorisiert, er hat seinen Job gemacht, er hat den Preis genannt. Ich nehme an, das ist jetzt auch nicht überraschend, dass das mit einem Preisschild kommt. Als man uns den Auftrag gegeben hat vor 5 Jahren, dass wir das ausarbeiten sollen in der Verwaltung – es war übrigens nicht nur das Sportamt, sondern auch der Bau, der sehr viel mitgearbeitet hat -, da war schon klar, dass die Verwaltung sehr lange an einer Lösung gearbeitet hat. Es dürfte nicht überraschend sein, dass das Ganze ein Preisschild hat. Das Preisschild ist 2.9 Millionen, das ist ein Steuerprozent, das haben wir gehört.

Die Frage ist jetzt, was das Parlament will. Folgen Sie der Priorisierung des Stadtrats oder ist die Priorisierungsarbeit doch nicht so toll, wie das am Anfang bei der Rechnung geklungen hat.

Es ist an Ihnen, jetzt zu entscheiden, ob man das zur Volksabstimmung bringt oder nicht. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Martina Blum. Damit kommen wir langsam zur Abstimmung. Dazu noch der Hinweis, dass dieses Geschäft der Ausgabenbremse untersteht. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, ist das aufgrund der Höhe des Kreditbetrags, aber auch, weil es zur Volksabstimmung kommt. Marc Bernhard bestätigt, dass das richtig ist. D.h. mit anderen Worten, es braucht eine Mehrheit der Mitglieder des Parlaments für diese Abstimmung.

Wir führen da zwei Abstimmungen durch. Die erste Abstimmung bezieht sich auf den Kreditantrag und die zweite Abstimmung dann auf die Abschreibung der Motion.

Bei der ersten Abstimmung geht es um den wiederkehrenden Kredit von 2.9 Millionen pro Jahr.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja zu 17 Nein bei 5 Enthaltungen.

Das Quorum der Ausgabenbremse mit 31 Stimmen ist erfüllt, der Kredit von wiederkehrend 2.9 Millionen pro Jahr ist angenommen.

Die zweite Abstimmung geht zum Ergänzungsantrag zur Abschreibung der Motion.

A = Abschreibung der Motion, B = Ablehnung der Abschreibung.

Abstimmungsergebnis: 38 Zustimmung zu 18 Ablehnung bei 0 Enthaltungen.

Die Motion wird damit abgeschrieben.

Somit ist das Hallenbad-Geschäft beendet.

11. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.37: Verpflichtungskredit von Fr. 3'635'000 für die Einführung einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang und deren Betrieb über 5 Jahre (Projekt-Nr. 18103)

Parlamentspräsident F. Helg: Verpflichtungskredit von Fr. 3'635'000 für die Einführung einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang und deren Betrieb über 5 Jahre (Projekt-Nr. 18103). Es ist ein Geschäft, das wir ohne Diskussion behandeln. Das Wort hat der Referent der AK, Andreas Büeler.

A. Büeler (AK): Nach diesem eher emotionalen Geschäft jetzt ein eher trockenes Geschäft... Gerne stelle ich Euch den Kreditantrag zu einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang vor.

Um was geht es bei diesem Geschäft? Die Stadtverwaltung erhält heute noch rund 11'000 physische Briefsendungen pro Woche, die Tendenz im Moment eher noch steigend. Davon sind rund $\frac{3}{4}$ digital verwertbar. Die Stadt forciert zwar die Digitalisierung ihrer Verwaltungsprozesse, aber ein Teil der Post wird immer physisch erfolgen. Das vorliegende Geschäft betrifft nur die Frage, wie man mit dieser physischen Post zukünftig umgeht. Es ist also nur ein kleines Puzzle-Teil der Digitalisierung.

Wie ist die Ausgangslage, was passiert heute mit der eingehenden Post? Die Postverteilung ist physisch. Man wollte prüfen, wie das zukünftig sinnvoll gemacht wird. Man hat eine Projektevaluation durchgeführt: Macht man das zukünftig digital? Dezentral? Wo, falls dezentral? Fragen wie Datenschutz und Wirtschaftlichkeit waren natürlich auch wichtig.

Der Treiber bei diesem Geschäft ist die Einführung des modernen, zentralen Verwaltungssystems, das am 01.01.2025 eingeführt wird, insbesondere die Rechnungen, die bis dann digitalisiert werden müssen. Das ist das Projekt WinRP (Winterthur Ressource Planning), ERP-Software für Finanzen und Personal. Aber auch andere Geschäftsdokumente werden da immer mehr auch state-of-the-art-Lösungen, im Rahmen des ECM-Projekts (Enterprise Content Management) vermehrt digital sein. ECM ist eine Software für Geschäftsverwaltung und Aktenmanagement.

Deshalb hat man das evaluiert und kam dann zu diesem Lösungsmodell gekommen, das eigentlich den ganzen Prozess der Post in vier Prozesse aufteilt: Eingang, Scanning, Validierung und Zustellung. Man sah, dass das Digitalisierungspotenzial bereits heute sehr gross ist. Der Datenschutz ist sowohl bei einer Auslagerung wie auch bei einer Inhouse-Lösung möglich, wenn ausreichende Schutzmassnahmen getroffen werden. Eine zentrale Digitalisierungslösung ist wirtschaftlicher als eine dezentrale Lösung. Sie ist v.a. wegen Skaleneffekten effizienter, den technischen Möglichkeiten von grossen Scan-Centern und wegen der Entlastung von Fachpersonal. Die Lösung sieht vor, dass die ersten drei Prozessschritte (Eingang, Scanning und Validierung) outgesourct werden, also eine zentrale Lösung extern. Das würde man in einem offenen Verfahren submittieren, wenn der Kredit heute vergeben wird. Der letzte Schritt, die Zustellung, würde inhouse funktionieren. Dafür braucht es nur ein zusätzliches Modul, das in der bereits beschafften Fabasoft-Software freihändig vergeben werden könnte.

Noch zur zentralen Outsourcing-Lösung: Charakteristisch dafür ist, dass die Kosten sinken, wenn die Stückzahlen sinken. Deshalb liegt das Risiko bei abnehmender physischer Post nicht bei der Stadt, sondern beim externen Scan-Center.

Noch zum Punkt «Scan oder no scan»: Da geht es um die Öffnungsregelung. Es geht darum, dass z.B. Submissionsunterlagen nicht einfach so geöffnet werden dürfen. Es geht um diese Rahmenbedingungen, für die man mit externen Spezialisten auch saubere Lösungen findet. Das ist nicht etwas Neues, das es noch nicht gibt.

Aus diesem Lösungsmodell ergibt sich der Kreditantrag. Der Stadtrat beantragt einen Verpflichtungskredit von insgesamt 3.635 Millionen, der sich aufteilt in Investitionsausgaben von rund 735'000 Franken und Betriebskosten für die maximale Betriebsdauer von 5 Jahren im Betrag von insgesamt 2.9 Millionen Franken. Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und Mehrwertsteuer bedingten Mehr- und Minderkosten. Stichtag für die Kostenberechnung ist der 31. März 2024. Budgetmässig ist dieses Vorhaben übrigens neutral, da die Kosten durch Effizienzgewinne innerhalb der Verwaltung mindestens kompensiert werden sollen, auch wenn man im Einzelfall nicht überall genau ausweisen kann, wo jetzt das ganz genau eingespart wird.

Die Aufsichtskommission hat einen Antrag gestellt, um die Kosten ein bisschen zu senken. Ich muss das kurz begründen: Das Geschäft an sich war unumstritten in der Aufsichtskommission. Diskutiert wurden v.a. die Einbettung in der übergeordneten Digitalisierungsstrategie und der Business-Case. Konkret ist es der AK ein Anliegen, dass vermeidbare physische Post an sich rasch abnimmt. Deshalb stellt die AK den Antrag, die Betriebskosten über 5 Jahre um 235'000 Franken zu reduzieren.

Änderungsanträge AK:

Für die Einführung einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang und deren Betrieb über fünf Jahre (2025-2029) wird ein Verpflichtungskredit von ~~Fr. 3'635'000~~ Fr. 3'400'000 bewilligt und wie folgt der Investitions- und der Erfolgsrechnung belastet:

- Die Investitionsausgaben im Betrag von rund Fr. 735'000 (inkl. MWST) der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens, Projekt-Nr. 18103;
- Die Betriebskosten für die maximale Vertragsdauer von fünf Jahren im Betrag von insgesamt ~~Fr. 2'900'000~~ Fr. 2'665'000 (inkl. MWST) der Erfolgsrechnung der Jahre 2025 bis 2029. Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist der 31. März 2024.

Die Begründung für den Antrag der Aufsichtskommission: Es wird v.a. eine schnellere Abnahme des physischen Posteingangs erwartet. Das ergibt einen steileren Absinkpfad und das hat tiefere Betriebskosten zur Folge. Links die Annahmen für den Antrag des Stadtrats und rechts die Annahmen für den Antrag der Aufsichtskommission. Die Aufsichtskommission geht da einfach davon aus, dass wir schneller weniger physische Post und mehr Verlagerung Richtung Digitalisierung haben.

Das Geschäft wurde in der Aufsichtskommission in zwei Lesungen besprochen. Wir haben dem Antrag mit den aufgeführten Änderungen 10:0 zugestimmt. Dem Antrag Aufsichtskommission haben wir 7:3 zugestimmt.

Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Das Geschäft ist ohne Diskussion vorgesehen. Das Wort hat der zuständige Stadtrat Kaspar Bopp, insbesondere mit der Frage, ob sich der Stadtrat dem Antrag der Aufsichtskommission anschliesst.

Stadtrat K. Bopp: Vielen Dank, Andi, für die Vorstellung dieses Geschäfts. Es ist ja immer wieder aufwändig, sich da in kurzer Zeit in ein solches Projekt einzudenken und eine Präsentation vorzubereiten. Ich bin der Meinung, das hat Andi jetzt sehr gut gelöst und das Projekt gut vorgestellt.

Das Ziel von uns ist und bleibt das Reduzieren der physischen Post, die herausgeht und die hereinkommt. Einerseits dem Portemonnaie zuliebe, andererseits aber auch der Umwelt zuliebe.

Die Realität ist aber so: Die physische Post wird nicht so schnell abnehmen, dass diese Lösung überflüssig wird in näherer Zukunft. Deshalb haben wir da eine Lösung gefunden, mit der wir sehr flexibel reagieren können auf die Post, die hereinkommt – wir zahlen nämlich genau so viel, wie der Aufwand zum Scannen ist. Das ist von daher sicher eine sehr gute Lösung.

Ich habe gesagt, das Ziel ist, die Post soll abnehmen, das ist das Ziel auch von uns. Insofern kann ich auch die Diskussionen, welche die Aufsichtskommission geführt hat respektive die Ergebnisse dieser Diskussionen nachvollziehen. Wir hätten gemäss dem Vorsichtsprinzip einen anderen Betrag eingestellt, deshalb haben wir einen anderen Betrag beantragt.

Wir verzichten aber darauf, an unserem Antrag festzuhalten. Es ist für uns ein wichtiges Vorhaben. Ich danke vielmals für die Zustimmung.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Kaspar Bopp, für diese Klärung. D.h. es steht jetzt der Antrag der Aufsichtskommission im Raum. Ich frage in die Runde, ob jemand noch am ursprünglichen Antrag des Stadtrats mit dem höheren Betrag festhalten möchte? - Das ist nicht der Fall.

Damit können wir direkt eine Abstimmung machen zum Antrag der AK mit dem gekürzten Betrag. Aufgrund der Kredithöhe untersteht auch diese Abstimmung der Ausgabenbremse, d.h. für eine Annahme ist eine Mehrheit der Mitglieder des Parlaments notwendig, also 31 Stimmen.,

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: 56 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltung.

Die Vorlage ist damit einstimmig angenommen und das Quorum der Ausgabenbremse damit weit überschritten.

12. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.48: Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), P.A. Werner (SVP), N. Holderegger (GLP), A. Zuraikat (Die Mitte) und A. Würzer (EVP) betr. Sporthallen-Kapazitäten nach dem Brand der Turnhalle Tössfeld

Parlamentspräsident F. Helg: Beantwortung der Interpellation betreffend Sporthallen-Kapazitäten nach dem Brand der Turnhalle Tössfeld. Für die FDP spricht Romana Heuberger. Da diese aufgrund eines Problems mit dem Laptop ein paar Minuten braucht, wäre in der Reihenfolge der Unterzeichnenden Pascal Werner dran, der aber nicht mehr hier ist. Damit ist die Reihe an Nicole Holderegger (GLP), den Votantenreigen zu eröffnen. Bist Du bereit zum Sprechen? Dann hast Du das Wort.

N. Holderegger (GLP): Am 28. Mai 2023 brannte die Turnhalle Tössfeld mit dem integrierten Kunsttrainingsraum komplett nieder, nur der seitlich angebaute Umkleidebereich inklusive Geräteraum konnte gerettet werden. Die Hallensportkapazitäten in Winterthur – auch das ist uns und der Winterthurer Bevölkerung hinlänglich bekannt – sind knapp. Mit der durch den Brand zerstörten Turnhalle hat sich diese Situation nochmals verschärft. Die vorliegende Interpellation hat zum Ziel, beim Stadtrat die Möglichkeiten bezüglich zusätzlicher Sporthallenkapazitäten auf dem Gelände der Schulanlage Tössfeld zu erfragen, sowie danach, welche Möglichkeiten er allgemein sieht, die steigende Nachfrage nach Hallensportflächen zu befriedigen.

Die Antwort des Stadtrats fällt nach Ansicht der GLP-Fraktion differenziert aus: Sofortmassnahmen, Zwischenlösungen, mittelfristige Massnahmen und langfristigen Massnahmen. Allerdings hätte der Stadtrat – und ich komme da auch noch darauf zu sprechen bei einzelnen Punkten – weitere Ausführungen machen können, z.B. bezüglich Kosten oder Nachhaltigkeit, auch wenn nicht immer direkt danach gefragt wurde. Der Vollständigkeit halber hätte er das ausführen können.

Es ist unbefriedigend, wenn man Informationen bezüglich Kosten oder Nachhaltigkeit im Landboten nachlesen darf. Zumindest in der heutigen Debatte wäre der O-Ton des Stadtrats wichtig.

Die Sofortmassnahmen im laufenden Schuljahr 2023/2024: In Bezug auf die Sofortmassnahmen hat der Stadtrat aufgezeigt, dass Rückgriffe auf eine private Badminton-Turnhalle sowie die Turnhallen der Schulen Heiligberg und Rebwiesen genommen werden konnten oder können. Zusätzlich gibt es Outdoor-Sportlektionen, das auch in den Wintermonaten. Diese sind jetzt vorbei, jetzt haben wir einfach Regenmonate. Aber es ist immer noch Outdoor.

Neben den Schulen sind auch Sportvereine aus Töss, unter anderem der Kunstturnverein und der TV Töss, die diesem Schulhaus und auch dem Sport sehr verbunden sind, eingestiegen und haben da mitgeholfen, diese prekäre Situation zu entschärfen.

Aus Sicht der GLP-Fraktion sind diese Sofortmassnahmen sinnvoll. Wir gehen allerdings davon aus, dass die Lehrerschaft beim Outdoorsport Augenmass behält und auch auf Kälte oder Rutschgefahr Rücksicht nimmt.

Sodann wäre es aus unserer Sicht wichtig zu wissen, ob die Sofortmassnahmen im Schuljahr 2024/2025, also ab August dieses Jahres, bis zur Eröffnung der Holzmodullösung am bisherigen Standort beibehalten werden können. Bezüglich dieser Frage erwarten wir eine Antwort des Stadtrats. Ferner möchten wir auch gerne wissen, welche Kosten die Sofortmassnahmen für die Stadt Winterthur nach sich ziehen.

Bezüglich der mittelfristigen Massnahmen kann ich Folgendes ausführen: Bis anfangs 2025 soll am alten Standort wieder eine Schulsporthalle mit Kunstturntrainingsraum zur Verfügung

stehen. Es ist für diese Lösung eine Holzmodullösung gewählt worden, die der Kanton Zürich entwickelt hat und welche die Stadt Zürich bereits in Betrieb hat. Diese Lösung wird finanziell am umfangreichsten von den Versicherungen unterstützt, aber auch diese Lösung bedarf eines ordentlichen Bauverfahrens. Und da wäre – obwohl in der Interpellation nicht direkt danach gefragt worden ist – aus unserer Sicht wichtig zu wissen, welche Kosten die gewählte Holzmodullösung nach sich zieht, inklusive der Berücksichtigung der mutmasslichen Versicherungsleistungen und den Beiträgen des kantonalen Sportfonds. In Hinblick auf Netto-Null 2040 wäre es auch wichtig zu wissen, ob die gewählte Holzmodullösung nachhaltig ist. Ich komme noch zu den langfristigen Massnahmen. Der Bedarf einer Dreifachturnhalle für den Stadtteil Töss mit mehreren Schulanlagen ist auch nach Ansicht des Stadtrats klar ausgewiesen. Ein Projektteam wird sich 2024, also im laufenden Jahr, um die langfristige Lösung kümmern. Dabei müssen wieder alle ordentlichen Projektschritte durchlaufen werden. Und es sind diverse politische Entscheide fällig, inklusive einer Volksabstimmung. Es wird aktuell mit 8-12 Jahren gerechnet. Im Hinblick darauf, dass es bereits Ende Juni ist, würden wir von der GLP-Fraktion gerne wissen, ob dieses Projektteam seine Arbeit aufgenommen hat und welche Schritte bisher unternommen wurden. Wo stehen wir aktuell? Auf diese Frage hätten wir gerne heute Abend eine Antwort.

In Bezug auf die Holzmodullösung wäre wieder in Bezug auf Netto-Null 2040 interessant zu wissen, ob diese Lösung auch umweltverträglich ist.

In Bezug auf die langfristige Massnahme ist erfreulich, dass der Stadtrat den Bedarf nach einer Dreifachturnhalle anerkennt. Wichtig ist, dass dieses Projekt prioritär angegangen wird. Bereits in der letzten Budgetdebatte vom Dezember 2023 hat die GLP-Fraktion darauf hingewiesen, dass das Amt für Städtebau bei der Vielzahl von Projekten, die in der Pipeline sind, priorisieren muss. Dass Schulhäuser und eben auch Turnhallen prioritär sind, das ergibt sich bereits schon aus dem Beschlungsauftrag nach Gesetz.

Nach dem Gesagten danken wir dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und danken bereits jetzt für die Beantwortung der heute Abend noch gestellten, aus unserer Sicht noch offenen, Fragen. Wir danken ferner allen Beteiligten – den privaten Vereinen, den anderen Schulhäusern, unseren Nachbarkantonen Schaffhausen und Thurgau, die da Hand geboten haben, sowie der Gemeinde Rorbas und auch der Lehrerschaft in den betreffenden Schulhäusern für ihren Support.

Wir nehmen die stadträtliche Antwort nach dem Gesagten positiv zur Kenntnis. Danke.

R. Heuberger (FDP): Ich entschuldige mich. Mein Laptop ging in den Energiesparmodus – etwas, das wir uns vielleicht auch noch angewöhnen sollten.

Der Brand des Turnhallengebäudes der Schulanlage Tössfeld hat die Kapazitäten für den Schul- und Vereinssport im betroffenen Gebiet auf einen Schlag bedeutend reduziert. In der Interpellationsantwort wird aufgezeigt, dass momentan – also kurzfristig – für den Schulsport teils Lösungen in Einrichtungen in der Nachbarschaft realisiert worden sind, teils aber auch Outdoor-Sportlektionen in Kauf genommen werden müssen. Und bei der jetzt aktuellen Wetersituation könnt Ihr Euch ungefähr vorstellen, was das heisst. Für den Vereinssport sind die Auswirkungen noch einschneidender, weil diese Sportler auch auf Sportanlagen in Gemeinden in der Umgebung ausweichen müssen.

Mittelfristig wird am Ort der abgebrannten Turnhalle ein Holzmodulbau errichtet, es wurde schon gesagt. Die finanziellen Mittel sind vom Stadtrat am 6. Dezember 2023 als gebundene Ausgaben bewilligt worden, nämlich brutto rund 4.5 Millionen und netto, nach Abzug der Versicherungsleistungen, von 2.1 Millionen. Die Bauarbeiten sind im Gang. Es ist erfreulich, dass es vorwärts geht. Aber bis der Holzmodulbau steht, vergeht doch noch viel Zeit. Vom Brandfall im Mai 2023 bis zum geplanten Bezug der Turnhalle anfangs 2025 sind das rund 19 Monate.

Zum Vergleich: Nach dem Brand des Kindergarten Schützenwiese ist es um einiges schneller gegangen, nämlich nur 8 Monate vom Brandfall im Dezember 2022 bis zur Fertigstellung des Provisoriums im August 2023. Der Modulbau hat natürlich auch seinen Preis. Ich habe mich gefragt, ob nicht auch eine Traglufthalle – darüber haben wir heute schon einmal gesprochen

- eine Lösung gewesen wäre, die günstiger und erst noch deutlich schneller hätte realisiert werden können.

Es ist auch richtig, dass man sich seitens Stadtrat Gedanken macht für die langfristige Lösung. Das war ja eigentlich auch der Kern der Interpellationsfragen.

Es ist unbestritten, dass im Gebiet Tössfeld und Töss ein Manko an Hallensportflächen besteht. Auch der Stadtrat geht von diesem Befund aus. Geprüft werden eine Dreifachsporthalle im Tössfeld und zwei zusätzliche Hallen in Töss auf dem Rosenau-Areal.

Es gibt Stimmen im Quartier, die fragen, ob man die Verteilung der Sporthallen nicht gerade umgekehrt vornehmen müsste, also eine Dreifachhalle auf dem Rosenau-Areal und eine Doppelhalle im Tössfeld, weil die Platzverhältnisse der Schulanlage Rosenau weniger beengt sind als im Tössfeld und so für die Planung auch ein grösserer Handlungsspielraum bestehen würde. Auch ist nicht auszuschliessen, dass je nach den Nutzungsoptionen auf dem Rieter-Areal, das jetzt der Allreal-Gruppe gehört, Sportnutzungen denkbar sind. Ich erinnere auch an die Aussagen in der «Räumlichen Entwicklungsperspektive Winterthur 2040», bei der das erwähnte Gebiet in Töss als «für ein Sportcluster geeignet» erachtet wird. Gerade wenn es darum geht, eine Grossraumhalle auch für Wettkämpfe nutzbar zu machen, wäre das Gebiet Rosenau und Auwiesen verkehrstechnisch sehr gut geeignet.

Anknüpfen möchte ich noch an der Realisierungsdauer. Man kann es schwarz auf weiss in der Interpellationsantwort nachlesen: Gemäss Stadtrat ist im Moment von einem Realisierungszeitraum von acht bis zwölf Jahren auszugehen. Dieser Zeithorizont ist ja eigentlich verrückt.

Ein Kind, das heute in der 1. Klasse der Primarschule ist, erlebt in seiner Schulzeit die neue Halle nicht mehr. Es besteht deshalb die Befürchtung, dass letztlich der Holzmodulbau von einem Provisorium zu einem Providurium wird – sprich: definitiv bleibt. Notabene: Es handelt sich nicht um eine ganze Schulanlage, sondern bloss um eine Sporthalle.

Einmal mehr ist deshalb der Stadtrat gebeten und wir appellieren an ihn, alles daran zu setzen, dass bauliche Prozesse schneller abgewickelt werden können.

Nach dem Gesagten danken wir dem Stadtrat für seine Antwort und nehmen sie positiv zur Kenntnis.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats zur Interpellation positiv zur Kenntnis.

Es freut uns zu sehen, wie der Stadtrat und das Sportamt ausserordentlich schnell reagiert haben, verschiedene Massnahmen aufzugleisen. Bezüglich Sofortmassnahmen war vor allem Solidarität gefragt! Es ist es schön zu lesen, dass insbesondere die anderen Sportvereine von anderen Hallen Platz angeboten haben und die Trainings gemeinsam durchgeführt werden konnten.

Freude herrscht, dass bereits eine mittelfristige Lösung mit einer Holzmodullösung angeboten worden ist, damit der Schulsport am gängigen Ort durchgeführt werden kann und die Vereine wieder mehr Freiraum haben werden.

Wichtig ist allerdings, dass auch an eine nachhaltige und langfristige Lösung gedacht worden ist und der Stadtrat anerkannt hat, dass grundsätzlich eine Dreifachturnhalle im Quartier und für das Schulhaus Rosenau eine Doppelhalle nötig sind. Dies schafft eine sehr positive Perspektive für den Schulsport und die Sportvereine. Ausserdem trägt es dazu bei, die Belegkapazitäten aller Sporthallen der Stadt Winterthur zu entlasten.

Wir als Mitte/EDU-Fraktion sind zufrieden mit der Antwort der Interpellation, bedanken uns beim Stadtrat für seine Ausführungen und nehmen diese positiv zur Kenntnis. Vielen Dank.

A. Würzer (EVP): Ich stelle fest, ich habe vor gut einem halben Jahr diese Interpellationsantwort ein bisschen weniger kritisch angeschaut als meine Vorredner/-innen. Deshalb bin ich auch froh, bin ich nicht als Erster an der Reihe gewesen zum Einspringen.

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nehmen diese auch positiv zur Kenntnis.

Das Vorgehen mit der Aufteilung in «Sofortmassnahmen», eine «Zwischenlösung» sowie eine «langfristige Lösung» erscheint uns angesichts des dringlichen Handlungsbedarfs nach

dem Brand absolut sinnvoll. Dass der Stadtrat nicht einfach «zaubern» kann und irgendwo eine Dreifachturnhalle auf Vorrat zwischengelagert hat, das leuchtet uns ebenfalls ein. Romana hat es bereits gesagt: Wichtig für uns ist, dass der Holzmodulbau nicht zu einem Dauerprovisorium wird und eine baldige Umsetzung einer Dreifachturnhalle weiter vorangetrieben wird.

Mit Blick auf die Sofortmassnahmen danken wir von der EVP-Fraktion insbesondere auch den solidarisch unterstützenden Vereinen in der Region und in Töss. Vielen Dank.

G. Stritt (SP): Die SP dankt dem Stadtrat ebenfalls für die Beantwortung dieser Interpellation und nimmt diese zur Kenntnis. In seiner Antwort informiert der Stadtrat einerseits über die Schadenssituation, aber auch über das grosszügige Bemühen aller Nutzenden, kurzfristig sinnvolle Übergangslösungen zu finden. Dabei ist eine grosse Vielfalt, aber auch viel Solidarität erkennbar. Es setzen auch alle sehr viel Flexibilität ein, auch das ist sicher sehr zu würdigen.

Für die weitere Planung sind mittel- und langfristige Lösungen angedacht. Da braucht es halt einen ordentlichen Prozess und die gesamte Erneuerung ist in ein Gesamtkonzept eingebettet, das sehr verständlich ist. Das ordentliche Verfahren braucht ja auch eine Volksabstimmung und die Zeitdauer von 8-12 Jahren scheint zwar auf den ersten Blick sehr lang, ist aber wohl nicht verkürzbar aufgrund der ordentlichen Verfahren.

Wichtig scheint uns, dass bei dieser Neuplanung wirklich in die Zukunft geschaut werden, dass wirklich die Räume, die es braucht, im Grundsatz gedacht werden und dass man auch im Hinblick auf die Entwicklung der zunehmenden Schüler- und Schülerinnenanzahlen oder sonstigen Bedürfnissen auch mitdenkt, damit wirklich auch genügend Raum geplant wird. Nicht dass dann die Hallen schon wieder zu klein sind, wenn sie fertig sind.

Die SP nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis und dankt dem Stadtrat und allen Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre Arbeit. Wir sind grundsätzlich mit der angedachten Planung einverstanden. Wir werden sicher mit Weisungen weiter über diese Projekte informiert werden. Besten Dank.

M. Lischer (Grüne/AL): Die Turnhallenknappheit hat sich nach dem Brand akut verstärkt, sowohl für den Schulsportbetrieb wie auch für den Vereinssport. Es ist schön, in der Antwort zu lesen, wie sich die Vereine überkommunal unterstützen. Das ist nicht selbstverständlich. Und dass an den betroffenen Schulen jetzt Outdoor-Lektionen stattfinden, zeugt von Improvisationsfähigkeit. Die Probleme sind damit selbstredend nicht gelöst. Aus der Antwort des Stadtrats lese ich, dass er die Aufgaben, die durch den Turnhallenbrand noch dringender geworden sind, aktiv angeht und sowohl kurz-, mittel- und langfristige Lösungen erarbeitet.

Für die Grüne/AL-Fraktion ist die Antwort des Stadtrats zufriedenstellend. Wir begrüßen die Anstrengungen, die gemacht werden, um die Sporthallenknappheit zu entschärfen, und möchten, dass die Schülerinnen und Schüler die Anzahl Sportlektionen, die im Lehrplan vorgesehen sind, lieber früher als später auch erhalten.

Wir nehmen die Antwort zustimmend zur Kenntnis.

Stadträtin M. Blum: Es wurde angesprochen: Es fehlen 10 Sporthallen im Stadtgebiet, es fehlt aber auch viel Schulraum. Damit sind wir wieder bei unserem beliebten Thema Priorisierung. Deshalb hat sich der Stadtrat entschlossen zu dieser dreistufigen Lösung.

Die Sofortmassnahmen wurden angesprochen, dann der Holzmodulbau und dann eventuell der Neubau mit der Dreifachturnhalle.

Nicole Holderegger hat nach den Kosten gefragt. Die Antwort ist ja vom November 2023.

Seitdem hat der Stadtrat noch zwei Mal kommuniziert. Im Dezember 2023 hat er den Beschluss gefasst. Die Kosten sind 4.45 Millionen. Die Frage war auch, wie viel die Versicherung trägt: 2.34 Millionen.

Warum gehen wir so vor? Der Bedarf ist riesig und der Bedarf ist jetzt da. Und Bauen benötigt Zeit, das haben wir gehört. Es ist auch ein demokratischer Prozess, deshalb dauert das so lange. Und deshalb ist jetzt die Idee, dass wir mit dem Holzmodulbau schnell vorwärtsmachen können. Dazu noch, das wurde auch bemängelt, weshalb das so lange dauert – andere

fanden, es geht doch ziemlich schnell. Meiner Meinung nach ist es absolute Rekordzeit. Zur Erinnerung: Das Departement ist sehr belastet, wir stehen mitten in der Transformation und zusätzlich mussten im letzten Jahr noch zwei Grossbrände gestemmt werden. Das ist der zweite im Jahr 2023 gewesen. Und es ist nur ein Jahr, von Mai 2023 bis zur Aufrichte nach den Sommerferien 2024, wie der Stadtrat kommuniziert hat im April 2024. Die Arbeiten haben begonnen, Aufrichtung nach den Sommerferien, dann erfolgt der Innenausbau zu einer Schulsporthalle. Integriert wird auch ein Kunstturntrainingsraum. Anfangs 2025 ist alles fertig. Man war bemüht, diverse Bauteile zu erhalten, z.B. Betonbodenplatte, die Schnitzelgrube für das Kunstturnen konnte reaktiviert werden, man kann die alte Gasheizung jetzt mit einer Wärmepumpe ersetzen, man kann das Dach mit Photovoltaik belegen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Für mich ist es eine Rekordzeit, es war eine wirklich tolle Leistung. Wir haben einen Turnhallenmangel, wir müssen jetzt auskommen mit dem, was wir haben, und wir sind froh, können wir das jetzt bauen. Es war eine grossartige Leistung von allen Beteiligten und auch eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich, das möchte ich da noch bemerken. Es war auch eine riesige Solidarität unter den Vereinen und zwischen den Schulen. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Martina Blum. Ich habe natürlich dieser Debatte sehr interessiert zugehört als ehemaliger Erstunterzeichner. Damit ist dieses Geschäft erledigt.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals den ausscheidenden Parlamentsmitgliedern Barbara Huizinga, Martin Zehnder und Daniel Oswald für die Einladung zum Umtrunk danken.

Wir sehen uns nach einer längeren Pause von 9 Wochen wieder, am 26. August 2024 zur nächsten Plenumsitzung.

Damit kann ich die heutige Sitzung ziemlich zeitgerecht schliessen. Besten Dank.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

F. Helg (FDP)

M. Steiner (SP)

S. Kocher (GLP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel
Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

8. Geschäftsbericht 2023 Sozialhilfebehörde

Offen

24.06.2024 16:46

Antrag Absetzung

Ergebnis

Anwesend	57
Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung Absetzungsantra	29
B: Ablehnung Absetzungsantrag	28
Enthaltung	0

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
-,-	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Casutt Sarah	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Dürr Renate	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Ernst Nora	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Fehr Jan	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Gfeller Selim	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Gnesa Marilena	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Gonçalves Simon	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Griesser Christian	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Gross Michael	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Gschwind Thomi	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Gubler Stefan	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Hager Katja	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Hartmann Christian	Nicht anwesend
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Helg Felix	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Heuberger Romana	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Holderegger Nicole	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Hugentobler Roman	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Huizinga Barbara	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Isler Walter	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Keller Regula	B: Ablehnung Absetzungsantrag

Kocher Samuel	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Kuster Iris	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Lischer Maria	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Maier Christian	Nicht anwesend
Mancuso Cristina	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Nater Markus	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Oswald Daniel	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Porlezza Gioia	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Praetorius Julius	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Rednerpult	Nicht anwesend
Romay Dani	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Sorgo Maria	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Staub Olivia	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Steiner Annetta	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Steiner Markus	Nicht anwesend
Stritt Gabriela	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Studer Lisa	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Tobler Raphael	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Vogel Kaspar	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Weber Philippe	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Werner Pascal A.	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Würzer Alexander	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Zäch Benedikt	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Zehnder Martin	A: Zustimmung Absetzungsantrag
Zundel Michael	B: Ablehnung Absetzungsantrag
Zuraikat André	A: Zustimmung Absetzungsantrag

Abstimmungstitel**5. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2023**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Juni.2024 17:48:09
Abstimmungsfrage Stadtratsanträge 1 bis 5

Ergebnis

Anwesend 58
Stimmberechtigt 58
A: Zustimmung 57
B: Ablehnung 0
Enthaltung 0
Abgestimmt 57
Nicht abgestimmt 1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
-,-	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	Nicht anwesend
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Huizinga Barbara	A: Zustimmung
Isler Walter	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Oswald Daniel	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	Nicht anwesend
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zehnder Martin	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel
Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

6. Tätigkeitsbericht 2023/2024 Finanzkontrolle

Offen

24.06.2024 18:05
Kenntnisnahme

Ergebnis	
Anwesend	58
Stimmberechtigt	58
A: Zustimmende Kenntnisnahme	57
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Casutt Sarah	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Dürr Renate	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Griesser Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	Nicht anwesend
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Huizinga Barbara	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Isler Walter	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oswald Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Porlezza Gioia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult	Nicht anwesend
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	Nicht anwesend
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Studer Lisa	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Werner Pascal A.	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zehnder Martin	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel
Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

7. Jahresbericht 2023 Ombudsstelle

Offen

24.06.2024 18:22

Kenntnisnahme

Ergebnis

Anwesend	58
Stimmberechtigt	58
A: Zustimmende Kenntnisnahme	57
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Casutt Sarah	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Dürr Renate	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Griesser Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	Nicht anwesend
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Huizinga Barbara	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Isler Walter	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oswald Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Porlezza Gioia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult	Nicht anwesend
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	Nicht anwesend
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Studer Lisa	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Werner Pascal A.	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zehnder Martin	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**10. Miet-/Betriebsbeitrag 2. Hallenbad**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Juni.2024 21:22:58
Abstimmungsfrage Wiederkehrender Kredit 2.9 Mio. / Jahr

Ergebnis

Anwesend 57
Stimmberechtigt 57
A: Zustimmung 34
B: Ablehnung 17
Enthaltung 5
Abgestimmt 56
Nicht abgestimmt 1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
-,-	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	Nicht anwesend
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Huizinga Barbara	Enthaltung
Isler Walter	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	Enthaltung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Oswald Daniel	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	Enthaltung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	Ausstand
Steiner Markus	Nicht anwesend
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	Enthaltung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zehnder Martin	Enthaltung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**10. Miet-/Betriebsbeitrag 2. Hallenbad**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Juni.2024 21:24:32
Abstimmungsfrage Ergänzungsantrag Abschreibung Motion 2019.25 (neue Ziff. 2)

Ergebnis

Anwesend 57
Stimmberechtigt 57
A: Zustimmung 38
B: Ablehnung 18
Enthaltung 0
Abgestimmt 56
Nicht abgestimmt 1

Individuelle Ergebnisse**Name****Ergebnis**

-,-	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	Nicht anwesend
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Huizinga Barbara	B: Ablehnung
Isler Walter	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Oswald Daniel	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	Ausstand
Steiner Markus	Nicht anwesend
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zehnder Martin	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**11. Verpflichtungskredit Digitalisierung physischer Posteingang**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Juni.2024 21:36:14
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Kredit 3.4 Mio. Franken gem. Antrag AK

Ergebnis

Anwesend	57
Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
-,-	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	Nicht anwesend
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Huizinga Barbara	A: Zustimmung
Isler Walter	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Oswald Daniel	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	Nicht anwesend
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	Nicht anwesend
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zehnder Martin	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung